

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



November 2022

SoVD fordert zur Umsetzung des Berliner Entlastungspaketes auf

Gespräche für sozialen Frieden

Berlin hat als erstes Bundesland ein eigenes Entlastungspaket für die Inflation und die Steigerung der Energiepreise beschlossen. Als SoVD-Landesvorsitzende nahm Ursula Engelen-Kefer im September an dem Gespräch der regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden teil.

Die Einführung des 29-Euro-Tickets in Berlin von Oktober bis Ende des Jahres ist aus Sicht des SoVD eine notwendige Entlastung und müsse eine Blaupause für andere Bundesländer und den Bund werden. Auch die Kosten für das Sozialticket von 27,50 Euro müssten gesenkt werden, da jetzt kaum noch ein Unterschied zu dem 29-Euro-Ticket für alle bestehe.

Der SoVD erwartet auch die schnelle und unbürokratische Umsetzung der versprochenen Entlastungen für soziale Einrichtungen und Betriebe. „Es darf nicht sein, dass in Kitas, Schulen, Alten- und Pflegeheimen für die betroffenen Menschen in der kalten Jahreszeit keine ausreichende Wärme ermöglicht werden kann“, mahnt die Landesvorsitzende. Eine Umlegung der explodierenden Preise für Energie auf die Versorgungskosten von Kindern, Patienten, Alten, Kranken und Pflegebedürftigen würde noch mehr Menschen und ihre Angehörigen in die Armut treiben. „Was ist das für ein Start ins Leben, wenn Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern weder zu Hause noch in Kita und Schule warme Räume zur Verfügung haben?“, so Engelen-Kefer. Zur Finanzierung der Berliner



Foto: Senatskanzlei Berlin

Vertreter*innen der Sozialverbände im Roten Rathaus beim Gespräch mit der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey zum Thema Berliner Entlastungspaket.

Entlastungsmaßnahmen ist die Aufstockung des Härtefallfonds von 380 Millionen auf bis zu 1,5 Milliarden Euro vordringlich. Zu begrüßen ist, dass inzwischen Gesetzeskorrekturen vorgelegt wurden, um die Energiepauschale von 300 Euro auch an Rentner zu zahlen. Dies ist ein Erfolg unseres hartnäckigen Einsatzes als SoVD auch in Berlin-Brandenburg. Die Umsetzung und Verbesserung des von Bundeskanzler Scholz verkündeten 3. Entlastungspaketes darf nicht im Geschacher um die Finanzierung zwischen Bund und Ländern untergehen. Von den insgesamt 65 Milliarden Euro für Entlastungsmaßnahmen

sollen die Länder 19 Milliarden Euro übernehmen. Auch der versprochene Gaspreisdeckel muss dringend kommen. Vorgehen sind dafür bis zu 200 Milliarden Euro, wobei die Länder zwischen 20 und 30 Milliarden Euro zusteuern müssen.

Sowohl Bund als auch Länder haben zusätzliche Steuereinnahmen durch Inflation und Energiekrise erzielt. Allein in Berlin waren dies im ersten Halbjahr 2022 2,3 Milliarden Euro Überschuss. Es ist daher nur recht und billig, wenn sie gezielt an die Bürger zurückgegeben werden, die am meisten unter Inflation und Energiekrise leiden.“



Liebe Freundinnen
und Freunde,

die neue Grundsicherung kommt 2023. Der SoVD begrüßt einige Reformen, die Höhe von monatlich 502 Euro sieht er jedoch als nicht ausreichend an. Das von der Ampelkoalition im Bund vereinbarte Bürgergeld muss endlich kommen.

Als SoVD Landesvorsitzende und Vizepräsidentin fordere ich die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg auf, wirksamen Druck auf die Entscheidungen des Bundeskabinetts auszuüben. Die von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen warten dringend auf den versprochenen Wechsel zu einem respektvollen Umgang in den Jobcentern und bei der Eingliederung in Arbeit. Es kann doch nicht sein, dass auf der einen Seite die Wirtschaft ständig über einen Mangel an Arbeitskräften jammert, aber gleichzeitig Langzeitarbeitslose in höherem Lebensalter, mit Behinderungen, Alleinerziehende oder Migranten*innen vergeblich auf eine Arbeit warten. Anstelle des ‚Forderns‘ durch Arbeit mit Niedrigst- und Armutslöhnen, muss das ‚Fördern‘ in Arbeit zu Tarifbedingungen oder wenigstens zu Mindestlöhnen im Vordergrund stehen und die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gestärkt werden.

Den Vermittlungsvorgang aufzuweichen, die geplante Karenzzeit, das höhere Schonvermögen und erleichterte Regelungen bei der Angemessenheit der Wohnung sind SoVD-Forderungen. Beim Bürgergeld wird die Schonvermögensgrenze auf 15.000 Euro angehoben, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hingegen auf nur 10.000 Euro.

Wir setzen uns dafür ein, dass für alle die gleichen Regeln gelten. Neben der überfälligen Entlastung der Bürger*innen von der hohen Inflation und der Explosion der Energiekosten ist auch die Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung unabdingbar. Die vorgesehene Steigerung von jetzt 449 Euro auf zukünftig 502 Euro ist allerdings nur ein Trippelschritt, dem weitere folgen müssen. Als SoVD halten wir einen monatlichen Regelsatz von mindestens 650 Euro für dringend erforderlich, daran werden wir die Entscheidung des Bundeskabinetts messen.

Wir bleiben am Ball!



Ursula Engelen-Kefer

Eure Ursula Engelen-Kefer

SoVD-Landesvorsitzende vertrat den Verband und den Seniorenbeirat auf der Berliner Seniorenwoche

Ältere Menschen in den Fokus rücken

Unter dem Motto „In Vielfalt leben“ fand in diesem Jahr die Eröffnungsveranstaltung der 48. Berliner Seniorenwoche nicht wie in den Jahren vor der Corona-Pandemie auf dem Breitscheidplatz statt, sondern im Ludwig-Erhard-Haus in Charlottenburg.

Zur Eröffnung der Veranstaltung begrüßte Moderator Ulli Zelle die Politiker*innen des Bezirks sowie die Vertreter*innen des Landesseniorenbeirats. Wenke Christoph, Staatssekretärin für Integration und Soziales, überbrachte das Grußwort des Senats. Für den Landesbezirk Berlin-Brandenburg und den Landesseniorenbeirat nahm die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer teil. Bemängelt wurde, dass bei dieser wichtigen Veranstaltung für die Berliner Senior*innen

keine Medienvertreter*innen anwesend waren.

Unter dem Motto „In Vielfalt leben“ startete eine Podiumsdiskussion und im Anschluss wurde der Markt der Möglichkeiten eröffnet. Auf zwei Etagen stellten Verbände, Vereine, Parteien und Institutionen ihre Arbeit an den Infoständen dar. Der SoVD-Landesverband wurde vertreten durch Bodo Feilke und Joachim Melchert aus dem Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie gaben Interessierten einen Einblick in die

sozialpolitische Arbeit in Berlin und Brandenburg, warben für ehrenamtliches Engagement im SoVD und informierten über die Veranstaltungsangebote der Kreis- und Ortsverbände sowie der Geschäftsstelle des Landesverbandes.

Auf der Abschlussveranstaltung am 1. Oktober in Pankow wurden das Seniorinnen-Netz Berlin der Arbeiterwohlfahrt und der Stromspar-Check der Caritas vorgestellt, beide Projekte mit lokalen Angeboten und persönlicher Beratung.



Bodo Feilke, Joachim Melchert und Heike Stute, Koordinatorin Berliner Nachbarschaft Malteser Hilfsdienst e. V., im Gespräch.

Aktivitäten des Landesverbandes in den letzten Monaten auf regionalen und internationalen Treffen

Inklusion und Ehrenamt im Mittelpunkt

Der Landesverband bringt die Anliegen seiner Mitglieder aktiv in die Politik ein. Er war bei einem Internationalen Treffen der Vereinigung der Menschen mit Behinderungen dabei, beim Treffen ehrenamtlicher Richter*innen, bei einer Gesprächsrunde in der amerikanischen Botschaft sowie beim Jubiläum des Landesbehindertenbeirat Brandenburg.

Treffen des Deutschen Behindertenrates

Der Deutsche Behindertenrat (DBR) als bundesweites Netzwerk von 140 Behindertenverbänden mit insgesamt 2,5 Millionen Menschen mit Behinderungen hat sich am 31. August zu einem Austausch mit der Internationalen Vereinigung der Menschen mit Behinderungen (IDA) getroffen. Dies erfolgte im Rahmen des G7-Treffens, das diesmal auf Einladung der Bundesregierung in Berlin stattfand. Derzeit hält der SoVD den jährlich wech-

selnden Vorsitz im Sprecherrat des DBR. Begrüßung und Einführung dieses gemeinsamen Gespräches erfolgte durch die SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer.

Netzwerktreffen ehrenamtlicher Richter*innen

Insgesamt 43 SoVD-Mitglieder des Landesverbandes Berlin-Brandenburg sind als ehrenamtliche Richterinnen und Richter an den Sozialgerichten in Berlin und Brandenburg tätig. Juristisches Fachwissen, langjährige Erfahrung

im ehrenamtlichen Richteramt und Wissbegierde der „Neuen“ trafen beim ersten Netzwerktreffen aufeinander. In einer sehr angeregten, informativen und motivierten Runde wurde unter anderem ausgelotet, wie eine gute Weiterbildung zukünftig ablaufen kann und wie man weitere, insbesondere Brandenburger, Ehrenamtliche gewinnen kann. Monika Paulat, koop. GLV-Mitglied, Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages, vermittelte spannende Einblicke in das Ehrenamt als Richter*in.

Wenn auch Sie Interesse an der ehrenamtlichen Tätigkeit als Richter*in haben, melden Sie sich bitte bei: SoVD Landesverband Berlin-Brandenburg, Birgit Domrose, Telefon: 030/26 29 38 27 oder per E-Mail an: birgit.domrose@sovd-bbg.de.

Treffen der Landesfrauensprecherinnen

Gute Nachrichten: Die „alten und neuen Frauensprecherinnen“ aus den Kreis- und Ortsverbänden sind in den letzten Monaten mehr geworden. Anlass genug, sich bei einem Treffen persönlich kennenzulernen und gemeinsam zu überlegen, wie die Organisation und inhaltliche Arbeit eines Ausschusses für Frauen- und Familienpolitik künftig gestaltet werden kann.

30 Jahre Landesbehindertenbeirat Brandenburg

Auf einer Festveranstaltung in Potsdam feierte der Landesbehindertenbeirat Brandenburg (LBB) sein 30-jähriges Bestehen. Der LBB wurde 1992 gegründet und unterstützt die Landesregierung bei der Aufgabe gleichwertige Lebensbe-



Das DBR-Treffen fand im Rahmen des G7-Gipfels statt.



Foto: US-Botschaft

Inklusionsgespräch in der amerikanischen Botschaft in Berlin.

dingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu schaffen. „Der Landesbehindertenbeirat ist eine wichtige Konstante in unserem Ringen um eine sozial gerechtere Gesellschaft im Land Brandenburg“, würdigte Sozialministerin Ursula Nonnemacher in ihrem Grußwort den LBB. Für den SoVD-Landesverband überbrachten Landesschatzmeister Armin Dötsch und Birgit Domrose von der Landesgeschäftsführung die Glückwünsche für eine weitere erfolgreiche Arbeit des LBB.

Inklusionsgespräche in der US-Botschaft

SoVD-Vizepräsidentin Ursu-

la Engelen-Kefer war zu Gast in der US-Botschaft. Sie nahm an einem Gespräch im Rahmen des „G7 Inclusion Summit“ mit Sarah Minkara, Sonderberaterin für internationale Behindertenrechte, Abteilung für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsrechte des US-Außenministeriums, zur Situation von Menschen mit Behinderungen teil. Mit dabei waren unter anderem Rudi Mallasch von der Lebenshilfe, Verena Bentele, Präsidentin des VdK, Raul Krauthausen von den Sozialhelden und Alexander Ahrens von der ISL (siehe Foto). Man war sich einig, dass es viel zu tun gibt, auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene.



Ehrenamtliche Richter*innen tauschten sich aus.



Die Landesfrauensprecherinnen lernten sich kennen.

Landesverband mit SoVD-Infostand auf dem Nachbarschaftsfest in Schöneberg

Guter Rat in aktuellen Fragen

Zum 4. Mal fand das Nachbarschaftsfest am Rathaus Schöneberg statt. Auch der SoVD-Landesverband war mit einem Stand vertreten. Dort informierten die 1. Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und Vertreter*innen aus Landesgeschäftsstelle und Kreisverband die Besucher*innen.

Heike Roß-Ritterbusch vom Ehrenamtsbüro sowie Sabine Schwarz und Brigitte Haucke vom Kreisverband Tempelhof-Schöneberg (auf dem Foto, v. li.) standen für Fragen unterschiedlichster Art zu Verfügung. Ursula Engelen-Kefer konnte vor allem zu aktuellen sozial-

politischen Fragen guten Rat geben. Es wurde deutlich, dass besonders die älteren und einkommensschwächeren Menschen viele Ängste und große Unsicherheit angesichts der steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten haben.

Die Broschüren zu Patienten-

verfügung, Vorsorgevollmacht und Nachteilsausgleichen waren sehr gefragt. Auch das Thema häusliche Gewalt wurde vielfach angesprochen. Der Landesverband hatte ein Plakat dazu aufgehängt und so signalisiert, dass sich auch der SoVD für die Betroffenen einsetzt.



Landes- und Kreisverband Tempelhof-Schöneberg am Infostand.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Seit 1997 veranstaltet das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf jährlich einen „Tag des Ehrenamtes“. Ziel ist es, für das Ehrenamt zu werben. In der Fußgängerzone der Wilmersdorfer Strasse gab es eine Bühne und Infostände. Vereine, Institutionen und Verbände stellten ihre Arbeit den Besucher*innen vor, so auch der SoVD-Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf (s. Foto, v. li.: Karin Kosin, Landesgeschäftsführerin Birgit Dörmöse, Kreisvorsitzender Bodo Feilke und Kevin Kosin). Auch Bezirksstadtrat Arne Herz besuchte den SoVD-Stand und lobte die Arbeit und das Engagement für die Menschen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Am 14. September wurde ein neuer Vorstand gewählt (s. Foto). Die Wahlleitung übernahm der 2. Landesvorsitzende Joachim Krüger. Das Ergebnis lautet: 1. Kreisvorsitzender Wolfgang Engelmann, 2. Kreisvorsitzende Bärbel Effner, Schatzmeisterin Barbara Ulrich, Schriftführer Klaus Engelmann, Frauensprecherin Brigitte Röder und als Beisitzer*in: Ursel Pinnow, Carsten Strauß, Dietmar Stephan, Udo Pinnow, Wolf-Dieter Wiske und Rolf Deblitz.

Als Dank und Anerkennung für dessen langjähriges Engagement wählte der Kreisverband Steglitz-Zehlendorf auf der Mitgliederversammlung Hans Drenckmann zum Ehrenvorsitzenden. Drenckmann (auf dem Foto mit Rita-Krüger-Bieberstein), Mitglied seit September 1978, war über 22 Jahre in ehrenamtlichen Funktionen für den SoVD und seine Mitglieder tätig. Der Verband dankt ihm herzlich für den außerordentlichen Einsatz und wünscht ihm weiterhin viel Gesundheit und Lebensfreude.

Kreisverband Reinickendorf

Ende August hatte der Bezirk Reinickendorf alle

Berliner*innen eingeladen, zum 29. Tag der Menschen mit und ohne Behinderungen zu kommen. Sozialverbände, Selbsthilfegruppen, Hilfsmittelhersteller, Mobilitätshilfsdienst, das Mobile Bürgeramt, die Seniorenvertretung, die Fürst-Donnersmarck-Stiftung und das Landeskriminalamt (Senioren-sicherheit) präsentieren sich und berieten die vielen Besucher*innen zu verschiedenen Themen. Am SoVD-Infostand fand ein reger Austausch mit Interessierten statt wie mit Bezirksbürgermeister Uwe Brockhausen und mit Sedva Boyraci, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD (im Bild mit Angelika Golombek).

Im Rahmen der 48. Berliner Seniorenwoche bot der Kreisverband Reinickendorf seinen Mitgliedern und Gästen außerdem eine besondere Veranstaltung an: „Unser Perfektes Dinner“. Zur Begrüßung gab es einen Gänsehaut-Drink gefolgt von Kürbisfrüchtebrot mit Pflaumenmarmelade als Amuse-Gueule. Der Jahreszeit entsprechend wurde dann Obst und Gemüse verarbeitet. Alle Teilnehmenden halfen bei den Vorbereitungen. Das Tomatencremesüppchen mit Kardamom und Chili hatte Pfiff und der gefüllte Kürbis war für alle ein neues Gericht, ebenso der Möhrensalat „Anders“! Zum Abschluss gab es gebackene Apfelringe mit Zucker-Zimtkruste. Alle Gerichte wurden ausnahmslos mit frischen Zutaten hergestellt und mundeten vorzüglich. Das eine oder andere Gericht wird sicherlich nachgekocht, so die Aussage der „Köche“. Tischgespräche über soziale Kälte und Altersarmut entstanden und sorgten für regen Austausch. Zum Abschluss konnte man sich noch in das Gästebuch eintragen.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Am 10. September begrüßte die Kreisvorsitzende Sabine Schwarz die Mitglieder zum



Kreisverband Tempelhof-Schöneberg



Kreisverband Reinickendorf, „Perfektes Dinner“



Kreisverband Reinickendorf, Infostand



Kreisverband Steglitz-Zehlendorf, Ehrung



Kreisverband Steglitz-Zehlendorf, Vorstand

monatlichen Treffen und informierte die Anwesenden über sozialpolitische Vorhaben und Aktivitäten sowie zu diversen Veranstaltungen des Landesverbandes und der Landesgeschäftsstelle. Langjährige Mitglieder wurden geehrt und den Geburtstagskindern der letzten beiden Monate mit einem Blumenstrauß gratuliert.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Im September führte der Kreisverband Tiergarten-Wedding verschiedene sozialpolitische Themennachmittage durch. Im Mittelpunkt des ersten Treffens standen Probleme und Forderungen zum Entlassungsmanagement in Kranken-

häusern und Reha-Einrichtungen an. In einer lebhaften Diskussion beklagten die Mitglieder die mangelnde Vorbereitung bei Entlassungen. Es fehlen Arztberichte, eine zu geringe Erstversorgung mit Medikamenten und mangelnde Kommunikation mit Pflegediensten sowie pflegenden Angehörigen. Die Mitglieder wünschten sich mehr Engagement und Unterstützung des SoVD bei dieser Problematik.

Beim zweiten Treffen berichtete Rita Krüger-Bieberstein über erste Erfahrungen im Behindertenbeirat des Bezirks Mitte, der sich gerade neu konstituiert hat. Joachim Krüger schilderte die

Hindernisse, die es zurzeit noch gibt, bezüglich der Bildung eines Beirats zum Bundesteilhabegesetz im Bezirk Tiergarten-Wedding. Joachim Krüger würde als Vertreter des SoVD die verantwortungsvolle Arbeit gerne übernehmen.

Thema der dritten Veranstaltung war die Bekämpfung von Einsamkeit. An den unterschiedlichen Vernetzungsbeispielen wie gesellige Treffen, regelmäßige Telefonkontakte, gegenseitige Besuche, aktive Betreuung von Senioren in Wohneinrichtungen, Brief- und Postkartenkontakte und vielem mehr wurde klar, dass es viele Möglichkeiten gibt, Gemeinsamkeit in der täglichen Praxis zu fördern.

5 Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg



Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem etwaigen Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), *Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: post@sovd-bbg.de.*

Sozialrechtsberatung: montags und donnerstags 9–12 Uhr und 13–17 Uhr sowie dienstags 9–12 Uhr und 13–15 Uhr, *E-Mail: rechtsberatung@sovd-bbg.de.*

Geschäftsführung: Birgit Domröse, *Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovd-bbg.de.*

Mitgliederverwaltung / Buchführung: Bernhard Kippert, *Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sovd-bbg.de.*

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Roß-Ritterbusch, *Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovd-bbg.de.*

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin, *E-Mail: Ute.Lossin(at)sovd-bbg.de.*

Kreisverband Berlin-Ost

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl (Vertretung Michael Nakoinz), *Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de, Henriette Wunderlich, Referentin, Tel.: 030/72 62 22 125, E-Mail: henriette.wunderlich@sovd.de.*

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer *Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Treptow-Köpenick
Michael Nakoinz, *Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

13. November, 11 Uhr: Kranzniederlegung am Krematorium Wilmersdorf, Berliner Strasse 81, 14059 Berlin.
Bodo Feilke, *Tel.: 030/81 78 682, E-Mail: b.feilke@gmx.de.*

Ortsverband Charlottenburg

9. November, 16 Uhr: Mitgliederversammlung, Restaurant Rouladenhaus, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.

15. November, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin.
Jürgen von Rönne, *Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Wilmersdorf

17. November, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus, kleiner Saal, Bundesallee 48b-50, 10715 Berlin.
Joachim Melchert *Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Neukölln

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

21. November, 16 Uhr: Versammlung, Gemeindesaal der ev. Dorfkirche, Alt-Buckow 36-38, 12349 Berlin.

26. November, 16 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung im Café Olympia. Bitte anmelden!
Edith Massow, *Tel.: 030/26 39 38 03 oder 030/60 32 810, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Reinickendorf

12. November, 15 Uhr: Mit-

gliederversammlung mit Vorstandswahlen.

13. November, 11 Uhr: Volkstrauertag, Kranzniederlegung auf dem Städtischen Friedhof Reinickendorf, 13403 Berlin.

26. November, 14 Uhr: Adventsbasar mit frischen Waffeln, Kuchen, Kaffee, Glühwein, heißer Suppe, Taschenbaumler, Socken, Tombola und vieles mehr.

Ort: Geschäftsstelle Eichborndamm 96, 13403 Berlin, Anfahrt: Bus 221, Bus 322, S25 (Haltestelle S Eichborndamm). *Anmeldungen bei Angelika Golombek, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. Sorgentelefon Tel.: 030/54 49 77 71.*

Kreisverband Spandau

Sozialberatung: dienstags 10–12 Uhr, nachmittags nach Vereinbarung.

Armin Dötsch, *Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

13. November, 12 Uhr: Das 105. Gründungssessen. Anmeldung erbeten.

Elke Beuke, *Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Spandau Nord / Süd

3. November, 18.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag „Heimatgeschichte in Spandau“, Kreisgeschäftsstelle Spandau, Falkenhagener Str. 26, 13585 Berlin.

Susanne Witte, *Tel.: 0170/9 38 43 15, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Falkensee

Armin Dötsch, *Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail:*

ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

9. November, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Maria-Rimus-Haus, Am Gemeindepark 1, 12249 Berlin, barrierefrei erreichbar mit Bus M82 (Haltestelle Havensteinstraße).

13. November, 11 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Steglitzer Friedhof, Bergstraße 38, 12169 Berlin.

18. November, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Café LebensArt, Clayallee 346, 14169 Berlin.

Wolfgang Engelmann, *Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de*

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

13. November, 15 Uhr: Mitgliederversammlung in der Freizeitstätte „Am Mühlberg“. Sprechstunde und Sozialberatung jeden dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bahnhof Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Strasse. Sabine Schwarz, *Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Sozialberatung dienstags, 14–18 Uhr, nach telefonischer Vereinbarung.

15. November, 14.30 Uhr: Der neugewählte SoVD-Kreisvorstand stellt sich vor.

29. November, 14.30 Uhr: „Auf dem Weg in die Adventszeit“: erstes vorweihnachtliches Treffen in festlichem Rahmen.

Ort: Waldstraße 48, 10551 Berlin. Für beide Veranstaltungen

Grafik: warmworld/Adobe Stock ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich!

Rita Krüger-Bieberstein, *Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Brandenburg Süd-West Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Termine nach Vereinbarung. Cornelia Schreiber, *Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.*

Cottbus

Michael Netzker, *Tel.: 0176/93 22 85 83, E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.*

Bad Saarow / Oder-Spree

Christoph Kröber, *Tel.: 0177/46 31 307 oder 033631/40 96 98, E-Mail: ks.bad-saarow@sovd-bbg.de.*

Brandenburg an der Havel

Dagmar Herz, *Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel, Tel.: 03381/5 51 51 31, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.*

Jüterbog

Marlies Zappe, *Neuheim 6, 14913 Jüterbog, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.jueterbog@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Thorsten Waue, *Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brbrnordost@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Fürstenwalde

Dr. Martin Bock, *Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Thorsten Waue, *Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin@sovd-bbg.de.*

Herzlichen Glückwunsch



Man sollte Anteil nehmen an der Freude, der Schönheit, der Farbigkeit des Lebens.

Oscar Wilde

Im Namen des gesamten Vorstandes sowie des Mitarbeiter-

teams wünschen wir unseren Mitgliedern von Herzen alles Gute, beste Gesundheit, Glück und zahlreiche positive Überraschungen für das neue Lebensjahr!

Besondere Glückwünsche ge-

hen an:

90 Jahre: 25.11.: Rosemarie Hadrossek, Berlin.

91 Jahre: 11.11.: Irmgard Preuß, Berlin; 20.11.: Christa Kasimir, Berlin; 24.11.: Erika Laaser, Berlin.

92 Jahre: 25.11.: Gisela Lahrsov, Berlin.

95 Jahre: 14.11.: Herbert Hübner, Berlin.

100 Jahre: 17.11.: Else Ruppel, Jüterbog.

Glückwünsche und Dank für

langjährige Treue zum Verband:
für 35 Jahre: 1.11.: Bärbel Zernicke, Berlin; 11.11.: Siegfried Stolz, Berlin; 12.11.: Christa Reuther, Stadt Steinach.

Stand: 27.09.2022

Neues Vormundschafts- und Betreuungsrecht tritt am 1. Januar 2023 in Kraft

Wunsch der Betroffenen stärken

Am 1. Januar 2023 tritt bundesweit die Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts in Kraft. Die bayerische Staatsregierung wird mit dem im Oktober 2022 verabschiedeten Gesetzentwurf die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Reform im Landesrecht schaffen, insbesondere für die Vorgaben des neu geschaffenen Betreuungsorganisationsgesetzes.

Der Vorsitzende der 93. Justizministerkonferenz und bayerische Justizminister Georg Eisenreich: „Die Reform ist eine gute Nachricht für 1,3 Millionen Deutsche, die unter rechtlicher Betreuung stehen. Sie rückt Wunsch und Willen der Betroffenen noch stärker in den Mittelpunkt. Bayern hat sich seit Jahren für Verbesserungen eingesetzt. Viele unserer Vorschläge wurden aufgegriffen. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir die Modernisierung in Bayern umsetzen und für weitere Verbesserungen sorgen.“ Der bayerische Gesetzentwurf sieht folgende Maßnahmen für eine Umsetzung der Reform vor:

Niederschwelliges Hilfsangebot für Betroffene

Durch das neue Betreuungsorganisationsgesetz wird die sogenannte erweiterte Unterstützung eingeführt. Justizminister Eisenreich: „Dabei handelt es sich um ein neuartiges Hilfsangebot, mit dem die Anordnung einer rechtlichen Betreuung vermieden werden soll. In enger Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden erproben wir die erweiterte Unterstützung im gerichtlichen Verfahren in Modellprojekten an bis zu 13 Betreuungsstellen. Bei einer anschließenden flächendeckenden Einführung können alle bayerischen Betreuungsstellen von den Ergebnissen der Modellprojekte profitieren.“



Foto: rainbow33 / Adobe Stock

Wer die Vormundschaft an jemanden anderen überträgt, sollte sicher sein, dass die Person vertrauenswürdig ist.

Qualitäts-TÜV für die rechtliche Betreuung

Ab dem ersten Januar kommenden Jahres müssen sich Berufsbetreuer*innen bei den Betreuungsstellen registrieren lassen. Dabei müssen sie ihre Sachkunde nachweisen, zum Beispiel durch die Absolvierung von anerkannten Lehrgängen oder Studiengängen. Eisenreich: „Wir schaffen die dafür erforderliche neue Zertifizierungsstelle für die Anerkennung von Lehrgängen oder Studiengängen für Berufsbetreuerinnen und Betreuer.“

Betreuungsvereine besser finanziell ausstatten

Durch die bundesgesetzlichen Vorgaben haben die in Bayern anerkannten Betreuungsvereine einen Rechtsan-

spruch auf bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung mit öffentlichen Mitteln. Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales übernimmt die nähere Ausgestaltung in Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

Der Freistaat fördert die ehrenamtliche Betreuung

Ab dem ersten Januar 2023 sind ehrenamtliche Betreuer*innen verpflichtet, vor Übernahme einer ehrenamtlichen Betreuung eine Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis zum Nachweis ihrer persönlichen Eignung und Zuverlässigkeit vorzulegen. Eisenreich: „Wir ermöglichen, dass ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer die Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis gebührenfrei erhalten. Dies sind wir unseren ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern als Anerkennung für ihren unschätzbaren Einsatz schuldig. Besonders freut mich, dass auf Anregung Bayerns sämtliche Länder planen, ihre ehrenamtlichen Betreuer in gleicher Weise zu unterstützen.“

Eisenreich: „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Situation für betreute Menschen zu verbessern. Besonders danke ich allen, die im sensiblen Bereich der Betreuung arbeiten. Ihr Engagement verdient unsere höchste Anerkennung.“ *Quelle: Justizministerium Bayern*



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Im Idealfall nehmen sich ehrenamtliche Betreuer*innen Zeit, um ihre Klient*innen im persönlichen Kontakt kennenzulernen.

Anspruchsfrist läuft ab

Im Jahr 2019 haben die bayerischen Sparkassen damit begonnen, langlaufende Sparverträge (Prämiensparen flexibel) zu kündigen und die auszahlenden Zinsen zu berechnen. Viele dieser Verträge enthalten Klauseln zur Zinsanpassung, die nach Ansicht des Bundesgerichtshofes rechtswidrig sind. In der Folge wurden nach Ansicht der Verbraucherzentrale Bayern die Kunden bei der Anpassung der Zinsen benachteiligt, indem ihnen zu wenig Zinsen gutgeschrieben wurden.

Nach drei vollen Kalenderjahren ab wirksamer Kündigung des Sparvertrages verjährt der Nachzahlungsanspruch.

Was dagegen zu tun ist, erfahren Betroffene von der Verbraucherzentrale am Servicetelefon 089 / 55 27 94 200, dienstags 9–12 Uhr zum Ortstarif oder online unter: <https://www.verbraucherzentrale-bayern.de/>.

Schauspielerin schreibt Buch über Hospizerlebnisse

Nicht immer nur traurig

Petra Frey hat ein Buch über ihre Erfahrungen und Erlebnisse während ihrer Arbeit als Hospizbegleiterin geschrieben. Neben den autobiografischen Geschichten beinhaltet es auch Tipps zu den Themen Sterben, Pflege und Vorsorge.

Petra Frey, unter dem Namen Petra Auer als Schauspielerin bekannt, begleitet seit 2010 Sterbende im Hospiz. Eine Arbeit, die nicht nur den Betreuten hilft, sondern auch ihre eigene Einstellung zum Leben und Sterben beeinflusst hat. Ihre Erlebnisse und Erkenntnisse, die sie während ihrer Arbeit gesammelt hat, hat sie in Buchform niedergeschrieben. Dazwischen lässt sie auch praktische Tipps einfließen, zum Beispiel, was man selbst tun kann, um den Angehörigen beim eigenen Todesfall die Arbeit später zu erleichtern oder was man in seine Patientenverfügung aufnehmen sollte. Die anrührenden, aber manchmal auch komischen Geschichten hat ihre Tochter Lilli Frey illustriert. Im Internet hat die Autorin auch einen Blog zum Thema unter: sterbemund.de.

Petra Frey: „SterbeMund – Tut Wahrheit kund“, Verlag tredition, 12,90 Euro.



Foto: Petra Auer

Autorin Petra Frey

Nachruf



Der SoVD-Landesverband Bayern trauert um

Barbara Stamm,

die nach schwerer Krankheit am 5. Oktober im Alter von 77 Jahren in ihrer Heimatstadt Würzburg verstarb.

Die ehemalige bayerische Sozial- und Gesundheitsministerin und langjährige Vorsitzende der Lebenshilfe teilte mit dem SoVD die gleichen sozialen Werte. Sie war eine Verbündete im Kampf für soziale Gerechtigkeit und beim Einsatz für die sozial Schwachen.

Der SoVD-Landesverband Bayern wird Barbara Stamm vermissen und ihr Andenken in bleibender Erinnerung behalten.

Der 23. Deutsche Lebertag „total zentral“ widmet sich der Erkennung und Vorsorge von Lebererkrankungen

Volkskrankheit Fettleber – meist unentdeckt

Am 20. November findet der 23. Deutsche Lebertag statt. Das diesjährige Motto „total zentral: die Leber!“ will mehr Aufmerksamkeit für das häufig unbeachtete und doch lebenswichtige Organ erzeugen. Lebererkrankungen verlaufen lange Zeit unentdeckt und entstehen nicht nur durch übermäßigen Alkoholkonsum, sondern auch durch einen insgesamt ungesunden Lebensstil.

Etwa 25 Prozent der Weltbevölkerung haben eine nichtalkoholische Fettlebererkrankung (NAFLD). Auch in Deutschland sind jeder vierte Erwachsene und jedes dritte übergewichtige Kind von dieser potenziell schwerwiegenden Lebererkrankung betroffen, die häufig über einen langen Zeitraum unentdeckt bleibt. Im Verlauf der unbehandelten Erkrankung kann sich eine Fettleberentzündung bilden. Diese nicht-alkoholische Steatohepatitis (NASH) kann zu Leberzirrhose und Leberzellkrebs führen.

Mehrere Stadien bis zum Vollbild Leberzirrhose

Der Begriff nicht-alkoholische Fettlebererkrankung umfasst ein großes Erkrankungsspektrum: Im ersten Stadium spricht man bei Personen, die keinen oder wenig Alkohol trinken, von einer reizlosen und einfachen Fettleber (NAFL), die nicht oder nur langsam voranschreitet. Unbehandelt kann die NAFL zu einer nicht-alkoholischen Steatohepatitis (NASH) mit entzündlichen Reaktionen und Schädigungen der Leberzellen führen. Die nächste Stufe ist eine Fibrosierung und anschließend kann es

zu einer Zirrhosebildung kommen. Hierbei vermehrt sich das Bindegewebe und es kann sich das Vollbild einer Leberzirrhose entwickeln. Im Rahmen einer nicht-alkoholischen Fettleber erhöhen sowohl die Leberzirrhose als auch die entzündete Fettleber das Risiko von Leberzellkrebs. Bei vielen Lebererkrankungen tritt Leberzellkrebs erst im Zirrhosestadium auf. Bei der nichtalkoholischen Fettleberentzündung kann dieser Tumor jedoch bereits auftreten, bevor eine Zirrhose vorliegt.

Rückbildungsfähig und vermeidbar

Doch so weit muss es nicht kommen: Eine NAFL und eine NASH sind – abhängig vom vorliegenden Fibrosestadium der Leber – vermeidbar und prinzipiell vollständig rückbildungsfähig. „Die nicht-alkoholische Fettlebererkrankung (NAFLD) ist meist ein Wohlstandsproblem der westlichen Industrienationen. Zu den wesentlichen Ursachen zählt der moderne Lebensstil, der häufig durch zu wenig körperliche Aktivität und ein überreiches Nahrungsangebot – insbesondere Kohlenhydrate – geprägt ist. Diese Kombination kann letztendlich zum sogenann-

ten metabolischen Syndrom führen, einer Kombination von verschiedensten risikobehafteten Aspekten wie Übergewicht, Bluthochdruck und Diabetes, die am Ende auch auf die Leber einen sehr negativen Effekt haben. Die nicht-alkoholische Fettlebererkrankung betrifft nicht nur Erwachsene. Immer häufiger wird auch bei stark übergewichtigen Kindern und Jugendlichen beispielsweise die Diagnose Diabetes mellitus Typ 2 gestellt. Somit ist auch diese Bevölkerungsgruppe von Fettleber-Problemen und nichtalkoholischen Fettleberentzündungen (NASH) betroffen“, erläutert Professor Dr. Peter R. Galle, Direktor der 1. Medizinischen Klinik und Poliklinik der Universitätsmedizin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Vorsorge treffen durch regelmäßigen Arztbesuch

Jeder Mensch sollte auf die Gesundheit der Leber achten und beim Arztbesuch besprechen, ob gegebenenfalls bei einer routinemäßigen Gesundheitsuntersuchung zusätzlich eine Untersuchung der Leberwerte im Blut (GPT, GOT und gGT) durchgeführt werden sollte. Auch eine Ultraschall-



Foto: RFBSIP/Adobe Stock

Wenn die Leber beginnt, Schmerzen zu verursachen, ist die verursachende Krankheit meistens schon sehr weit fortgeschritten und schwieriger zu behandeln.

untersuchung der Leber kann erste Hinweise geben, dass etwas nicht in Ordnung ist. Die Leber leidet leise und häufig wird nicht bemerkt, dass ein Gesundheitsrisiko besteht.

Politik muss Prävention stärker angehen

Doch auch die Politik ist gefordert. „Für eine effektive Prävention ist vor allem entscheidend, dass die Politik gesunde Ernährung und Bewegung mit entsprechenden Maßnahmen fördert – sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene“, sagt Professor Galle, und er stellt fest: „Beispielsweise sollten nachhaltige Ernährungs- und Bewegungstherapieangebote zur

Vermeidung und Behandlung von Adipositas geschaffen werden. Fettleber-Prävention geht immer einher mit Prävention der Adipositas, des Diabetes mellitus Typ 2 und der Folgeerkrankungen. Die Ausrichter des Deutschen Lebertages unterstützen die Fo von weiteren medizinischen Fachgesellschaften, die Bekämpfung der Volkskrankheit NAFLD als Gesundheitsziel im Sozialgesetzbuch zu verankern.“

Mehr Infos zum 23. Deutschen Lebertag und alle bislang im Rahmen des diesjährigen Deutschen Lebertages veröffentlichten Presseinformationen im Internet unter: www.lebertag.org.

Quelle: Deutsche Leberhilfe e.V.

Termine

Ortsverband Bayreuth

Jeder 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr: Mitgliedertreffen im Gasthaus Moosing, Oberobsang 11. 95445 Bayreuth.

Glückwünsche

Man bleibt jung, solange man noch lernen, neue Gewohnheiten annehmen und Widerspruch ertragen kann.

Marie von Ebner-Eschenbach

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im November Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 17.11.: Bernd Hacke, Schnaittach.

70 Jahre: 10.11.: Magdalena Stegmaier, München; 15.11.: Eleonore Stadter, Hollfeld; 28.11.: Heinz Jakob, Reichenbach, 30.11.: Shirley Scheck, München.

75 Jahre: 7.11.: Doris Szillat, Rattenkirchen; 16.11.: Maria Gatter, Mitterteich; 22.11.: Hartmut Meier, Hersbruck; 26.11.: Engelbert Schwarzenbach, Langerringen.

80 Jahre: 19.11.: Mila Braun, Mitterteich; 25.11.: Frauke Czene, München und Josef Ott, Tirschenreuth.

85 Jahre: 10.11.: Marie Luise Strauß, Bad Reichenhall.

Sozialberatung

Wegen der Corona-Krise finden die Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den genannten Telefonnummern, ob und wie die Beratung stattfindet.

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach Voranmeldung bei Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache, Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail:

rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprech-

partner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle Würzburg: nach Anmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157 / 76 82 95 70.

Nachmittagsveranstaltung im Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Jährlicher Treff am Storchensee

Auch in diesem Jahr konnte der Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz seinen traditionellen Grillnachmittag am Storchensee stattfinden lassen. Neben Neuigkeiten aus dem Verbandsleben gab es auch eine kleine Tombola.



Vor dem Angrillen wurde Verbandsinternes besprochen.

„Wir haben Glück, der Wettergott hat an diesem Freitag extra eine Regenpause eingelegt“, freute sich Marita

Schliephorst. Die 2. Landesvorsitzende begrüßte die Mitglieder des SoVD nebst Gästen zur diesjährigen Grillveranstaltung

am Storchensee. Sie berichtete unter anderem, dass im Oktober Thomas Hammer als neuer Geschäftsführer im Landesverband Hessen seinen Dienst antreten werde, dankte Helmut Hunger für seinen unermüdlischen Einsatz in der vergangenen Zeit und überreichte ihm ein kleines Präsent.

Der Nachmittag verlief harmonisch. Um die Wartezeit bis „zum Essen fassen“ zu überbrücken, wurden Lose und anschließend Preise der Tombola durch Bianca Tobi verkauft und verteilt. Alle freuten sich über ihre Gewinne – war es doch inzwischen bekannt, dass es wieder selbst hergestellte kleine Überraschungen geben würde: Diesmal waren es unter anderem Topflappen.



Von links: Anette Mülöt-Carvajal, Rudolf Schulz, Christoph Vogel, Rechtsanwältin Jutta Schwarze, Ralf Wiegemann und Marita Schliephorst.

Rechtsberatung im Landkreis Waldeck-Frankenberg

Neue Juristin am Start

Die Sozialrechtsanwältin Jutta Schwarze aus Bad Arolsen verstärkt den SoVD im Landkreis Waldeck-Frankenberg. So haben die beiden Ortsvereine Korbach und Bad Wildungen eine Sozialrechtsberatung in ihren Anlaufstellen.

Die Vorstandsmitglieder des SoVD Hessen begrüßten Jutta Schwarze und gaben ihr einen Einblick in den Ablaufplan der Sozialrechtsberatung und in das digitale Sozialrechtsprogramm, mit dem der SoVD bundesweit arbeitet.

Die künftigen Beratungstermine in Korbach und Bad Wildungen sind in der Rubrik „Sprechstunden und Sozialberatung“ auf Seite 14 aufgelistet.

Die Verbraucherzentrale bietet eine „Woche der Vorsorge“ im November an

Kostenlos online informieren

Wegen der enorm hohen Nachfrage im vergangenen Jahr wiederholen die Verbraucherzentralen ihre „Woche der Vorsorge“. Vom 7. bis zum 11. November bieten die Verbraucherzentralen insgesamt 29 kostenlose Online-Vorträge an.

Folgende Online-Vorträge werden für alle Interessierten angeboten:

Patientenverfügung: In einer Patientenverfügung lässt sich festlegen, welche Untersuchungen und Behandlungen in bestimmten medizinischen Situationen oder für den Fall der Pflegebedürftigkeit erwünscht oder nicht erwünscht sind.

7., 8., 10. und 11. November um 15 Uhr und 18 Uhr, 8. November auch um 18.30 Uhr, 9. November nur um 18 Uhr.

Vorsorgevollmacht und Betreuungsvollmacht: Grundsätzlich bestimmt das Betreuungsgericht, wer für eine nicht entscheidungsfähige Person die gesetzliche Vertretung übernimmt. Wer hierzu konkrete Vorstellungen hat, kann in einer Betreuungsverfügung festlegen, wen das Gericht auswählen soll.

Der Patientenverfügung eine Stimme geben oder Vorkehrungen für die Vertretung in rechtlichen und finanziellen Angelegenheiten treffen – das geht auch mit einer Vorsorgevoll-



Foto: chika_milan/Adobe Stock

Die Vorträge lassen sich bequem von zu Hause verfolgen.

macht. Gleichzeitig kann damit eine gerichtlich angeordnete Betreuung vermieden werden.

7., 9. und 10. November um 15 Uhr und 18 Uhr, 8. und 11. November nur um 18 Uhr.

Digitale Vorsorge- und Nachlassregelung: Immer mehr Menschen wickeln ihre Bankgeschäfte und andere Verträge online ab. Viele wichtige Vertragsdaten oder Informationen sind deshalb nur noch virtuell

vorhanden. Bevollmächtigte und Erben haben oft keine Kenntnis von den Online-Accounts und den dazu gehörigen Passwörtern. Zusätzliche Vorsorge- und Nachlassregelungen werden daher immer wichtiger, damit Bevollmächtigte und Erben bei Bedarf schnell handeln können.

7. und 10. November nur um 18 Uhr, 8., 9. und 11. November, um 15 Uhr und 18 Uhr.

Digitale Assistenzsysteme: In den Online-Vorträgen bieten die Verbraucherzentralen einen ersten Überblick, auch zu den Themen Datenschutz und Kostenübernahme durch die Pflegekasse. Die Vorträge richten sich an Menschen jeglichen Alters, die entweder für sich selbst oder Angehörige digitale Assistenzsysteme anschaffen wollen.

7. November um 15 Uhr, 8. und 10. November um 18 Uhr.

Die Teilnahme ist nach Anmeldung kostenlos. Alle Infos und Anmeldung auf www.verbraucherzentrale-hessen.de/woche-der-vorsorge.



Glückwünsche



Foto: smileus/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im November Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

60 Jahre: 1.11. Diana Beutner, Kassel; 6.11. Rainer Müller, Bad Emstal; 13.11. Andrea Brenner, Fürth; Eduard Zweigle, Karben; 15.11. Hardy Brämer, Witzenhausen; 18.11. Anette Schreiber, Dautphetal; Monika Hasig, Battenberg; 27.11. Brigitte Jung, Lahntal.

65 Jahre: 2.11. Ulrich Leise, Niedenstein; 7.11. Wolfgang Ellert, Dietzenbach; 14.11. Martin Schwalm, Stadtallendorf.

70 Jahre: 3.11. Rolf Teuteberg, Wesertal; 24.11. Hartmut Weber, Weimar; 28.11. Helga Herbst, Frankfurt.

75 Jahre: 6.11. Rainer Frost, Rüsselsheim; 28.11. Annegret Urban, Calden.

85 Jahre: 1.11. Eva Bartels, Neu-Anspach.

90 Jahre: 3.11. Willi Eckhardt, Hofgeismar.

91 Jahre: 29.11. Katharina Neukirchner, Oestrich-Winkel.

93 Jahre: 6.11. Ilse Mohr, Lich.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen werden ihrem Wunsch gemäß nicht veröffentlicht.

Weniger Steuern

Um von der Energiekrise betroffenen Personen oder Betrieben entgegenzukommen, können die hessischen Finanzämter neben der Herabsetzung von Vorauszahlungen zur Einkommen- oder Körperschaft- sowie Gewerbesteuer auch Stundungen oder Vollstreckungsaufschübe anwenden. Über entsprechende Anträge entscheiden die Finanzämter im Einzelfall unter Würdigung der entscheidungserheblichen Tatsachen zeitnah. Bei Anträgen, die bis zum 31. März 2023 eingehen, sind bei der Nachprüfung der Voraussetzungen keine strengen Anforderungen zu stellen. Auch eine rückwirkende Herabsetzung von Vorauszahlungen für das Jahr 2022 ist im Rahmen der Ermessensentscheidung möglich. Unter bestimmten Voraussetzungen können die Finanzämter im Einzelfall überdies auf die Erhebung von Stundungszinsen verzichten und die Stundung zinslos bewilligen. *Quelle: Hess. Finanzministerium*



Termine

Ortsverband Biedenkopf

12. November, 13 Uhr: Jahreshauptversammlung, Stadthalle Wetter.

Ortsverband Marburg-Kirchhain

12. November, 13.30 Uhr: Jahreshauptversammlung, Stadthalle Wetter.

Ortsverband Münchhausen-Wetter

12. November, 14 Uhr: Jahreshauptversammlung, Stadthalle Wetter.

Rückfragen zu den drei Veranstaltungen bei Helga Kläs, Tel.: 06422/89 87 202 oder 0159/021 75 347.

Ortsverband Bad Wildungen

26. November, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung, Restaurant Lindenhof, Brunnenallee 14, Bad Wildungen.

Ortsverband Nentershausen / Ortsverband Sontra-Ringgau-Eschwege

24. November, 15 Uhr: gemeinsame Weihnachtsveranstaltung,

Hotel-Restaurant Johanneshof, 36214 Nentershausen-Weißenhasel, Rückfragen bei Gerhard Burda, Schützenrasen 3, 36214 Nentershausen, per E-Mail an: gburda_sovd@e-mail.de.

Ortsverband Rotenburg

2. Dezember, 16 Uhr: Weihnachtsveranstaltung, Gasthof Kanngießler in Rotenburg.

Ortsverband Fulda

10. Dezember, 15 Uhr: Weihnachtsveranstaltung, Gasthof Hardt in Fulda.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen alle genannten Angebote unter Vorbehalt.

Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder Informationen zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis freitags 9–13 Uhr.

Info-Telefon Pflege: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nr. 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvergabe unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde bei Evelyn Kaletsch-Dammn, nur telefonische Beratung unter Tel.: 0170/31 78 490.

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung in der Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang: Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v.d.H., Termine unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr und jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr,

in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/20 55 216, Fax: 0611/85 043 oder E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau:

Es berät Hans Arnold, Tokajerstraße 14, 65375 Oestrich-Winkel, montags, mittwochs und freitags 9–12 Uhr, donnerstags 15–18 Uhr oder nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911 oder E-Mail: sovd@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal dienstags 14–17 Uhr, und donnerstags 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen: 34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/32 777.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Beratung durch den zertifizierten Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen. Die Sozialrechtsberatung

erfolgt nur nach Anmeldung bzw. Terminvereinbarung unter Tel.: 05621/96 78 787 oder 0151/19 18 19 99 (mobil) oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuohf. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra-Ringgau-Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege.

Jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Niederstadt 41, 36205 Sontra.

Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45, E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, Neues Rathaus, „Altenstube“, 1. OG, 36199 Rotenburg. Anmeldung

unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de, Fax: 06655/74 02 45.

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung im Sozialkompetenzzentrum, Uffhäuserstraße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Korbach

Beratung durch Juristin Jutta Schwarze im Sozialberatungszentrum Klosterstraße 20, 34497 Korbach, mittwochs, 10–13.30 Uhr sowie außerhalb dieser Zeit nach Terminvereinbarung, Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr unter Tel.: 05631/57 88 724.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden 1. und 3. Montag im Monat, 15.30–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil); außerhalb der Zeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/89 87 202, oder Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Die Beratung erfolgt durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach Terminabsprache über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Sozialberatung zurzeit beim Ortsverband Wetter (siehe oben).

Der Lipoprotein(a)-Wert sollte einmal im Leben festgestellt werden

Neuer Risikofaktor fürs Herz

Neben den Blutfetten LDL-Cholesterin und Triglyceride ist auch Lipoprotein(a) ein neuartiger Risikofaktor für Herzinfarkt und Schlaganfall. Ein Aktionsbündnis aus Patientenorganisationen sowie Herz- und Gefäßgesellschaften sensibilisiert für die Wichtigkeit von erhöhtem Lp(a) in der Infarktprävention.

Für die Betroffenen ist es ein Schock: Herzinfarkt – und das mit nicht mal 40 Jahren! Im Zuge der routinemäßigen Blutuntersuchung stellt sich bei jüngeren Infarktpatient*innen oft heraus, dass der Wert eines bestimmten Blutfettes: Lipoprotein(a) auch kurz Lp(a) genannt, stark erhöht ist. Meist stellt sich heraus, dass auch bei Familienangehörigen der Betroffenen bereits im jüngeren Lebensalter Herzinfarkte aufgetreten sind. „Das macht Lp(a) zu einem weiteren Marker für kardiovaskuläre Komplikationen wie Herzinfarkt und Schlaganfall. Das gilt besonders bei jüngeren Frauen und Männern und wenn keine klassischen Risikofaktoren vorliegen“, betont Prof. Dr. Thomas Voigtländer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Herzstiftung.

„Ärzt*innen müssen in der medizinischen Versorgung von Patient*innen mit Fettstoffwechselstörungen auch das Lp(a) als relativ neuen Risikofaktor auf dem Schirm haben. Aber auch die Bevölkerung muss darüber gut informiert sein, um Risiken für Herz und Gefäße rechtzeitig vorzubeugen“, fordert der Herzstiftungs-Vorsitzende gemeinsam mit einem Aktionsbündnis der Deutschen Gesellschaften für Kardiologie – Herz- und Kreislaufforschung (DGK), für Angiologie (DGA), für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauf-Erkrankungen (DGPR) zur Bekämpfung von Fettstoffwechselstörungen und ihren Folgeerkrankungen



Foto: Gina Sanders / Adobe Stock

Wer sich Blut abnehmen lassen muss, sollte auch gleich den neu entdeckten Risikomarker Lp(a) bestimmen lassen.

DGFF (Lipid-Liga) sowie der Lipid Hilfe-Lpa.

Der Lp(a) Wert ist meist genetisch bestimmt

Die Lp(a)-Konzentration im Blut ist ganz überwiegend genetisch bestimmt und bleibt somit im Leben weitgehend gleich. Eine Senkung des Lp(a)-Spiegels durch einen gesunden Lebensstil und mit Medikamenten ist daher (noch) nicht möglich. „Vor diesem Hintergrund ist für Personen mit erhöhtem Lp(a)-Wert umso wichtiger, ihr individuelles kardiovaskuläres Gesamtrisiko zu senken. Vorhandene Risikofaktoren können beispielsweise Rauchen, Bluthochdruck, erhöhtes LDL-Cholesterin und Diabetes mellitus sein. Liegt erhöhtes Lp(a) zusätzlich zu diesen Risikofaktoren vor, ist das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen stark erhöht“, warnt Prof. Dr. Bernhard Schwaab, Präsident der DGPR. „Bei erhöhter Lp(a)-Konzentration im Blut sollten Ärzt*innen deshalb Betroffene dazu animieren, generell ihr Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu senken. Auch sollten sie ihren Blutdruck, Blutzucker und Blutfette wie LDL-C und Triglyceride regelmäßig kontrollieren“, so Schwaab.

Einmal im Leben den Lp(a)-Wert bestimmen lassen

Jede*r Erwachsene sollte einmalig seinen*ihren Lp(a)-Wert mit einem Bluttest bestimmen lassen. Dadurch sollen vor allem Personen mit sehr ho-

hen Lp(a)-Spiegeln mit einem vergleichbar hohen Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen identifiziert werden. Die Kosten für den Bluttest tragen in der Regel die Krankenkassen, wenn ein begründeter Verdacht oder ein erbliches Risiko vorliegt.

Bei erblicher Vorbelastung auch Kinder testen lassen

„Alle Erwachsenen und Familienangehörige von Personen mit Gefäßverkalkungen im mittleren und jüngeren Lebensalter, die beispielsweise an einer koronaren Herzkrankheit leiden oder einen Herzinfarkt erlitten, sollten ihren Lp(a)-Wert im Blut bestimmen lassen“, rät DGPR-Präsident Prof. Schwaab und der Herzstiftungs-Vorsitzende Prof. Voigtländer. „Aufgrund der erblichen Komponente sollten auch die Kinder von Personen mit erhöhtem Lp(a)-Wert einem Blut-Check unterzogen werden“, rät Dr. Christoph Altmann, Mitinitiator des Aktionsbündnisses und Ehrenvorsitzender des Landesverbands Sachsen der DGPR.

Des Weiteren ist eine Lp(a)-Bestimmung sinnvoll insbesondere bei folgenden Personen:

- bei Patienten mit einer Arteriosklerose vor dem 60. Lebensjahr (Männer),
 - bei Patient*innen mit einer Familiären Hypercholesterinämie (FH),
 - bei Patient*innen, bei denen eine Arteriosklerose oder eine KHK voranschreitet, obwohl der LDL-C-Zielwert medikamentös erreicht ist.
- Quelle: Deutsche Herzstiftung



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

in welchen Zeiten leben wir? Von vielen Seiten hört und liest man die Furcht vor wachsender sozialer Ungleichheit, verbunden mit der Sorge um die Polarisierung der Gesellschaft.

In Zeiten der Pandemie, also seit gut zwei Jahren andauernd, traten offensichtliche Ungleichheiten bei Bildungschancen und Gesundheit auf, beim Klimawandel spielt die Generationengerechtigkeit eine nicht unerhebliche Rolle und nun liegt eine große Gefahr der gesellschaftlichen Spaltung in der hohen Inflation. Letzteres versucht die Politik durch sehr große Entlastungspakete finanzieller Art für die Bevölkerung in den Griff zu bekommen und durch eine konzertierte Aktion größeren Schaden zu verhindern.

Von der hohen Inflation und dem Verlust der Kaufkraft sind insbesondere Menschen mit geringen Einkommen und Renten betroffen – die Armutsgefährdung ist ansteigend. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat. Waren es in den 90-iger Jahren noch 11 Prozent, sind es mittlerweile nach den Daten des DIW bis zu 17 Prozent, die als armutsgefährdet gelten. Obwohl die Wirtschaft sich in den letzten Jahren positiv entwickelt hat, ist das Gehaltsgefüge stetig auseinander gegangen. Besonders trifft dies Kinder, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Teilzeitbeschäftigte. Die hohe Inflation verursacht hohe Belastungen bei uns allen, aber bei armutsgefährdenden Menschen ist die Belastung um das Vier- bis Fünffache höher, da sie im Verhältnis mehr für Energie, Nahrungsmittel etcetera ausgeben müssen, bei gleichzeitig weniger Einsparungs- beziehungsweise Sparmöglichkeiten.

Der Mindestlohn ist zwar zum 1. Oktober dieses Jahres auf zwölf Euro angehoben worden, Heizkostenzuschüsse I und II für Wohngeldempfänger, die Energiepreispauschale sowie ab 1. Januar 2023 das neue Bürgergeld, die Ausweitung des Wohngeldanspruchs sowie höheres Kindergeld sollen abfedernd wirken. Jedoch kommt das teilweise zu spät, denn höhere Preise sind jetzt zu bezahlen. Es kann auch noch nicht das Ende der Fahnenstange sein, um Armutsgefährdung entgegenzuwirken. Daher werden wir uns als Verband progressiver für mehr Verteilungsgerechtigkeit einsetzen, denn es kann nicht sein, dass es in unserem wohlhabenden Land immer mehr Armutsgefährdung gibt.

Ein erster Aufschlag wird am 28. November in Mainz und am 29. November in Saarbrücken erfolgen. Hier werden wir auf die Armutsgefährdung mit einer entsprechenden Kampagne aufmerksam machen. Kommen Sie vorbei, wir benötigen Ihre Unterstützung!

Christian Dirb



**Ihr Christian Dirb,
Landesgeschäftsführer**

SoVD gegen Armut

Wir werden gemeinsam mit unserer Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier bei unserer Kampagne gegen Armut am

**28. November von 11 bis 14 Uhr
in Mainz vor dem Staatstheater, und am
29. November von 11 bis 14 Uhr
in Saarbrücken vor der Europagaleries**

vertreten sein.

Kommen Sie vorbei und unterstützen Sie uns, denn nur gemeinsam können wir gegen Armut und Ungleichheit vorgehen – es geht uns alle an!



Foto: lightwavemedia / Adobe Stock

Herzinfarkt in jungen Jahren ist oft genetisch verursacht.

Sprechstunden

Wenn Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialberater*innen rund um das Sozialrecht benötigen, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631/73 657 oder 06131/69 30 165**, die Ihnen den*die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

Für die **Region Gernersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 zur Verfügung.

Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.

Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58; Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272/61 60 sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) nach Terminvereinbarung mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.



Seit Ende August bietet der Landesverband in Kooperation mit der AWO Saarland e. V. wieder Sozialrechtsberatungen vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht Ihnen dafür persönlich zur Verfügung.

Selbstverständlich sind Beratungen zu allen sozialrechtlichen Themen wie gewohnt auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich.

Sprechstage nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter: Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98.

Nonweiler: 23. November und 14. Dezember, 9.30–12 Uhr,
Saarbrücken: 23. November und 14. Dezember, 14–16.30 Uhr,
Spiesen-Elversberg: 9. November und 7. Dezember, 9.30–12 Uhr,
Homburg: 9. November und 7. Dezember, 13.30–16 Uhr.

www.sovd-rps.de



Foto: mojolo/Adobe Stock

70 Jahre SoVD Rülzheim

Der Ortsverband Rülzheim kann auf sein 70-jähriges Bestehen seit der Wiedergründung zurückblicken und feiert deshalb am

26. November ab 13 Uhr

in der „Dampfnudel“ in Rülzheim dieses Jubiläum mit einem unterhaltsamen Programm. Gastredner*innen aus Politik und von nahestehenden Verbänden werden ebenfalls

an der Veranstaltung teilnehmen. Außerdem werden langjährige Aktive und Mitglieder geehrt.

Mitglieder und Freunde, sind herzlich willkommen!

Auf Parkplätzen gilt nicht immer die Regel „rechts vor links“

Defensiv fahren ist Pflicht

Auf Parkplätzen vor Supermärkten oder in Parkhäusern kommt es nicht nur zu Konflikten um Parkboxen, wenn diese von zwei Autofahrer „gleichzeitig“ angesteuert werden. Auch Vorfahrtsfragen kommen häufig vor. Gilt dort eigentlich immer „rechts vor links“?

Jüngst hat das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main entschieden, dass „rechts vor links“ nur dann greift, wenn Fahrspuren deutlich als Straßen erkennbar und markiert sind. Handelt es sich hingegen um „Fahrgassen“, so sei „rechts vor links“ außer Kraft gesetzt.

Um Fahrspuren handelt es sich, wenn diese allein zum Ein- oder Ausfahren in ein oder aus einem Parkhaus dienen und auch rein äußerlich mit regulären Straßen vergleichbar sind. Hier gilt dann grundsätzlich „rechts vor links“. Eine Fahrgasse zwischen markierten Parkreihen dagegen stellt demnach keine Fahrbahn mit Straßencharakter dar, wenn sie dazu dient, den ein- und ausparkenden Rangierverkehr abzuwickeln.

In dem konkreten Fall war es auf einem Parkplatz zu einem Zusammenstoß von zwei Fahrzeugen gekommen. Auf eine zur Ausfahrt des Parkplatzgeländes führende Fahrgasse mündeten von rechts mehrere Fahrgassen ein. Sowohl in den seitlichen Fahrgassen als auch in der Ausfahrtfahrgasse be-



Foto: Dan Race/Adobe Stock

Wenn es auf einem Parkplatz zum Zusammenstoß kommt, gilt nicht immer die Vorfahrtsregel „rechts vor links“.

fanden sich Parkboxen. Ein Autofahrer befuh die Ausgangsfahrgasse, der andere kam aus einer der rechten Fahrgassen – im Einmündungsbereich der Fahrgassen kollidierten die beiden. Es folgte ein Streit um Schadenersatz.

Die Richter am OLG Frankfurt teilten die Haftungsquote hälftig auf. Begründung: Es habe nicht „rechts vor links“ gegolten, weil Fahrgassen auf Parkplätzen keine dem fließenden

Verkehr dienenden Straßen darstellen und somit auch keine Vorfahrt gewähren können.

Jede*r Fahrzeugführer*in sei verpflichtet, rücksichtsvoll und defensiv zu fahren und die Verständigung mit dem*der jeweils anderen Fahrzeugführer*in zu suchen.

Daher hätten sich die Fahrer den Schaden zu teilen, weil auch ihr Beitrag zu der Kollision als gleichwertig anzusehen sei (AZ: 17 U 21/22). *mh*



Glückwünsche



Foto: ortis/Adobe Stock

60 Jahre: 17.11.: Gabi Dudenhöffer, Rülzheim; Gabriele Merz, Münchweiler; 21.11.: Sigrid Richtsteig, Andernach.

65 Jahre: 5.11.: Abdelkader Rafoud, Offenbach; 10.11.: Hans Josef Rech, Bendorf; 12.11.: Karl Jung, Rülzheim; 13.11.: Volker Schubert, Kelsterbach; 21.11.: Klaus Mayer, Rülzheim; 23.11.: Doris Graf, Heinenhausen.

70 Jahre: 4.11.: Rochus Hauck, St. Ingbert; 14.11.: Ilka Röthke, Hütschenhausen; 21.11.: Rudolf Urban, Jugenheim; 25.11.:

Walter Renz, Jockgrim; 26.11.: Hannelore Kornely, Gau-Algesheim; 27.11.: Marianne Mayer, Rülzheim; 28.11.: Kurt Kuhn, Rülzheim; 30.11.: Erhard Dörner, Rülzheim.

75 Jahre: 5.11.: Gustav Geck, Rülzheim; Helga Klein, Bad Kreuznach; 6.11.: Karl-Heinz Andreas, Neustadt; 13.11.: Alois Neidig, Zeiskam; 20.11.: Kunibert Schwarz, Winnweiler; 29.11.: Katharina Paul, Landau.

80 Jahre: 4.11.: Doris Christa Kleinbub, Rülzheim.

85 Jahre: 7.11.: Richard Dörzapf, Rülzheim; 30.11.: Walter Hengen, Rülzheim.

90 Jahre: 25.11.: Barbara Messer, Homburg.

91 Jahre: 2.11.: Leo Ruffing, Spiesen-Elversberg; Hilde Schneider, Rehlingen-Siersburg.

92 Jahre: 10.11.: Karl Jung, Höheinöd.

93 Jahre: 27.11.: Willi Huwer, Homburg.

94 Jahre: 18.11.: Ilse Kurrath, Bölsberg.

Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim bewirtete Mitglieder und Gäste beim jährlichen Herbstessen

Den Zusammenhalt im Ortsverband stärken

Der Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim zeichnet sich durch großes Engagement und stets originelle Veranstaltungsideen aus. So wurden bei den Herbstveranstaltungen aus den traditionellen „Nudelpartys“ vor circa zehn Jahren die legendären „Dampfnudelpartys“. Nach der Pandemie-Pause probierten die fleißigen Damen vom SoVD jetzt eine ganz neue, leckere Variante aus.

Die SoVD-Frauen des Ortsverbandes Schwetzingen-Neulußheim bewirteten die gerne zur Einladung erschienen Mitglieder in diesem Jahr mit frisch gebackenem Zwetschgen- und Apfelkuchen sowie herzhafter Kartoffelsuppe nach Hausfrauenart. „Das ist eine sehr originelle und wohlschmeckende uralte Essenstradition aus der Kurpfalz“, merkte die ehemalige Beschäftigungstherapeutin des GRN (Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH), Inge Wehe als Gast der Veranstaltung an.

Zu Beginn des Festes begrüßte die Vorsitzende Ursula Bäuerlein unter den Gästen auch eine Abordnung der AWO sowie Mitglieder von SoVD-Ortsverbänden aus den Nachbarorten. „Der heutige 1. Oktober ist übrigens auch als

der ‚Tag der Freude‘ bekannt“, verkündete sie. „Was wir hier heute veranstalten, ist bei weitem nicht unser Hauptthema als Sozialverband“, erzählte die Vorsitzende, „aber es hilft, den Zusammenhalt unserer Gruppe zu pflegen und die Kontakte zu unseren benachbarten Ortsverbänden nach zwei Jahren Notpause wieder zu aktivieren“.

Den Dienst am Menschen nannte Ursula Bäuerlein als eine Hauptaufgabe des SoVD. Besonders, wenn es ungerecht zugeht und es Probleme im Paragraphenschwung mit Ämtern und Sozialversicherungsträgern gibt.

Viele sind überfordert, kennen die amtlichen Abläufe nicht und wegen Formfehlern oder fehlerhaften Formulierungen wurden schon Leistungen abgelehnt, die eigentlich rech-

tens waren. Der SoVD hilft seinen Mitgliedern bei Problemen unter anderem mit dem Versorgungsamt, Krankenkassen, Pflegeversicherung, wie auch Rentenversicherung. „Wir können im Bedarfsfall jederzeit auch auf unsere fachlich versierten Sozialrechtsberater*innen zurückgreifen“, hob Bäuerlein hervor.

Auch im wohltätigen Bereich ist der hiesige Ortsverband sehr aktiv. „Wir unterstützen die Lebenshilfen Hockenheim, Ketsch und die GRN-Senioren in Schwetzingen“, sagte die Vorsitzende. Dafür gibt es zum Beispiel Weihnachtsgeschenke und Grillfeste.

Auch die Jugendlichen im Kinderheim St. Josef in Mannheim-Käfertal werden tatkräftig unterstützt, sogar mit selbst gestrickten Söckchen, Mützen



Die deftige Kartoffelsuppe nach Hausfrauenart war ebenso begehrt wie die Zwetschgen- und Apfelkuchen. Selbstverständlich war wieder alles selbst gemacht von den SoVD-Frauen.

und Handschuhen im Winter.

Spontan verriet die Vorsitzende auch, dass man an diesem Samstag gleich für die Bewohner*innen der Lebenshilfe Ketsch mitgekocht habe. „Frie-

scher Apfel- sowie Zwetschgenkuchen und Kartoffelsuppe sind eine nette Abwechslung auf ihrem Speiseplan und kommt bestens bei ihnen an“, erzählte Ursula Bäuerlein lächelnd.

AOK startet „Long-COVID-Coach“ als Online-Angebot zur Selbsthilfe

Umgang mit Symptomen üben

Mit einem neuen „Long-COVID-Coach“ unterstützt die AOK Menschen, die von Long-Covid oder Post-Covid betroffen sind. Das Angebot ist für alle Interessierten kostenfrei verfügbar und soll Patient*innen, aber auch deren Angehörigen mit insgesamt 26 Erklär- und Übungsvideos beim Umgang mit der Erkrankung helfen.

Das Online-Angebot unter: www.aok.de/long-covid fasst das aktuelle Wissen über die Erkrankung zusammen und informiert über die typischen Symptome von „Long-Covid“ und „Post-Covid“. Zum besseren Umgang mit den drei wichtigsten Symptomen Luftnot, kognitive Störungen und Fatigue (ausgeprägter Energiemangel) gibt es Übungsvideos, die das Selbstmanagement der Patient*innen unterstützen sollen.

Die Übungen des Long-COVID-Coaches vermitteln, wie plötzlich auftretende Panik bei Luftnot kontrolliert werden kann und wie Betroffene ihre Atemmuskulatur trainieren können. Die Fatigue-Übungen sollen helfen, Strategien zum Umgang mit geminderten Energiereserven zu entwickeln. Bei Patient*innen mit Long-Covid ist die Leistungsfähigkeit durch den Mangel an Energie vielfach stark eingeschränkt. Nach



Foto: Pixel-Shot/Adobe Stock

Atemnot löst oft Panik aus.

Anstrengungen kann es bei einigen Betroffenen zu einer lang anhaltenden Verschlechterung des Befindens kommen.

Das neue Internetangebot zeigt unter anderem, wie sich Patient*innen mithilfe eines Symptom-Tagebuchs und mit gezieltem Aktivitäts- und Energiemanagement vor Überlas-

tung schützen können.

Im Zentrum der optimalen Behandlung sollten zunächst die hausärztliche Behandlung und das Selbstmanagement stehen. Bei bestimmten Beschwerden ist die Überweisung zu Fachärzten für Lungen- und Herzerkrankungen notwendig. Besonders Patient*innen mit schwerem Verlauf oder unsicherer Diagnose sollten an sogenannten „Post-Covid-Spezialambulanzen“ behandelt werden, die sich insbesondere an den Universitätskliniken gebildet haben. Diese Ambulanzen leisten auch einen wichtigen Beitrag zur weiteren Erforschung der Erkrankung. Ambulante oder stationäre Rehabilitation können den Genesungsprozess besonders schwer erkrankter Patient*innen mit Atemtherapie, Bewegungstherapie oder neuropsychologischem Training unterstützen.

Quelle: AOK Bundesverband



Personalien

Corinna Stein hat zum 1. Oktober ihre Arbeit im Sekretariat der Landesgeschäftsstelle in Mannheim aufgenommen.

Frau Stein ist gelernte Rechtsanwaltsfachangestellte. Nach ihrer anfänglichen Tätigkeit in einer Kanzlei hat sie viele Jahre als kaufmännische Angestellte in einem mittelständischen Industriebetrieb gearbeitet.

Sie bringt Erfahrung in den Bereichen Sekretariat beziehungsweise Assistenz der Geschäfts- und Vertriebsleitung sowie im Marketing mit. Durch Umstrukturierungen in ihrem bisherigen Unternehmen hat sie zuletzt im Verkauf Innendienst gearbeitet.

Corinna Stein liebt den Kontakt zu Menschen und sieht ihre Berufung darin – im Kontrast zu ihrer bisherigen Tätigkeit – sich jetzt als erste Ansprechpartnerin für Ratsuchende im sozialen Bereich in der SoVD-Landesgeschäftsstelle einzubringen.

Sie freut sich schon darauf, dass sie sich neben ihren Aufgaben als Sekretärin auch aktiv bei Marketing-Aktionen und in der Öffentlichkeitsarbeit beteiligen kann. Durch ihre fachliche Kompetenz ist Corinna Stein zudem hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Sozialrechtsberater*innenn eine Bereicherung für das Team im Landesverband.

Der SoVD-Landesverband Baden-Württemberg freut sich, Frau Stein als Nachfolgerin von Karin Raas in der Landesgeschäftsstelle in Mannheim begrüßen zu dürfen.



Corinna Stein ist die neue Mitarbeiterin im Sekretariat der Landesgeschäftsstelle.

Ortsverband Hockenheim veranstaltete die letzte Tagesfahrt des Jahres 2022 und schaute auf Vergangenes

Wieder Gemeinschaftserlebnisse ermöglicht

Im Ortsverein Hockenheim tut sich was: Vorsitzende Heidegard Busch lud zur Mitgliederversammlung ein und man schwelgte gemeinsam in Erinnerungen an vergangene Ausflüge. Die letzte Fahrt dieses Jahres führte die Teilnehmer*innen des Ortsverbandes in die Städte Meisenheim und Bad Sobernheim.

Viele Mitglieder und Gäste waren der Einladung zur Mitgliederversammlung gefolgt. Ein reichliches Kuchenbüfett und schön dekorierte Tische empfingen die Besucher*innen. Nach der Begrüßung und Informationen über die Arbeit des SoVD sowie die nächsten anstehenden Aktivitäten begann mit „Quetschekuchen“ und Kaffee der gemütliche Teil der Versammlung. Wie immer

gab es viel zu erzählen über vergangene Aktivitäten. Ein Bildervortrag über die Lago Maggiore Reise sollte den Tag beschließen. Vorstandsmitglied Jürgen Weigel schaffte es, den widerspenstigen Laptop zum Laufen zu bringen. So konnten die Erinnerungen an acht Tage am See durch die Bilder wieder lebendig werden. Die Vorsitzende bedankte sich zum Abschluss bei den Gästen für

deren Teilnahme und bei den fleißigen Bäcker*innen und Helfer*innen für deren Wirken.

Die Vorhersage: „kein Regen“ war ein gutes Vorzeichen für die letzte Tagesfahrt 2022 des Ortsverbandes Hockenheim. Die Information über diese Tour in den Medien sorgte für eine rege Teilnahme. Schon die Anreise nach Meisenheim am Glan mit Blick auf die Weinberge und Wälder der Region war eine Bereicherung.

Die evangelische Schlosskirche als Wahrzeichen der Stadt Meisenheim fiel sofort ins Auge. Das spätgotische Bauwerk mit imposanter Stumm-Orgel und Rokokokanzel gilt als eine der bedeutendsten linksrheinischen Kirchen. Die gut erhaltene, und als Ensemble unter Denkmalschutz stehende Altstadt mit ihren alten Fachwerkhäusern, die romantischen Gässchen und der Fluss Glan konnte dann zu Fuß, nur durch einen sehr kurzen Regenschauer unterbrochen, erkundet werden.



Die Mitgliederversammlung war sehr gut besucht.

Zur Mittagszeit waren in der „Alten Brauerei“ Plätze reserviert und man konnte seine Speisen wählen.

Nur kurz war die Fahrt zum nächsten Ziel, der „Felke“-Stadt Bad Sobernheim. Ihr Motto hat die Kurstadt dem „Lehmpastor“ Emanuel Felke zu verdanken. Diese Kur mit den Elementen Licht, Luft, Wasser und Erde wird noch heute und nur in Bad Sobernheim durchgeführt. Hier waren bei einem Rundgang durch die Altstadt die katholische Pfarrkirche „St. Matthäus“, das Heimatmuseum Priorhof, das ursprünglich aus dem Jahr 1535 stammende Rathaus und

die evangelische Matthiaskirche, eine spätgotische Hallenkirche mit Stumm-Orgel und modernen Maßwerfenstern besonders sehenswert. Abgerundet wurde der Aufenthalt mit dem Besuch eines Cafés am Marum-Park.

Mit vielen neuen Erlebnissen im Gepäck wurde die Rückfahrt angetreten. Gesprächsstoff war aber auch die vergangene, mit großen Einschränkungen belastete Zeit. In Hockenheim angekommen dankte die 1. Vorsitzende Heidegard Busch allen für die Teilnahme und Busfahrerin Frau Jahnke für die gelungene Fahrtroute.



Der Ausflugstag blieb zur Freude der Teilnehmer*innen regenfrei.

Glückwünsche

Je mehr du gedacht, je mehr du getan hast, desto länger hast du gelebt.

Immanuel Kant

70 Jahre: 9.11.: Mathilde Braun-Magnone, Höpfigen; 10.11.: Gudrun Gefeller, Pfinztal; 12.11.: Günter Hoogestraat, Wiesloch; 16.11.: Annemarie Gerber, Nusplingen.

75 Jahre: 3.11.: Dieter Weber, Rheinfelden; 5.11.: Sieglinde Dussler, Friedrichshafen; 22.11.: Maria-Teresa Boccardo, Rheinfelden; 23.11.: Erich Rupflin, Lindau.

80 Jahre: 22.11.: Karl Lang, Meckenbeuren.

92 Jahre: 15.11.: Edwin Rosenau, Ofterdingen.

93 Jahre: 18.11.: Rudolf Teubner, Müllheim; 25.11.: Walter Schäfer, Mannheim.

94 Jahre: 3.11.: Bernhard Zanger, Mannheim.

96 Jahre: 7.11.: Irma Reuter, Hockenheim.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im November ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Den Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an.

Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden 1. Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße 35. Neuteilnehmende sind jederzeit willkommen.

Sprechstunden



pictworks / Adobe Stock

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/841151 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/8414172 zur Verfügung.

Sozialberatung im Kreis Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden je-

den 2. Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/72 702.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sozialsprechstunden des Ortsverbandes Hockenheim finden einmal im Monat im Raum 1 in der „Zehntscheune“, Untere Mühlstraße 4, 68766 Hockenheim statt. Hierfür ist eine Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/841 151 unbedingt erforderlich.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach vorheriger Vereinbarung unter Tel.: 0621/841 151 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden finden im Gasthaus „Zum Ochsen“, Heidelberger Str.18, 74744 Höpfigen statt. Für die Beratungen sind Terminvereinbarungen unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden jeden Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr im Generationenhaus Heslach, Gebr.-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt, Tel.: 0711/21680593. Jeden 3. Mittwoch im Monat (außer Dezember) findet eine Sozialberatung statt, jedoch nur nach vorheriger Terminvereinbarung mit der Sozialberatungsstelle in Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51.

Der SoVD beteiligte sich an der diesjährigen Messe „InVita“

Wieder wie in alten Zeiten

Die Messe „InVita“ ist für viele Senior*innen aus Bremen, Bremerhaven und dem Umland ein fester Termin geworden. Denn hier steht die Generation 60plus im Fokus. Die zweitägige Messe mit dem Motto „Fit und aktiv im Alter“ ist in die Verbrauchermesse „HanseLife“ integriert, die vom 14. bis 18. September auf der Bremer Bürgerweide stattfand.

Die „InVita“ präsentiert einen Querschnitt der Themen, die ältere Menschen interessieren, die die zweite Lebenshälfte gesund, genussvoll und selbstbestimmt verbringen möchten. Zahlreiche Aussteller sowie ein umfassendes Rahmenprogramm bieten dazu Anregungen, Informationen und Lösungsansätze.

Während die „InVita“ im letzten Jahr nach einem Jahr pandemiebedingter Pause eher verhalten besucht war, stand sie dieses Jahr im Zeichen von Erleichterung und Entspannung. „Die Atmosphäre war fast wie vor der Pandemie“, berichtete Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski, die am Stand des

SoVD-Landesverbandes zahlreiche Besucher*innen begrüßen konnte. „Die Maskenpflicht war vorbei und alle freuten sich auf die zwischenmenschlichen Kontakte, die jetzt wieder zwanglos möglich waren.“

Auch der Landesvorsitzende Joachim Wittrien zeigte sich nach den beiden Tagen sehr zufrieden: „Es war schön zu erleben, dass es allen trotz dieser schwierigen Zeiten gut geht. Sich wiedersehen zu können, das war für viele ein echtes Geschenk!“

Bei der diesjährigen „InVita“ passte einfach alles: Der Bürgermeister plauderte angeregt mit den Anwesenden, Freunde und Mitglieder begrüßten sich nach langer Zeit herzlich, die Standbesetzung aus Ehren- und Hauptamt ergänzte sich ausgezeichnet. „Es sind tolle Teams entstanden, die die Gäste umfassend über die Leistungen unseres Sozialverbandes informiert haben“, so Wittrien. „Für das Engagement bedanke ich mich ganz herzlich!“



Von links: (vorne) Karl-Otto Harms, Ursula Grabowski und Helga Harms sowie (hinten) Horst Cordes, Wilfried Schadock und Mario Grafe.

Kreisverband Bremerhaven beim Infotag dabei

Öffentlichkeit genutzt

In zentraler Lage mitten in der Einkaufszone der Seestadt Bremerhaven konnte sich der Kreisverband Bremerhaven mit seinen drei Ortsverbänden einen Tag lang präsentieren.

Die Stadtbibliothek Bremerhaven veranstaltete in Kooperation mit dem Netzwerk Digitalambulanzen und der Stabstelle für Seniorinnen und Senioren einen Informationstag. Bei regem Publikumsverkehr mit Menschen aller Altersgruppen stellten die Standbetreuer*innen, der 1. Kreisvorsitzende Karl-Otto Harms, der 1. Ortsvorsitzende von Bremerhaven Nord-Süd, Horst Cordes, Kreisbeisitzerin Ursula Grabowski, Kreisgeschäftsführer Wilfried Schadock, Kreisschriftführerin Helga Harms und Kreisschatzmeister Mario Grafe die Angebote des SoVD vor und führten zahlreiche Gespräche mit Interessierten. Dabei konnten auch einige neue Mitglieder gewonnen werden.



Am Stand des Landesverbandes informierten (von links.): der 2. Vorsitzende Karl-Otto Harms, die hauptamtliche Mitarbeiterin Elena Weimer, die Sprecherin des Orga-Ausschusses Edith Wittrien und der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien.

Symbolische Scheckübergabe an die „Bremer Suppenengel e.V.“

Engagement für Obdachlose

Am 23. August war der Vorstand des Ortsverbandes Bremen Süd des SoVD bei „Die Bremer Suppenengel e.V.“ am Gleis 1 am Bremer Hauptbahnhof zu Gast. Anlass war die Übergabe einer Spende, die Mitglieder des Ortsverbandes gesammelt hatten.

Der Geschäftsführer der Bremer Suppenengel, Dr. Peter Valtink, gewährte der SoVD-Delegation einen kleinen Einblick in einen Raum, in dem die Lebensmittel zur Verteilung lagern. Der Verein verarbeitet täglich circa eine halbe Tonne von ihnen und verteilt sie an fünf Standorten. Alle Angebote der Suppenengel werden mithilfe von 45 ehrenamtlichen und 10 festangestellten Menschen erbracht. Er sagte: „Es freut mich sehr, dass an zwei Tagen in der Woche Flüchtlinge aus der Ukraine zu uns kommen, um landestypisches Essen zu kochen, das bei den Bedürftigen sehr gut ankommt.“

Erhard Flemming, 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Bremen Süd, war beeindruckt:



1.500 Euro haben die Mitglieder des Ortsverbandes Bremen Süd für den Verein „Suppenengel“ gesammelt, der Obdachlose bekocht.

„Es ist erschütternd, wie groß die Not der Obdach- und Wohnungslosen ist und ich bin dankbar für die großartige Hilfe, die die Bremer Suppenengel

auf verschiedenen Wegen leisten. Ich hoffe, dass wir mit dem Scheck in Höhe von 1.500 Euro diese Arbeit ein wenig unterstützen können.“

Rentenversicherung Bund informiert zu Midijobs

Volle Rentenansprüche

Rund 3,5 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in einem „Midijob“, vor allem im Einzelhandel, in der Gastronomie und in der Pflege. Diese sogenannten Midijobber*innen erwerben trotz reduziertem Sozialversicherungsanteil volle Rentenansprüche.

Galt bisher eine Beschäftigung mit einem Verdienst zwischen 450 Euro bis maximal 1.300 Euro als Midijob, wurden diese Grenzen zum 1. Oktober 2022 angehoben. Seitdem gilt für einen Midijob die Spanne zwischen 520 Euro und 1.600 Euro. Diese Spanne wird auch als Gleitzzone oder Übergangsbereich bezeichnet.

Midijobber*innen zahlen nur einen reduzierten Sozialversicherungsbeitrag. Der Anteil steigt mit dem Verdienst und erreicht bei 1.600 Euro die volle Beitragshöhe. Die verringerten Rentenbeiträge führen hierbei nicht zu geringeren Rentenansprüchen: Midijobber*innen erwerben trotzdem die vollen Rentenansprüche.

Verdienste aus mehreren versicherungspflichtigen Jobs im Übergangsbereich werden – wie bei den Minijobs – zusammengerechnet. Der Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers bleibt unverändert, er zahlt die vollen Abgaben. Ein Anstellungsverhältnis gilt automatisch als Midijob, sobald das Einkommen auf unter 1.300 Euro im Monat sinkt. Arbeitnehmer müssen in diesem Fall den Midijob nicht extra beantragen.

Weitere Infos bietet die kostenfreie Broschüre „Minijob – Midijob: Bausteine für die Rente“. Sie findet sich auf der Webseite der Deutschen Rentenversicherung ebenso wie ausführliche Infos zu den Themen Rente, Reha und Prävention unter: www.deutsche-rentenversicherung.de.

Techniker Krankenkasse und das Bündnis gegen Cybermobbing stellen Ergebnis der „Cyberlife IV“ vor

Corona hat Cybermobbing noch verstärkt

Cybermobbing unter Kindern und Jugendlichen ist zum Dauerproblem geworden. 16,7 Prozent der Schüler*innen sind davon betroffen. In absoluten Zahlen sind das mehr als 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche. Das zeigt die aktuelle Studie „Cyberlife IV - Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern“, des Bündnis gegen Cybermobbing in Kooperation mit der Techniker Krankenkasse (TK).

Nach den Ergebnissen der neuen Studie ist der Anteil der Schüler*innen zwischen acht und 21 Jahren, die nach eigenen Aussagen schon einmal von Cybermobbing betroffen gewesen sind, im Vergleich zur Vorgängerstudie von 2020 zwar leicht gesunken (2020: 17,3 Prozent), er stagniert aber auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2017, vor der Coronapandemie, lag der Wert noch bei 12,7 Prozent.

Cybermobbing ist ein Dauerproblem an Schulen

Uwe Leest, Vorstandsvorsitzender des Bündnis gegen Cybermobbing: „Die Ergebnisse zeigen, dass Cybermobbing sich zu einem dauerhaften Problem an Schulen und im privaten Umfeld der Kinder und Jugendlichen entwickelt hat. Die Folgen von Cybermobbing werden in unserer Gesellschaft immer noch unterschätzt und die Täter*innen müssen mit keinen Konsequenzen rechnen.“

Die Coronapandemie hat das

Problem noch verschärft. So gaben rund sieben von zehn Schüler*innen an (65 Prozent), dass Cybermobbing seit Corona zugenommen hat.

Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der TK: „Homeschooling und Kontaktbeschränkungen durch die Coronapandemie haben dafür gesorgt, dass Kinder und Jugendliche noch mehr Zeit online verbringen. Somit werden auch Konflikte häufiger über das Internet ausgetragen.“

Und das kann für die Betroffenen gravierende gesundheitliche Folgen haben. „Neben körperlichen Beschwerden wie Kopf- oder Magenschmerzen sind es vor allem die psychischen Auswirkungen von Mobbing und Cybermobbing, die Kinder und Jugendliche schwer belasten können. Dazu gehören beispielsweise Angst- und Schlafstörungen sowie Niedergeschlagenheit oder Depressionen“, so TK-Chef Baas.

Das zeigt auch die Studie: So fühlten sich die Opfer von

Cybermobbing vor allem verletzt (58 Prozent), 40 Prozent reagierten mit Wut und ein gutes Drittel (34 Prozent) gab an, verängstigt zu sein. Besonders alarmierend: Jede*r Sechste (15 Prozent) der Kinder und Jugendlichen hat aus Verzweiflung schon mal zu Alkohol, Tabletten oder Drogen gegriffen und fast jede*r vierte Betroffene äußerte Suizidgedanken (24 Prozent). „In absoluten Zahlen entspricht das etwa 430.000 Schüler*innen, eine sehr erschreckende Zahl“, so Uwe Leest vom Bündnis.

Zu wenig Prävention an den Schulen

Wichtige Maßnahmen, um Mobbing und Cybermobbing entgegenzutreten, sind Prävention und Aufklärung. Doch im Vergleich zur Vorgängerstudie 2020 sind die schulischen Angebote in diesem Bereich stark zurückgegangen. Den größten Rückgang gab es mit jeweils 40 Prozent bei Schulungen, die



Foto: highwaystarz/Adobe Stock

Immer mehr Teenager werden anonym im Internet verleumdet oder beleidigt und fühlen sich ohnmächtig.

gezielt Strategien zum Umgang mit Cybermobbing vermitteln, sowie bei Anti-Gewalt-Trainings. Dr. Jens Baas: „Am besten ist es, Mobbing bzw. Cybermobbing gar nicht erst entstehen zu lassen. Daher unterstützen wir als TK bereits seit vielen Jahren Projekte zur Gewaltprävention wie das Angebot 'Gemeinsam Klasse sein'. Aber auch Hilfsangebote für den Akutfall, beispielsweise den 'Krisenchat'.“ Dort beraten professionelle Fachkräfte Kinder und Jugend-

liche zu verschiedenen Themen per Chat, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche.

Uwe Leest: „Die aktuellen Zahlen zeigen, dass sich das Problem Cybermobbing in unserer Gesellschaft verfestigt hat. In vielen Fällen ist vor allem die Anonymität im Netz das Problem.“ Hier fordert das Bündnis die Einführung eines ‚Klarnamens‘.

Die Studie und die Forderungen an die Politik gibt es online unter: www.tk.de.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im November Geburtstag haben, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Wir wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit und Wohlergehen.

All denjenigen, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.



Termine



Foto: Wellnhofer Design/Adobe Stock

Monatlicher Newsletter

Mitglieder, die gerne einmal monatlich (außer Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten möchten, bittet der Landesverband um einen Hinweis an die E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.

Die Veranstaltungen finden unter den jeweils aktuellen Pandemie-Bedingungen statt.

Ortsverband Blumenthal-Farge
16. November, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Grünen Jäger“, Farger Str. 100, 2877 Bremen.

Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack im Starke Bäcker, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

26. November, 12 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung, Einlass ab 11.30 Uhr im Rotheo in Huckeriede, Niedersachsendamm 20a, 28201 Bremen. Anfahrt: Haltestelle Huckelriede Linie 4, 26 und 27 der BSAG und VBN Linien. Preis p. P.: 27.50 Euro, Getränke extra, zahlbar vor Ort.

Namentliche Anmeldung bis 16. November ist unbe-

dingt erforderlich beim 1. Vorsitzenden Erhard Flemming, Tel.: 0421/80 90 521, 0152/06 55 11 55 (mobil), oder per E-Mail: erhardflemming@sovd-hb.de.

Ortsverband Lesum

Vorschau: 16. Dezember, 15.30 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung im „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Bremen Vegesack

17. November, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum E03.

Ortsverband Bremerhaven Nord/Süd

8. November: Ehrung der Jubilare in Planung. Es wird **bereits jetzt** um Anmeldung bei Marietta Cordes unter Tel.: 0471/29 00 801 oder bei Ursel Grabowski, Tel.:

0471/80 61 184 gebeten!

Ortsverband Bremerhaven Geestemünde

25. November, 14.30 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung im Haus am Blink, Adolf-Butenandt-Straße 7, 27580 Bremerhaven, Anmeldung bei Karin Michaelsen, Tel. 0471/55 222

Ortsverband Bremerhaven Leherheide

11. November, 15 Uhr: Infoveranstaltung in der Lukaskirchengemeinde in Leherheide, Louise-Schröder-Straße 1, 27580 Bremerhaven.

Vorschau: 9. Dezember, 15 Uhr: Weihnachtsveranstaltung in der Lukaskirchengemeinde mit Liedern, Punsch, Kaffee und Kuchen; **Anmeldung bis spätestens 11. November** bei Herrn Bultmann oder in der Barkhausenstraße erbeten!



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

SoVD Hamburg fordert gezielte Entlastungen für die bedürftigen Schichten

Auch die Mittelschicht verarmt

Das dritte Entlastungspaket, der Strom- und Gaspreisdeckel – die Bundesregierung tut derzeit viel, um die Bürger*innen in diesem Winter zu entlasten. Hamburgs SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher sieht aber noch echte Mängel, die schnell behoben werden müssen.

Wicher bemängelt: „Gerade die Entlastungen bei den Energiekosten reichen bei Weitem nicht aus. Nicht nur Bedürftige brauchen die Sicherheit, dass sie mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht alleingelassen werden. Auch die Mittelschicht muss gezielt entlastet werden. Der beschlossene Energiepreisdeckel wird die Privathaushalte vor der Kostenexplosion auf dem

Energiemarkt schützen: So wird voraussichtlich zumindest der Grundbedarf an Strom und Gas für die Menschen und Unternehmen bezahlbar bleiben.“

Trotzdem sei die Belastung durch Inflation und Preissteigerungen zu ungerecht verteilt: „Statt mit der Gießkanne alle gleich zu bedenken, sollten vor allem die vulnerablen Gruppen im Fokus stehen. Nicht nur in Zeiten von Corona, sondern

auch jetzt in Zeiten des Angriffskriegs auf die Ukraine haben diejenigen, die viel hatten, ihr Vermögen teilweise stark vergrößert. Sie können Inflation und Preissteigerungen leicht bezahlen und brauchen keine staatliche Unterstützung. Vielmehr müssen sie in die Pflicht genommen werden und einen Teil ihres Reichtums an die Allgemeinheit zurückgeben.“

„Die Krisengewinner*innen aufseiten der Unternehmen, aber auch Hochvermögende und Spitzenverdiener*innen müssen jetzt einen fairen Beitrag leisten. Wir fordern die sofortige Einführung einer Übergewinnsteuer und einer Vermögensabgabe für sehr Wohlhabende über mehrere Jahre.“

Aus Wichers Sicht müssten die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung auf die unteren 40 Prozent der Bevölkerung zugeschnitten sein: „Soziale Gerechtigkeit muss in unserem Land spürbar sein, wir müssen das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft mit allen Mitteln verhindern!“



Foto: frittix / Adobe Stock

Der Abstand zwischen Reich und Arm wird in Deutschland immer größer und gefährdet den sozialen Frieden.

Eigenanteile an der stationären Pflege steigen immer stärker an

Pflege wird zur Armutsfalle

Wer in einer Alten- oder Pflegeeinrichtung lebt, muss immer mehr dafür auf den Tisch legen. Bundesweit kostet ein Heimplatz im Schnitt 2.200 Euro pro Monat. In Hamburg ist die stationäre Pflege noch teurer. Nun wurde der Eigenanteil für die Betroffenen deutlich angehoben.

Inflation und extrem gestiegene Preise für Energie und Lebensmittel haben zu teils massiv steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege geführt. Daher fordert der SoVD-Landeschef Klaus Wicher die Politik zum sofortigen Handeln auf, um den Menschen Sicherheit und Planbarkeit zu geben. „Ein Platz im Heim darf kein unbezahlbarer Luxus sein! Statt die Menschen auf Grundsicherungsniveau fallen zu lassen, muss die Stadt Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entlasten und die einkommensabhängige Einzelfallförderung wieder einführen.“

Diese Förderpraxis gab es in Hamburg bereits, sie wurde aber 2010 eingestellt. Andere Bundesländer wie Nordrhein-



Foto: Kzenon / fotolia

Pflege kostet viel – in der Krise wird sie für viele unbezahlbar.

Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gewähren diese Zuschüsse nach wie vor. Gleichzeitig mahnt Wicher die Bundespolitik: „Die Ei-

genanteile an den Pflegekosten müssen umgehend begrenzt werden. Besser wäre noch, die von uns geforderte Pflegevollversicherung.“



Ansichten

Liebe Mitglieder,



Klaus Wicher

nach den Corona-Wintern mit vielen Einschränkungen wird dieser ein Winter mit hohen Energie- und Lebensmittelpreisen werden. Alles ist deutlich teurer geworden, das merken wir, wenn wir einkaufen gehen. Wir schränken uns ein, der Ausflug, ein Besuch bei Verwandten oder gar der ganze Urlaub wird auf später verschoben. Viele werden ganz verzichten müssen.

Wie schlimm es geworden ist, merken diejenigen, die sich bei den Tafeln anstellen müssen. Auch dort wird alles knapper, es wird mehr rationiert und neue Gäste stehen vor verschlossenen Türen.

Der SoVD-Landesverband Hamburg hilft mit seinem Sozialkaufhaus im Osdorfer Born. Hier kann man mehrmals in der Woche für kleines Geld Gegenstände für den Haushalt, Kleidung oder Kinderspielzeug einkaufen. Weiterhin verfügen wir über einen Hilfsfonds, der sich an bedürftige Frauen wendet. Im Einzelfall können wir einmalig Familien mit Kindern unterstützen. Bedürftigen Männern und Frauen bezuschussen wir außerdem den Urlaub. Die Hilfen können leider nur solange gewährt werden, wie die Mittel dafür reichen (ein Rechtsanspruch ist ausgeschlossen). Und in allen Fragen des Sozialrechts helfen unsere Fachjurist*innen weiter, die von allen Mitgliedern in Anspruch genommen werden können.

Es wird sehr darauf ankommen, dass die Versorgung mit Energie in diesem Winter gesichert ist und dass die staatlichen Hilfen schnell bei den betroffenen Menschen ankommen.

Wir werden das aufmerksam begleiten und dort, wo es hakt, nachfassen. Wir sind und bleiben an Ihrer Seite.

**Ihr Klaus Wicher,
1. Landesvorsitzender**

Hilfe für Obdachlose im Winter wird ausgebaut

Notprogramm gestartet

Damit niemand auf der Straße schlafen muss, bietet die Stadt Hamburg durchgängig ab November bis zum Frühjahr Hunderte zusätzliche Schlafplätze an. Im Winternotprogramm gibt es Schlafplätze, Versorgung und soziale Beratung für Betroffene.

Das Winternotprogramm ist niedrigschwellig: Es kann von allen aufgesucht werden, die sich nicht selbst helfen können und eine sichere Übernachtungsgelegenheit benötigen.

Damit werden die ganzjährig verfügbaren Notübernachtungsstellen ergänzt: Das Pik As verfügt über bis zu 330 Plätze, die Notübernachtungsstätte für Frauen in der Hinrichsenstraße verfügt über bis zu 60 Plätze. Ab dem 1. November kommen weitere 400 Plätze am Standort in der Friesenstraße und 300 Plätze am Standort in der Halskestraße hinzu.

Die Übernachtung erfolgt in Zwei- und Dreibettzimmern. Für Frauen sind separate, geschützte Bereiche eingerichtet. Für besonders gefährdete, gesundheitlich eingeschränkte beziehungsweise psychisch beeinträchtigte Menschen besteht in Einzelfällen weiterhin die Möglichkeit einer Einzelzimmerunterbringung.

Eine medizinische Grundversorgung wird durch eine regelmäßige ärztliche Präsenz sowie die Zusammenarbeit mit einem Pflegedienst und mobilen Angeboten gewährleistet. Für den Schutz vor Infektionskrankheiten, insbesondere dem Coronavirus, sind umfangreiche Hygienekonzepte vorgeschrieben.

Mitarbeiter*innen, die durchgängig vor Ort sind, leisten soziale Beratung. Die Beratungsangebote richten sich nach dem Bedarf der Klient*innen. Beispielsweise wird in Kooperation mit weiteren Fachstellen eine Suchtberatung angeboten.

Wann wird der HVV für Bedürftige endlich kostenlos?

49 Euro sind zu viel

Das Leben wird gerade rasant teurer. Umso bedauerlicher, dass die Politik weiter mit einer Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket hadert (Stand Redaktionsschluss). Armutsbetroffenen und -gefährdeten Menschen steht das Wasser längst bis zum Hals.

Landesvorsitzender Klaus Wicher fordert den Senat auf, endlich ein Zeichen zu setzen: „Sichern Sie Teilhabe durch bezahlbare Mobilität – und zwar sofort!“ Die aktuelle Forderung nach einem 49-Euro-Ticket geht für ihn allerdings an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei: „Diejenigen, die trotz Rente oder Arbeit am Existenzminimum leben, die Hartz IV oder Grundsicherung beziehen, können das nicht stemmen. Was wir in Hamburg brauchen, ist die komplett kostenfreie ÖPNV-Nutzung für Bedürftige!“

Als städtisches Unternehmen habe der HVV die Verpflichtung, seine Preise sozialverträglich zu gestalten und dürfe dabei auch die Haushalte mit mittlerem Einkommen nicht aus dem Blick verlieren: „Selbst die Mittelschicht ist wegen der Teuerungen zunehmend von Existenzsorgen geplagt und muss entlastet werden.“ Ganz nebenbei wäre dies, neben der kostenfreien Fahrt für Bedürftige, ein starkes Bekenntnis zu einer Mobilitätswende, die Klimaschutz und Teilhabe zusammendenkt.“

Auf Antragsflut bei Entlastungspauschale vorbereiten

Lange Wartezeiten

Der Hamburger SoVD fürchtet, dass es bei der Auszahlung der Entlastungspauschalen zu langen Wartezeiten kommen könnte. Beim Wohngeldamt in Altona muss man schon jetzt bis zu 22 Wochen darauf warten, dass der Antrag bearbeitet wird.

„Ab Januar bekommen Grundsicherungsberechtigte mehr Geld. Es darf nicht dazu kommen, dass sich Zahlungen verzögern, weil die Verwaltung nicht vorbereitet ist“, sagt Klaus Wicher, Hamburger SoVD-Landeschef. Es fehle an Fachkräften, Mitarbeiter*innen sind überlastet, weil sich die Aktenberge immer höher stapeln: „Das belastet seelisch und körperlich ungemein“. Dies führe dazu, dass Menschen, die dringend auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, länger auf ihr Geld warten müssen: „Die Zahl der Antragsteller wächst und das muss bewältigt werden, denn bedürftige Menschen haben keine Rücklagen, die sie einsetzen könnten.“

Wichtig ist jetzt, dass sich die Stadt unverzüglich auf die steigende Flut von Anträgen einstellt: „Wir brauchen unbedingt mehr Personal an den Stellen, die schnell reagieren müssen, damit Geld ausgezahlt werden kann. Zudem müssen Antragsverfahren verschlankt und vereinfacht werden und Hilfen bei der Antragsstellung angeboten werden. Wenn Anträge zu spät bearbeitet werden, müssen die Menschen an anderer Stelle sparen. Hungern und frieren darf es diesen Winter nicht geben!“



Sozialrechtsberatung

Wir bieten Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf unter Tel.: 040/611 60 70, per E-Mail: info@sovd-hh.de oder kommen Sie zu den Sprechzeiten vorbei.

- **SoVD-Beratungszentrum in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr, Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Hohenfelde / Uhlenhorst**
Mundsburger Damm 42, 22087 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo 10–12 Uhr und 13–16 Uhr, Di 10–13 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Lurup**
Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi und Do 10–12 Uhr und 14–16 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Harburg**
Winsener Straße 13, 21077 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi 10–13 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Bergedorf**
Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg,
Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.
Öffnungszeiten weiterer Beratungszentren auf Nachfrage sowie online unter: www.sovd-hh.de.

SoVD fordert: Billstedter Gesundheitskiosk muss gerettet werden

Schließung hinterlässt Lücke

Zum Jahresende wollen die Ersatzkassen Barmer, DAK und die Techniker Krankenkasse ihren Anteil an der Finanzierung des Gesundheitskiosks in Billstedt einstellen. Der SoVD sieht das als großen Verlust an für die Menschen im Kiez.

„Weil die Krankenkassen jetzt massiv sparen müssen, darf dieses Angebot nicht sterben. Die Stadt muss wenigstens für eine bestimmte Zeit sicherstellen, dass es dort weiter geht“, sagt SoVD-Landeschef Klaus Wicher.

Noch vor wenigen Wochen hatte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den Gesundheitskiosk besucht und als vorbildlich gelobt. Vor allem die vielsprachige und niederschwellige Beratung unterscheidet den Gesundheitskiosk von anderen Angeboten: „Eine gute Beratung trägt dazu bei, dass sich die Menschen mehr um ihre Gesundheit kümmern. Am Ende sparen die Kassen nachweislich an Kosten. Insofern verstehe ich nicht, warum sich jetzt gleich drei von ihnen aus dem Gesundheitskiosk zurückziehen mit dem Argument, dass die Beratungen nicht in den Aufgabenbereich der gesetzlichen Krankenversicherungen fallen“, wundert sich Wicher und hebt hervor: „Ob es nun um die ausführliche Information über die Insulinbehandlung



Schnell, direkt und mehrsprachig bieten Gesundheitskioske medizinische Informationen „im Vorbeigehen“ an.

oder eine Ernährungsberatung bei Adipositas geht – im Gesundheitskiosk bekommt man nicht nur jederzeit eine Antwort auf alle Fragen, sondern auch Hilfe bei der Suche nach dem richtigen Arzt. Hier ist ein gutes Netz im Quartier entstanden, das sich jetzt auflösen könnte. Das muss die Stadt verhindern und dafür sorgen, dass dieses Angebot bestehen bleibt.“

Langfristig könnten die Gesundheitskioske viele Angebote

aus dem Stadtteil unter einem Dach bündeln: „In sogenannten Quartierszentren könnten neben der Gesundheitsberatung weitere Angebote aus der Verwaltung und der Nachbarschaft dazukommen“. Dazu zähle der Hamburger Hausbesuch, aber auch die Angebote von Verbänden, Initiativen und Ehrenamtlichen: „Die Zentren wären ein Schlüssel im Kampf gegen Armut, denn sie bieten allen die Chance auf Teilhabe.“

SoVD-Podcast „Sozial? Geht immer!“ mit neuer Folge

Großer Ansturm auf die Hamburger Tafeln

In seinem aktuellen Podcast spricht der SoVD mit Pastor Mathias Dahnke von der Tafel in Osdorf über die Menschen, die dorthin kommen und warum es für die Betreiber*innen immer schwieriger wird, sie zu versorgen.

Inflation, Rezession – Lebensmittel, Energie und Wohnen werden immer teurer. Das spüren vor allem die Tafeln in Hamburg. Immer mehr Menschen kommen zu den Ausgabestellen, weil sie sich die Lebensmittel im Supermarkt nicht mehr leisten können.

Einmal im Monat sprechen Landesvorsitzender Klaus Wicher und Pressesprecherin Susanne Rahlf mit Gästen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Praxis – zu Themen wie Armut, Mieten oder Klimawandel unter: www.sovd-hh.de/news-service/sovd-podcast.



Neu im SoVD-Podcast: Klaus Wicher mit Pastor Mathias Dahnke von der Osdorfer Tafel.



Von li.: Wicher und Weinberg.

Zusammenarbeit mit dem ASB

Mehr Treffen geplant

Klaus Wicher traf sich mit dem neu gewählten Vorsitzenden des Arbeiter Samariter Bundes (ASB), dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Marcus Weinberg. Die bisherige Zusammenarbeit beim Hausnotruf wollen SoVD und ASB fortsetzen. Mitglieder des SoVD erhalten einen Preisnachlass, wenn sie dieses Angebot nutzen.

Man tauschte sich über die soziale Situation in Hamburg aus und kam überein, dass insbesondere den armen Menschen in der derzeit schwierigen Lage geholfen werden muss. Beide wollen sich in Zukunft regelmäßig treffen und reden.

Politischer Runder Tisch beschäftigt sich mit gemeinsamer Erklärung

Gemeinsam gegen Sexismus

Sachsen-Anhalt Einmal im Monat treffen sich Frauen von Vereinen, Beratungsstellen und Netzwerken zum Politischen Runden Tisch im Magdeburger Rathaus. Die Frauen in der Runde setzen sich für die Interessen von Frauen und Mädchen ein und bieten zudem Veranstaltungen mit einem umfangreichen Programm an.

„Seit meiner Wahl zur Landesfrauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland im Juni 2019 nehme ich regelmäßig an den Treffen teil“, so Monika Lück, „und die Themen, die wir hier abwickeln, bringe ich in unseren Ausschuss. Für mich ist es wichtig, Informationen auszutauschen und Erfahrungen zu sammeln.“ Auch Frauen aus dem Iran, Afghanistan, Syrien und Ukraine kommen und berichten von ihren Erfahrungen.

Beim jüngsten Treffen im September berichteten die Sprecherinnen aus den Gremien und Projekten. Natalie Schoof, Mitarbeiterin Amt für Gleichstellung, informierte in Wort und Bild über einen Besuch in der Gedenkstätte Lichtenburg. Im 16. Jahrhundert als Herrschaftssitz von August und Anna von Sachsen erbaut, dann für fünf Frauen ein Witwensitz und später ab 1933 Konzentrationslager zunächst für Männer



Heike Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Magdeburg, informierte über Unterstützungsangebote und wies auf Infomaterial zum Mitnehmen hin.

ab 1937 für Frauen. 1965 wurde dieser Ort zur Mahn- und Gedenkstätte, die 2011 umgestaltet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Die

Gedenkstätte zählt zu den Frauenorten von Sachsen-Anhalt. Es wird an Olga Benario erinnert, die im Gefängnis eine Tochter zu Welt brachte und 1942 in der Euthanasieanstalt Bernburg ermordet wurde.

Heike Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Magdeburg, informierte die Anwesenden über Unterstützungsangebote und wies auf Informationsmaterial zum Mitnehmen hin. Darüber hinaus stellte sie die bundesweite Erklärung „Gemeinsam gegen Sexismus und sexuelle Belästigung“ vor. Die Teilnehmerinnen begrüßten das Papier und in der Diskussion wurden Ideen geboren, wie die Resolution bekannt gemacht werden könnte: das Papier sollte in Schulen oder Betrieben ausgehängt und Gesprächsrunden dazu angeboten werden. Am Tag gegen Gewalt am 25. November soll das Thema weiter behandelt und angesprochen werden.



alle Fotos: Monika Lück

Heike Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg (re.), gratulierte Lore Lukas (li.) zur Auszeichnung.



Viktoria Zabalotska, Sängerin aus Kiew, und Anna Grinberg am Klavier begeisterten die Besucher*innen.

Tag der offenen Tür im Berufsbildungswerk Stendal zum 30-jährigen Jubiläum

Für Frauenthemen sensibilisiert

Sachsen-Anhalt Nach dreijähriger coronabedingten Pause wurde am 17. September das 30-jährige Bestehen des Berufsbildungswerkes Stendal nachträglich begonnen. Das BBW öffnete für Interessierte die Türen und informierte zu seinen Angeboten.

Mitglieder des Landesfrauenausschusses des SoVD Mitteldeutschland nahmen aktiv in Stendal teil. So bot sich die Gelegenheit, den SoVD vor Ort als Träger der Einrichtung näher vorzustellen sowie den Besuchern über die Geschichte des Sozialverbandes zu informieren. Monika Wille, Ines Eisenhut und Monika Lück führten zahlreiche Gespräche. Mit der Aktion für einen gesunden Tag erhielt jede*r Besucher*in auch einen Apfel mit einem Logoherz des SoVD, was sehr gut ankam.

„Neben diesen recht umfangreichen Informationen wollten wir auch die Besucher für das Thema Frauenorte sensibilisieren“, so Monika Lück, Landesfrauensprecherin des Landesverbandes Mitteldeutschland. Das geschah durch Infomaterialien und die Beantwortung



Ines Eisenhut (re.), Mitarbeiterin des BBW Stendal und Mitglied des SoVD-Landesfrauenausschusses mit Besucherinnen.

entstehender Fragen.

„An dieser Stelle möchten wir noch einmal hinweisen, dass wir gern Zuarbeiten und Anregungen zu Frauen aus der

Vergangenheit, aber auch der Gegenwart entgegennehmen, die besonderes in der Gesellschaft geleistet haben“, bittet Monika Lück

Interkulturelle Woche in Magdeburg

Engagement gewürdigt

Sachsen-Anhalt Zu einer gemeinsamen Veranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Woche hatten der Politische Runde Tisch der Frauen der Stadt Magdeburg und der Verein Meridian in das Alte Rathaus der Landeshauptstadt eingeladen.

Das Programm „Musik vereint“ gestalteten die zwei professionellen Künstlerinnen Viktoria Zabalotska, Sängerin aus Kiew, und Anna Grinberg am Klavier. Die Preisträgerin internationaler Gesangswettbewerbe sang Lieder in deutscher, italienischer, russischer und ukrainischer Sprache. „Mit ihrer wunderschönen Stimme und den beeindruckenden Liedern begeisterte sie das Publikum“, schwärmte Monika Lück, Landesfrauensprecherin des SoVD Mitteldeutschland.

Darüber hinaus sprachen die Anwesenden mit den beiden Künstlerinnen über ihre Situation sowie über das Engagement in Magdeburg.

An diesem Tag wurde auch der langjährige Einsatz von Lore Lukas zugunsten von Migrantinnen und Migranten gewürdigt. Sie wurde mit einer Ehrenurkunde und mit der bronzenen Nadel vom Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. geehrt.

Der Politische Runde Tisch der Frauen der Stadt Magdeburg trifft sich einmal monatlich im Alten Rathaus als offenes Gesprächsforum, zu dem alle Netzwerkteilnehmer*innen, darunter der Sozialverband, sowie alle interessierten Bürger*innen eingeladen sind. Der Verein Meridian e. V. ist soziokulturelle Heimat für viele Menschen, die seit den 90er Jahren bis heute aus den ehemaligen GUS-Staaten sowie aus Syrien, Iran, Irak und anderen Ländern nach Sachsen-Anhalt geflohen oder gezogen sind.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Quedlinburg

Am 8. September machten Mitglieder und Gäste eine Tour durch den Harz. Das Ziel war in diesem Jahr die Ziegenalm Sophienhof.

In der Almstube wurden bei Kaffee und Kuchen allerlei Neuigkeiten ausgetauscht. Viele Mitgereiste probierten auch das leckere Ziegeneis. Danach wurde die Ziegenalm näher „unter

die Lupe“ genommen.

Im Hofladen konnten sich die Quedlinburger*innen mit hofeigenen Produkten wie Käse, Wurst und Eier eindecken. Nach dem gelungenen Nachmittag ging es wieder durch den schönen Harz Richtung Quedlinburg.

Kreisverband Wernigerode

Am 20. September stand eine Fahrt zur Erlebniswelt

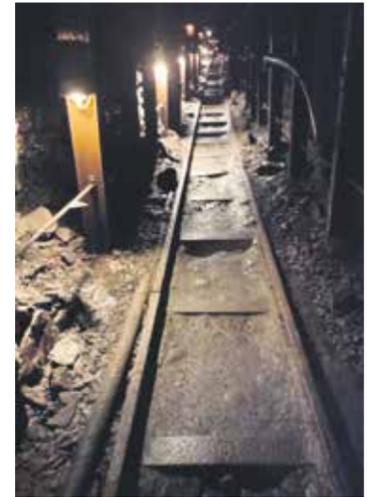
Rabensteiner Stollen auf dem Ausflugsprogramm. Über Elbingerode und die Rappbodetal Sperre ging es mit Busfahrer Richtung Ilfeld.

Mit dem traditionellen Bergmannsgruß „Glück Auf“ begann die Erlebnisfahrt im Rabensteiner Express in eine einzigartige Welt unter Tage. Die Tour im Stollen gleicht einer Zeitreise durch die fast 300-jährige Geschichte des Harzer Steinkohlebergbaus. Bei der Grubenführung konnten die Besucher*innen letzte Reste der Steinkohle, interessante Fossilien, authentische Arbeitsorte und zahlreiche Abbaustrecken sehen, die oft nur 60 Zentimeter hoch sind. Auch kamen Maschinen vor Ort zum Einsatz und man begann zu ahnen, welche Entbehrungen es gekostet haben mag, dem Berg ein wenig Steinkohle abzurufen. Solche Arbeitsbedingungen kann man sich heute kaum noch vorstellen. Die besondere Atmosphäre unter Tage war für alle eine eindrucksvolle Erfahrung.



Gut behelmt führen die Gäste aus Wernigerode hinunter in die Steinkohlegrube.

Nach dem Besuch des Stollens ging es auf die Ziegenalm „Sophienhof“. Bei einem gemeinsamen Kaffeetrinken wurden die Erlebnisse und Eindrücke des Tages ausgewertet. Mit Zwischenstopp an der Stabkirche ging es wieder zurück nach Wernigerode. Das Feedback der



Die engen und dunklen Stollen sind nichts für Menschen mit Platzangst.

Mitglieder war eindeutig positiv. Ihr besonderer Dank galt sowohl der Organisatorin der Fahrt, der 2. Kreisvorsitzenden Ingrid Arndt als auch dem hilfsbereiten Busfahrer Randolph Schmidt. Das Ein- und Ausladen der Rollatoren waren für ihn selbstverständlich.



Die Gruppe des SoVD Quedlinburg erkundete ausgiebig das Gelände der Ziegenalm.



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Aufgrund der Corona-Krise finden alle Angebote nur unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich deshalb immer vorher unter den jeweils angegebenen Telefonnummern, ob und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags 9–15 Uhr, freitags 9–13 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden s. Thüringen.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46

(EG links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/21 31 145, Fax: 0351/212 31 146, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de.

Sprechzeit: dienstags 14–17 Uhr; tel. donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nach Vereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022, Ansprechpartner: Olaf Anders.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle, nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: 1. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprech-

zeit: dienstags 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/88 26 923. Sprechstunde: dienstags 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechtag: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/

98 158. Sprechzeit: donnerstags 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung unter: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags 9–12 Uhr und nach Vereinbarung.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: jeden 2., 3. und 4. Dienstag im Monat,

jeweils 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechzeiten: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: 1. Montag und 1. Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester unter Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49 oder per E-Mail an: blk@sovd-mitteldeutschland.de.



Termine

Kreisverband Wernigerode

29. November, 14.30 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung im Harzer Kultur- und Kongresshotel, Unkostenbeitrag: 5 Euro, Anmeldungen bis 18. November persönlich im Büro oder telefonisch.

Vorschau: 6. Dezember, 14.30 Uhr: monatlicher Mitgliedertreff, Heltauer Platz 1.

Abschied vom SoVD-Hotel Mondial in Berlin – Landesvorsitzender blickt zurück

„Ein Freund ging verloren“

Jahrzehnte betrieb der SoVD sein barrierefreies Hotel Mondial in Berlin – anfangs das erste solche in Europa. Dass er es aufgeben musste, bringt Mecklenburg-Vorpommerns SoVD-Landesvorsitzenden, Dr. Helmhold Seidlein, zu einem historischen Blick auf das Haus und zu persönlichen Erinnerungen.

Ab 1930 arbeitete in Berlin in dem Haus am Kurfürstendamm Nr. 47 die „Paul Redelsheimer & Co. Einrichtungshaus GmbH“. An das Schicksal der jüdischen Geschäftsleute erinnern die Stolpersteine vor dem Haus und erinnerte auch das nach ihnen benannte Restaurant im Hotel.

Nach dem Krieg und der Wiedergründung des damaligen Reichsbundes, heute Sozialverband Deutschland (SoVD), diente das Haus der Erholung von Mitgliedern. Als es nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben war, erbaute der Verband das neue Hotel Mondial und eröffnete es 1982. Mit mehr als 20 barrierefreien Zimmern war es damals das erste seiner Art in Europa.

Lange Zeit war das Hotel, mit durchweg mehr als 80-prozentiger Auslastung, eine Erfolgsgeschichte. Und für die SoVD-Mitglieder war es „ein freundlicher Ort beim Besuch Berlins“, so Dr. Helmhold Seidlein, 1. Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern. Der Reichsbund, und später der SoVD, führte dort zudem Weiterbildungen und Gremiensitzungen durch.

Versuche, das Haus den neuen Anforderungen an Beherbergungen und Gastronomie in Berlin anzupassen, erbrachten nicht den erhofften wirtschaftlichen Nutzen. Der SoVD trennte sich vom Mondial. Dr. Seidleins Resümee: „Die Vergangenheit



Foto: Helmhold Seidlein

Das Mondial am Berliner „Ku’damm“ gehörte zu Europas ersten rollstuhlgerechten Hotels – und hatte eine bewegte Geschichte.

führte nicht in eine Zukunft. Das 40-jährige Jubiläum fand nicht statt.“

Für den Landesvorsitzenden ist das ein großer Verlust. Viele Aufenthalte im Mondial, ob geschäftlich in SoVD-Angelegenheiten oder auch privat, hatten für ihn und seine Familie zur Bindung an das Haus und an dessen Mitarbeitende geführt. „Es wäre nicht richtig, Einzelne von ihnen hervorzuheben. Wir danken allen, keiner hat je

Hohe Bindung an das Hotel und die Mitarbeitenden

das Haus, eine letzte Übernachtung, das erste Mal in den erst vor Kurzem sehr ansprechend umgestalteten Räumen in der ‚Beletage‘. Von Wehmut geprägter Gedankenaustausch mit den vertrauten Damen und Herren des Hauskollektives. Ein Blick in die Bar, in der viele wichtige Lobbydiskussionen und für den Verband richtungsweisende Gespräche geführt wurden. Ein allerletztes Mal die abenteuerliche Ein- und Ausfahrt in eine Tiefgarage, deren Charme vor allen Dingen in den vielen Kollisionsspuren an den Einfahrtswänden bestand.“

So endet ein wichtiges Vorhaben des Verbandes. „Vielleicht war es nicht mehr zeitgemäß“, sagt Dr. Seidlein.

seine Aufgabe des Dienens am Gast nicht mit Ernst und Freundlichkeit wahrgenommen!“

Dr. Seidlein beschreibt seinen Abschied vor einiger Zeit: „Nun ein letzter Gang durch

Weiterbildungen und Gremiensitzungen des SoVD



Foto: Mike Mineham

Der Name des Restaurants im Hotel erinnerte an die jüdische Familie Redelsheimer, die dort 1930–1938 ein Einrichtungshaus hatte.



Foto: Helmhold Seidlein

Sogar die „abenteuerliche“ Tiefgarage wird manche*r vermissen.

7. Landesfrauenkonferenz in Greifswald

Kinder im Zentrum – Stillstand bei Inklusion

Am 21. September fand in Greifswald die 7. Landesfrauenkonferenz des SoVD Mecklenburg-Vorpommern statt. Sie hatte das Thema „Kinder im Zentrum“. Die Landesfrauensprecherin und 2. Landesvorsitzende Erika Kannenberg begrüßte dazu Referentin Kristina Timmermann sowie Verbandsmitglieder und Gäste.

Die Teilnehmenden befassten sich mit einem wichtigen sozialen Aspekt: Eigentlich sollten bei der Lösung von gesellschaftlichen Fragen auch immer die Kinder im Mittelpunkt stehen. Die Realität sieht anders aus, besonders bei der Inklusion.

Wie kommen Kinder mit Behinderungen im Land zurecht? Wann gilt ein Kind als „behindert“ und darf bestimmte Hilfen oder Unterstützung in Anspruch nehmen? Wie erfahren Eltern, wo und in welcher Form sie Unterstützung bekommen?

Kristina Timmermann, stellvertretende Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Mecklenburg-Vorpommern und Geschäftsführerin des Kinderzentrums Mecklenburg, hielt zu diesem Thema einen sehr interessanten Vortrag. Sie berichtete von ihrer engagierten, anstrengenden sowie erfolgreichen Arbeit im Kinderzentrum, aber auch von den vielen bürokratischen Hürden und Problemen, die immer neu zu meistern seien.

Der Vortrag war Ausgangspunkt einer intensiven, lebhaften Diskussion. Deren Fazit lautete: Es sei wichtig und richtig, wenn der SoVD von der Landesregierung verlangt, der Inklusion wieder neuen Schwung zu verleihen. Denn nach anfangs heftig geführten Diskussionen ist es still geworden um dieses Thema; und das in einem Bundesland, in dem eine ehemalige Bundessozialministerin jetzt Ministerpräsidentin ist. Es geht nicht voran mit der Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft, die selbstverständlich in den Krippen und Schulen beginnen muss.



Diskussion auf der Landesfrauenkonferenz: Die Bedürfnisse von Kindern werden in vielen gesellschaftlichen Bereichen nur wenig berücksichtigt. Besonders gilt das für Kinder mit Handicap.

Neuer Vorstand im Kreisverband Schwerin

Vorsitzende plant weiter

Der Kreisverband Schwerin hat seinen Vorstand neu gewählt. Ihn verstärkt ab sofort eine Frau: Als 1. Kreisvorsitzende hat Andrea Preuß-Borowsky diese Funktion von Günter Schöner übernommen.

Andrea Preuß-Borowsky wird die erfolgreiche sozialpolitische Arbeit ihres Vorgängers mit ihren neu gewählten Vorstandsmitgliedern weiterführen.

Auch die regelmäßige Rechtsberatung in der Geschäftsstelle am Dreescher Markt 1 wird fortgesetzt. Aufgaben des SoVD sind weiterhin, gerade in dieser schwierigen Zeit, die Gesellschaft durch Sozialberatung, politische Interessenvertretung und gemeinschaftliches Engagement zu stärken. Dafür will sich die neue Kreisvorsitzende besonders einsetzen. Zudem stehen die Gewinnung neuer Mitglieder sowie Aktionen für Familien und Senior*innen im Fokus.



Wir gratulieren

Herta Schmidt aus Strasburg feierte am 1. Oktober ihren 100. Geburtstag. Sie lebt noch in ihrer eigenen Wohnung und nimmt noch an Veranstaltungen teil.

Der Vorstand des Landesverbandes und der Kreisverband Greifswald wünschten ihr an ihrem Ehrentag alles erdenklich Gute.

Nachruf

Wir trauern um unsere Freundin

Gisela Fleischer.

Am 14. September 2022 wurde sie plötzlich und völlig unerwartet aus dem Leben gerissen.

Sie war seit 2009 ein sehr aktives Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Rostock/Bad Doberan.

In tiefer Trauer werden wir unsere Gisela nicht vergessen.

Uwe Wernicke,
1. Kreisvorsitzender



Gisela Fleischer

SoVD-Besuch aus Güstrow beim Tag der offenen Tür der Bundesministerien

Fragen an die Berliner Politik

Am 20. und 21. August veranstaltete die Bundesregierung nach zwei Jahren Pause wieder ihren Tag der offenen Tür. Gabriele Lüttke, Frauensprecherin des Kreisverbandes Güstrow, reiste dazu in die Bundeshauptstadt, um Antworten auf ihre Fragen zu bekommen.

Angefangen hat Lüttke beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Hauptthema war der Krieg in der Ukraine. „Die zuständige Ministerin konnte man leider nicht antreffen, da sie zu diesem Zeitpunkt in Bolivien weilte“, erzählt sie. Dann ging es zum Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. „Dort konnte mir leider niemand sagen, wo überal in der Bundesrepublik Castoren gelagert werden.“

Weiter lief sie zum Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Hier waren viele interessante Forschungsprojekte ausgestellt. Sie fand, es lohne sich, nächstes Jahr wieder vorbeizusehen, um neue Ergebnisse zu erfahren. Solch eine Ausstellung gab es auch im Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.



Gabriele Lüttke in Berlin.

Auf der Liste stand zudem das Forschungs- und Bildungsministerium. Lüttke wollte wissen, was getan wird, um Bildungslücken der Schüler*innen und

Studierenden aus der Pandemie-Zwangspause aufzuholen; erfolglos: „Leider bekam ich dort keine*n Ansprechpartner*in.“

Die Kreisfrauensprecherin besuchte noch das Auswärtige Amt und die Ministerien für Digitales und Verkehr, für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche sowie für Arbeit und Soziales. Bei Letzterem fand sie einen Stand, der sich der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen widmete. „Demokratie braucht Inklusion“, lautete das Motto, und ihnen war auch der SoVD bekannt.

Lüttkes Fazit: „Es war ein rundum gelungenes Wochenende, wenn auch nicht überall von Erfolg gekrönt. Ich freue mich auf den August 2023. Meiner Meinung nach sollte jeder interessierte Mensch dorthin fahren – und wenn es nur ist, um sich einmal Luft zu machen.“



Termine

Kreisverband Rostock

15. Dezember, 15 Uhr: weihnachtliche Jahresabschlussversammlung in „Weber's Mein Kaffeehaus“, Mühlenstraße 39 (gegenüber Schlüssel Ehlers), 18119 Rostock-Warnemünde. **Anmeldung bis zum 9. Dezember** unter Tel.: 0381/76 96 130 oder 0177/87 43 828 (mobil) oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.



Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: derzeit über Rostock unter: 0381/76 96 130.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: zurzeit nicht besetzt, Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter Glastür re., 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel. derzeit über Rostock unter: 0381/76 96 130.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Ausflug des Kreisverbandes Rostock/Bad Doberan zu Drehorten auf Rügen

Kulturreise nach Putbus

Der Kreisverband Rostock / Bad Doberan bot am 27. September einen Ausflug mit dem Bus zur Insel Rügen an. Auf den Spuren der „Heiden von Kummerow“ führte die gelungene Reise zu den Drehorten des gleichnamigen Films, der anschließend im Theater von Putbus noch einmal gezeigt wurde.

Über den alten Rügendam ging es auf die Insel – durch wunderschöne Alleen, die wie Tunnel die Straße säumten. In Putbus, einem Kleinod klassizistischer Baukunst, besuchten die Teilnehmer*innen das Theater und erhielten eine Führung.

Dann fuhr der Bus zu Drehorten des Films „Die Heiden von Kummerow“ von 1967. Fahrer Jan Dzarnowski erzählte Interessantes dazu. Mittagessen gab es im Theater – und als „Nachtsch“ den Film, der Erinnerungen weckte. Nach Kaffee und Kuchen ging es zurück nach Rostock.



Die Gruppe im Putbuser Theater, das ein prachtvoller Bau ist.



Rechtsberatung



Foto: pictworks/Adobe Stock

Grimmen: 1. November, **Greifswald:** 8. November, **Bergen/Stralsund:** 22. November, **Röbel:** 29. November. Es berät Donald Nimsch.

Grevesmühlen / Wismar: 9. November, **Parchim*:** 16. November, **Neubranden-**

burg/Demmin*: 23. November, **Güstrow / Schwerin:** 30. November. Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden oder *) bei der Landesgeschäftsstelle Rostock zu den Bürozeiten! Die Nummern stehen bei „Kontakt“.

Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 09 11, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

SoVD zu Vorgesprächen von SPD und Grünen: Versäumnisse bei Pflege und Inklusion aufholen

Forderungen nach der Landtagswahl

Am 9. Oktober haben die Bürger*innen in Niedersachsen einen neuen Landtag gewählt. Eine neue Landesregierung für die kommenden fünf Jahre muss sich erst noch finden. Aber schon früh zeichnete sich ab, dass die Parteien SPD und Grüne eine gemeinsame Koalition anstreben. Zum Start ihrer Vorgespräche zu möglichen Koalitionsverhandlungen fordert der SoVD in Niedersachsen daher beide Parteien auf, sich an ihre Wahlversprechen – gerade in den Bereichen Inklusion und Pflege – zu halten.

Egal, ob es die Preisexplosionen, die vielen fehlenden Wohnungen, die enorm steigenden Pflegeheimkosten sind oder die fehlende Inklusion – in Niedersachsen gibt es derzeit zahlreiche Probleme, für die es schnelle und gute Lösungen braucht. Aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen darf es bei all diesen Themen keinen weiteren Aufschub mehr geben. Daher fordert der SoVD die Politiker*innen auf, ihren Worten aus dem Wahlkampf endlich auch Taten folgen zu lassen.

„Die Zeiten sind für die Menschen extrem schwierig. Umso wichtiger ist es jetzt, die brennendsten Themen in Angriff zu nehmen und schnell zu einer handlungsfähigen Regierung zu kommen“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen im Hinblick auf die

Sondierungsgespräche. Der SoVD erwarte schnelle und gute Lösungen für mehr soziale Gerechtigkeit.

„In ihren Wahlprogrammen haben SPD und Grüne betont, sich für eine bessere Pflege einsetzen und die Inklusion in Niedersachsen endlich erfolgreich umsetzen zu wollen. Diesen Versprechen müssen nun Taten folgen“, so Sackarendt weiter.

Neben der finanziellen Entlastung der Bürger*innen sei es wichtig, die Pflegeheimkosten in Niedersachsen zu begrenzen und dafür zu sorgen, dass Kinder mit und ohne Behinderung endlich gemeinsam lernen können. „Beide Parteien haben die Umsetzung der Inklusion im Sinne der Betroffenen verschlafen. Jetzt ist die Gelegenheit da, alte Versäumnisse aufzuholen. Das muss auch passieren“, fordert der Landesvorsitzende.



Foto: thodonal / Adobe Stock

In den vergangenen Monaten sind die Kosten für eine Betreuung im Pflegeheim enorm gestiegen. Viele Pflegebedürftige und deren Angehörige können diese Beträge nicht zahlen.

SoVD fordert von Politik Kindergrundsicherung und Härtefallfonds endlich umzusetzen

Tag zur Beseitigung der Armut

Jede*r sechste Bürger*in in Niedersachsen gilt als armutsgefährdet. Besonders Kinder, Jugendliche und Senior*innen sind betroffen. Angesichts der steigenden Inflation befürchtet der SoVD in Niedersachsen eine dramatische Verschärfung der Lage. Anlässlich des „Internationalen Tags zur Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober fordert Niedersachsens größter Sozialverband eine schnelle Umsetzung des von der Politik versprochenen Härtefallfonds sowie weitere Maßnahmen, damit Kinder und Jugendliche nicht in Armut aufwachsen.



Foto: Irina Schmidt / Adobe Stock

Die Armutsgefährdungsquote von Kindern in Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Sie liegt derzeit bei über zwanzig Prozent. Um dagegen vorzugehen, fordert der SoVD die Einführung einer Kindergrundsicherung.

Immer mehr Menschen sind im Alter auf Grundsicherung angewiesen – ihr Anteil ist 2021 um mehr als drei Prozent gestiegen. Auch bei Kindern und Jugendlichen sehen die Zahlen düster aus: Mehr als jede*r Fünfte gilt als armutsgefährdet. „Wir merken schon jetzt in unserer Beratung, dass immer mehr Menschen extreme finanzielle Sorgen haben. Das betrifft vor allem auch Rentner*innen und Familien. Es wird immer deutlicher: Die Armutsgefährdung hat die Mittelschicht erreicht“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Der SoVD setzt sich schon seit Langem – auch im Bündnis mit anderen Verbänden – für eine Kindergrundsicherung ein. Diese sollte aus Sicht des Verbands bisher bestehende Leistungen für Kinder an nur

einer Stelle bündeln. Wichtig sei außerdem, dass die Kindergrundsicherung einfach, unbürokratisch und möglichst automatisch ausgezahlt werde, damit sie auch wirklich bei allen Kindern ankomme.

„Niedersachsen muss sich im Bundesrat für eine Kindergrundsicherung einsetzen. Das Thema steht schon lange auf der Agenda, aber nichts passiert“, kritisiert Sackarendt. Auch der von Ministerpräsident Weil versprochene Härtefallfonds für Menschen mit geringem Einkommen müsse zügig an den Start gehen. „Da sind noch viel zu viele Details unklar. Niemand weiß, wie Geld aus dem Fonds beantragt werden kann. Die Zeit drängt, Menschen müssen schließlich jetzt ihre Rechnungen zahlen“, so der niedersächsische SoVD-Chef.

SoVD-Pflegetelefon für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen

Emotionale Unterstützung und Tipps

Wird jemand pflegebedürftig, kann das Sorgen, Unsicherheiten und viele Fragen mit sich bringen. Deshalb bietet der SoVD in Niedersachsen das Pflegetelefon an – eine Anlaufstelle, bei der Betroffene emotionalen Beistand und Rat rund um das Thema Pflege bekommen können.

Pflegebedürftig zu sein, stellt Pflegebedürftige und auch ihre Angehörigen vor besondere Hürden und Schwierigkeiten. Damit Betroffene mit ihren Sorgen nicht allein bleiben, hat der SoVD ein Pflegetelefon eingerichtet. Wer

zum Beispiel durch die Pflege von Angehörigen zu Hause überfordert ist, kann sich dort hin wenden. Auch als erste Anlaufstelle hilft das Pflegetelefon weiter, wenn das Thema Pflege plötzlich ins Leben tritt.

Hilfesuchende können ihr Anliegen mit einer E-Mail an pflegetelefon@sovd-nds.de mitteilen oder sich kostenfrei unter 0511 70148-148 melden. Aus organisatorischen Gründen ist hier dauerhaft ein Anrufbeantworter geschaltet. Ein Rückruf erfolgt montags bis freitags und so bald wie möglich.



Foto: Hero Images / Adobe Stock

Weitere Informationen zum Pflegetelefon gibt es unter: www.sovd-nds.de/pflegetelefon.

Online-Vortrag des SoVD informiert zu arbeitsrechtlichen Regelungen

Kündigung wegen Krankheit?

Kann man wegen Krankheit gekündigt werden? Dieser Frage widmet sich Frank Rethmeier in seinem Online-Vortrag „Kündigung wegen Krankheit im Arbeitsrecht: Was ist zu beachten?“ am 24. November 2022 von 16 bis 17.30 Uhr. Anmelden können sich Mitglieder und Interessierte zur kostenlosen Zoom-Veranstaltung des SoVD in Niedersachsen bis zum 21. November.

Im letzten Online-Vortrag der SoVD-Vortragsreihe für dieses Jahr informiert Referent Frank Rethmeier Teilnehmende darüber, was arbeitsrechtlich zu beachten ist, wenn eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen Krankheit ausgesprochen wird. Er beantwortet auch die Frage, ob eine Kündigung überhaupt möglich ist. Die kostenlose Veranstaltung mit dem Titel „Kündigung wegen Krankheit im Arbeitsrecht: Was ist zu beachten?“ findet am 24. November 2022 von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom statt.

Sowohl Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder sind bei Interesse herzlich willkommen. Sie können sich bis zum 21. November 2022 mit einer E-Mail an weiterbildung@sovd-nds.de anmelden. Der Teilnahme-link wird spätestens am Tag der Veranstaltung verschickt. Weitere Informationen und aktuelle Vortragstermine sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.

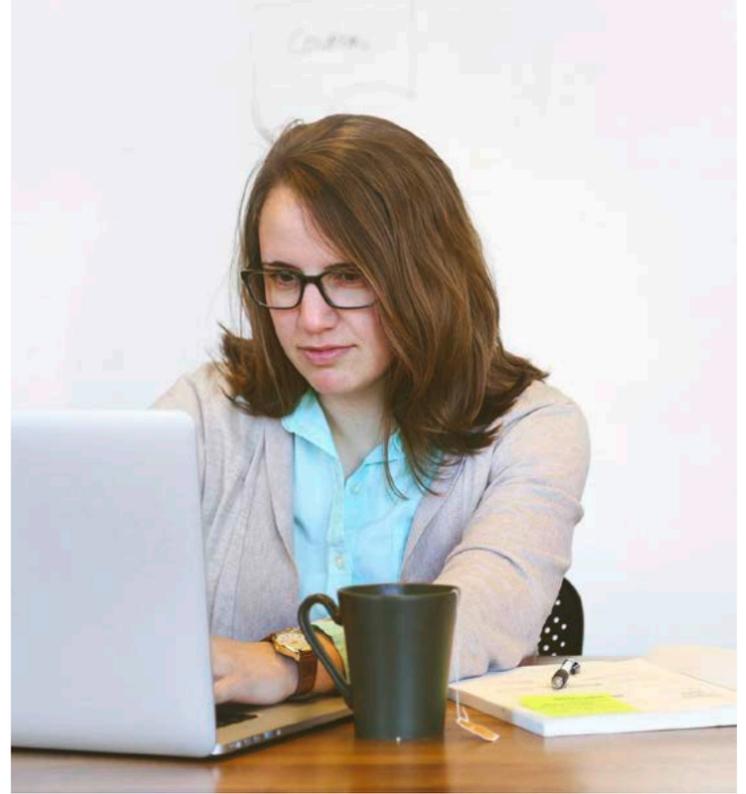


Foto: StartupStockPhotos / pixabay

Der SoVD in Niedersachsen veranstaltet regelmäßig Online-Vorträge zu wichtigen rechtlichen Themen. Dieses Angebot ist für alle Interessierten offen und kostenfrei.

Vermittlung flexibler pflegerischer Assistenz stärken

Gemeinsames MEAPP-Projekt

Informationen über mögliche Unterstützungsleistungen sind für pflegende Angehörige und Pflegebedürftige von Region zu Region unterschiedlich gut zugänglich. Gleichzeitig brauchen Menschen mit Pflegebedarf flexible und kurzfristig verfügbare Assistenzangebote, um am sozialen Leben teilzuhaben. Unklar ist bislang, welchen Beitrag digitale Angebote zur Schließung dieser Inklusionshürden leisten können. Um dies zu analysieren, beteiligt sich der SoVD in Niedersachsen mit seiner Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) in Northeim und zusammen mit der Helmut-Schmidt-Universität und der aidminutes GmbH an einem Projekt, das die Bedingungen für pflegende Angehörige und Menschen mit Assistenzbedarf verbessern möchte.

Vor allem im ländlichen Raum ist das Angebot für kurzfristige Assistenzen mangelhaft. Diese sind jedoch für die Teilhabe von Pflegebedürftigen notwendig und sie spielen auch zur Entlastung von pflegenden Angehörigen eine wichtige Rolle. Hinzu kommen Hürden, die einen Zugang zum vorhandenen Angebot erschweren können: Die räumliche Entfernung zu Hilfseinrichtungen, fehlende Sprachkenntnisse oder höheres Alter der Pflegenden können dazu beitragen, dass Informationen die Betroffenen nur eingeschränkt erreichen.

Im Rahmen des gemeinsamen Projekts „MEAPP – Mehrsprachigkeit und Vermittlung von flexibler Assistenz“ wird geprüft, inwieweit digitale Unterstützungsangebote hierbei helfen und Verbesserungen erzielen können. Die drei Projektpartner*innen erarbei-



Foto: Zoran Pucarevic / Adobe Stock

Eine inklusiv gestaltete digitale Plattform könnte dazu beitragen, dass das Angebot kurzfristiger Assistenzen leichter gefunden wird.

ten ein Konzept für eine inklusiv und mehrsprachig gestaltete digitale Plattform oder App. Diese soll pflegenden Angehörigen und Menschen mit Assistenz- und Pflegebedarf einfacheren Zugang zu Unterstützungsnetzwerken, zu flexibler Assistenz, aber auch zu mehr Austausch mit anderen Betroffenen ermöglichen. Pflegenden Angehörigen und Pflegebedürftigen werden

von Anfang an in die Entwicklung dieser nicht-kommerziellen Plattform einbezogen. Die EUTB in Northeim, deren Träger der SoVD ist, analysiert im Projektzeitraum unter anderem den Bedarf an flexibler Assistenz und an einem mehrsprachigen Vermittlungsangebot vor Ort.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell gefördert.

Neue Podcast-Folge – jetzt reinhören!

Patientenverfügung, Beerdigung & Co.

Niemand denkt gerne daran, was passiert, wenn man einen Unfall hat und nicht mehr selbst entscheiden kann. Dass es aber extrem wichtig ist, wenn man für einen Notfall eine Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht hat, zeigt der Fall aus der aktuellen Podcast-Folge von „Kein Ponyhof“.

Dabei wird deutlich, warum man sich frühzeitig Gedanken darüber machen sollte, welche Behandlung gewünscht ist und wer dann entscheiden soll. Denn: Nicht automatisch sind Angehörige dafür verantwortlich. Wir erklären außerdem, worauf man achten

sollte, damit die Dokumente auch rechtverbindlich sind.

Um das Thema Vorsorge geht es auch im Gespräch mit Lars Benstem vom Niedersächsischen Bestatterverband. Er erzählt, wie man den Hinterbliebenen die Organisation einer Beerdigung erleichtern und sie noch zu Lebzeiten im eigenen Sinne gestalten kann. Außerdem sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel mit Benstem über die möglichen Kosten und welche Arten von Beerdigungen überhaupt möglich sind.

Hören Sie jetzt rein: www.sovd-nds.de/podcast!



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat veröffentlicht der SoVD eine neue Podcast-Folge. Sie ist auf allen bekannten Plattformen abrufbar.

Veranstaltung im Rahmen von „Gemeinsam gegen einsam“

Mehr Gemeinschaft: Tag gegen Einsamkeit

Jeder zehnte Mensch in Deutschland fühlt sich einsam. Die Corona-Pandemie hat das nochmals verschärft. Um den Fokus auf die Problematik zu lenken, hat der SoVD in Niedersachsen die Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ ins Leben gerufen. Unter dem Dach der Kampagne veranstaltete der SoVD in Braunschweig einen „Tag gegen Einsamkeit“.

Der Kreisverband hatte seine mehr als 6.000 Mitglieder angeschrieben und in das Begegnungszentrum Stadtpark eingeladen. Rund 400 Personen waren der Einladung gefolgt. Auch befreundete

Vereine nahmen am Tag gegen Einsamkeit teil. Die sechs SoVD-Ortsverbände in Braunschweig stellten sich ebenfalls vor und gingen in den Dialog mit den Mitgliedern. Auch die Berater des SoVD halfen bei Fragen zu sozialrechtlichen Problemen. Grillgut und Salate sorgten für das leibliche Wohl. Mit dem Fanfarenzug der Feuerwehr Salzgitter gab es auch musikalische Unterhaltung. „Wir haben viele interessante Gespräche geführt und werden zu so einem Tag auch das nächste Jahr wieder einladen“, sagte Reiner Knoll, 1. Kreisvorsitzender des SoVD in Braunschweig.



Foto: Florian Kleinschmidt

Wolfgang Neltner, Kai Bursie und Reiner Knoll (v.l.) vom SoVD-Kreisverband Braunschweig auf der Veranstaltung

SoVD-Kreisvorstand im Heidekreis tauscht sich mit Bürgermeister*innen aus

Gespräche-Tour im Landkreis

Regelmäßig trifft sich der Kreisvorstand des SoVD im Heidekreis zum Austausch mit Bürgermeister*innen des Landkreises. Nach einem erfolgreichen Treffen mit dem Bürgermeister von Fallingbostal führten die beiden SoVD-Kreisvorsitzenden Jürgen Hestermann und Annette Krämer auch ein vielversprechendes Gespräch mit dem Bürgermeister der Samtgemeinde Rethem.

Auftakt der sogenannten „Bürgermeister-Tour“ war ein Gespräch mit Rolf Schneider, dem neuen Bürgermeister in Fallingbostal. Der erste SoVD-Kreisvorsitzende Jürgen Hestermann und seine Vertreterin Annette Krämer informierten Schneider, der für ein hohes soziales Engagement bekannt ist, über die vielseitigen Aufgaben des SoVD. Es wurden zahlreiche Themen angesprochen, unter anderem die Barrierefreiheit in den Kommunen und die aktuellen Probleme, die ältere Menschen durch gestiegene Energiekosten haben. Schneider sagte dem SoVD jede nur mögliche Unterstützung zu. Er werde versuchen, auftauchende soziale Probleme in der Stadt gemeinsam mit dem SoVD zu lösen.

Einige Wochen später trafen sich Krämer und Hestermann auch zu einem Gedankenaustausch mit dem Samtgemeinde-Bürgermeister Björn Symank im Rethemer Rathaus. Mit dem abgeschlossenen Rathaus-Neubau ist der SoVD nicht zufrieden.



Foto: Klaus Müller

Jürgen Hestermann und Annette Krämer besuchten Fallingbostals Bürgermeister Rolf Schneider (v.l.).

Denn es gibt nach wie vor keinen Fahrstuhl im Gebäude, weil die Mehrheit des Rates es anders wollte. Symank verwies darauf, dass man im Erdgeschoss ein Zimmer für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stelle. Und er teilte mit, dass man über die Zeit dieses Problem anders lösen wolle, wenn die Mitarbeitenden des zurzeit ausgelagerten Sozialamts wieder im Rathaus selbst untergebracht seien. Symank könne sich auch

eine Mitarbeit des SoVD beim neuen Städtekonzept vorstellen. „Vielleicht können wir Sie in die vorbereitenden Gespräche mit dem Fachbüro einbinden“, sagte er und kündigte an, er wolle mit den zuständigen Gremien darüber sprechen. Symank zeigte sich auch darüber hinaus sehr interessiert an den Angeboten des SoVD. Im Gespräch konnten viele Anregungen und Überlegungen für den weiteren Austausch erörtert werden.

SoVD empfiehlt: Anspruch auf Heizkostenzuschuss und Wohngeld prüfen lassen

Zweiter Heizkostenzuschuss

Da die Preise für Heizöl und Gas weiter steigen, sollen Wohngeldbeziehende und Menschen in Ausbildung oder Studium, die staatliche Unterstützung erhalten, erneut finanziell entlastet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen soll ihnen Ende 2022 / Anfang 2023 ein zweiter Heizkostenzuschuss gezahlt werden. Der SoVD in Niedersachsen rät darüber hinaus auch Menschen mit geringem Einkommen, ihren Anspruch auf Wohngeld zu prüfen.

Bereits im Sommer wurden Wohngeldbeziehende sowie Studierende, Auszubildende und Schüler*innen, die BAföG oder andere staatliche Leistungen erhalten, unter bestimmten Voraussetzungen mit einem Heizkostenzuschuss finanziell unterstützt. Aufgrund der explodierenden Energiekosten ist für Ende 2022 / Anfang 2023 ein zweiter Zuschuss geplant. Alleinlebende Wohngeldbezieher*innen sollen 415 Euro erhalten, ein Zweipersonenhaushalt 540 Euro. Für jede weitere Person erhöht sich der Zuschuss um 100 Euro. Studierende und Personen in Ausbildung sollen mit 345 Euro entlastet werden. Ein Antrag muss nicht gestellt werden.

Den zweiten Heizkostenzuschuss bekommt, wer zwischen September und Dezember 2022 Wohngeld bezogen hat. „Menschen mit geringem Einkommen wissen oft nicht, dass sie einen Anspruch

auf Wohngeld haben. Betroffene sollten zeitnah prüfen lassen, ob ihnen diese finanzielle Unterstützung zusteht. Dann können sie zusätzlich vom Heizkostenzuschuss profitieren“, rät Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Es gilt: Alleinerziehende sind berechtigt Wohngeld zu beantragen, wenn im Monat weni-

ger als 1.500 Euro brutto zur Verfügung stehen. Familien haben einen Anspruch, wenn das monatliche Bruttoeinkommen unter 3.300 Euro liegt.

Bei Fragen helfen die Berater*innen des SoVD weiter. Kontaktdaten der SoVD-Beratungszentren sind unter www.sovd-nds.de/beratung/ aufgeführt.



Foto: Fuchs Mit Foto / Adobe Stock

Die Kostenbelastung durch den starken Preisanstieg für Energie kann durch Heizkostenzuschüsse abgedeckt werden.

BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: November-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 8. und 22. November, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovnd-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Gespräch mit Landrat in Stade

Austausch über Teilhabe und Taxizuschlag

Nach seiner Wahl zum 1. Vorsitzenden des Kreisverbands Stade hat sich Günter Grootjans beim Landrat des Landkreises Stade, Kai Seefried, vorgestellt. Ein wichtiges Gesprächsthema beim Treffen war der Taxizuschlag für Rollstuhlfahrer*innen von sieben Euro pro Fahrt. Der Kreistag Stade hatte den Zuschlag im August 2022 beschlossen. Diese Regelung, die auch einige andere Kommunen in Niedersachsen durchgesetzt haben, kritisiert der SoVD als diskriminierend, da damit Menschen mit Behinderung in ihrer gesell-

schaftlichen Teilhabe massiv benachteiligt werden. Der Verband fordert, dass die den Taxiunternehmen entstehenden Kosten stattdessen von den Kommunen gefördert werden. Auch Landrat Seefried sagte Grootjans im Gespräch, dass in Stade bereits an einer Alternative gearbeitet werde. Diese Lösung könne beispielsweise ein Investitionszuschlag für Taxiunternehmen sein. Weitere Themen während des Gesprächs waren der Bedarf an sozialem und bezahlbarem Wohnraum sowie die Arbeit des Beirats für Teilhabe und Inklusion.



Foto: SoVD-Kreisverband Stade

Günter Grootjans (li.) und Landrat Kai Seefried bei ihrem Treffen von dem Kreisgebäude in Stade

Rund 300 SoVD-Mitglieder unterstützen Spiel des Rollstuhlbasketball-Bundesligisten

Aktionstag bei Hannover United

Seit vielen Jahren ist der SoVD in Niedersachsen Partner der Rollstuhlbasketballer*innen von Hannover United. Auch im Oktober förderte der Verband das Team im Rahmen eines SoVD-Aktionstags.



Foto: Melanie Warnecke

SoVD-Mitglieder aus den Kreisverbänden Braunschweig, Celle, Heidekreis und dem Ortsverband Lessen mit dem Hannover-United-Team



Foto: Annette Krämer

Die Auszubildenden aus der SoVD-Landesgeschäftsstelle in Hannover informieren Interessierte über die Arbeit des SoVD.

Knapp 300 SoVD-Mitglieder und weitere Interessierte waren Anfang Oktober zum Spiel von Hannover United gegen die Hot Rolling Bears nach Hannover angereist. Auch Vertreter*innen befreundeter Organisationen nahmen am Aktionstag des SoVD teil. Diesen Partner-Spieltag hatten die SoVD-Kreisverbände Braunschweig, Celle, Heidekreis, der Ortsverband Lessen sowie Auszubildende aus der SoVD-Landesgeschäftsstelle organisiert. Die Auszubildenden betreuen vor Ort außerdem einen Informationsstand: Sie führten zahlreiche Gespräche mit Interessierten, informierten sie über die Beratung des Verbands, seine politischen Anliegen und Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement.

Der SoVD in Niedersachsen unterstützt Hannover United seit vielen Jahren. Auch beim Spiel gegen die Hot Rolling Bears feierten die SoVD-Teilnehmenden das Hannover-United-Team an. Dieses konnte das Spiel mit 77:32 deutlich für sich entscheiden.

Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Frau + Wirtschaft“

EUTB auf Infomobil-Tour

Eine wichtige Tätigkeit der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) in den deutschlandweit angesiedelten Beratungsstellen ist auch die Öffentlichkeitsarbeit. Nur so können Menschen mit Behinderung oder ihre Angehörigen von der Unterstützung erfahren, die die EUTB ihnen anbietet. Die EUTB in Nienburg hat im Rahmen einer Kooperation nun insbesondere Frauen erreichen und über ihre Angebote informieren können, die wieder in den Beruf einsteigen möchten.

Der SoVD in Niedersachsen ist Träger von elf Beratungsstellen der EUTB. Diese bietet niedrigschwellige Beratung für Menschen mit Behinderung, von Behinderung bedrohte Menschen und ihre Angehörigen an. Zentrales Anliegen der EUTB ist es, die Teilhabe der Ratsuchenden zu stärken.

Die Leiterin der EUTB-Beratungsstelle in Nienburg, Marina Gempfer, ist im Landkreis gut vernetzt und beteiligte sich kürzlich auch erstmals an der Infomobil-Tour der Koordinierungsstelle „Frau + Wirtschaft“. Damit konnte sie die Angebote und die Unterstützung ihrer EUTB-Beratungsstelle im Landkreis noch bekannter machen.

In einem vorangegangenen Treffen mit Catrina Lohmeyer, Geschäftsstellenleiterin von „Frau + Wirtschaft“, und Katrin Fedler, Dozentin und Coach, wurde schnell deutlich, dass beide Einrichtungen sich mit ihren Angeboten sehr gut ergänzen. Auf der Tour sprachen



Foto: Fedler

Katrin Fedler und Marina Gempfer (v.l.) am Informationsstand vor der Kita „Lütte Butscher“ in Heemsen

die Mitarbeiterinnen der Koordinierungsstelle vor Kitas und Krippen Mütter, andere interessierte Frauen und auch Väter an. Im Fokus stand dabei die Hilfe der Koordinierungsstelle für den beruflichen (Wieder-)Einstieg von Frauen.

Frauen mit Behinderung oder Frauen, die Kinder und andere Angehörige mit Pflegebedarf betreuen, konnten zudem über

die kostenfreien Angebote der EUTB aufgeklärt werden. Diese berät unter anderem auch bei gesundheitlichen Problemen am Arbeitsplatz. Ziel der kostenfreien EUTB-Beratung ist dabei immer, die gleichberechtigte Teilhabe der Ratsuchenden zu fördern.

Das gemeinsame Angebot soll auch bei einer nächsten Tour fortgeführt werden.

Neue Regelung bei Assistenz im Krankenhaus

Krankengeld für Begleitpersonen

Zum 1. November 2022 tritt eine neue Regelung zum Krankengeldanspruch in Kraft. Werden die Voraussetzungen dafür erfüllt, haben enge Bezugspersonen, die einen Menschen mit Behinderung für eine stationäre Krankenhausbehandlung begleiten müssen, einen Anspruch auf Krankengeld.

„Dieser Anspruch besteht für den Zeitraum, in dem die Begleitperson im Krankenhaus assistieren muss. Auch für ganztägige Krankenhausaufenthalte wird Krankengeld gezahlt“, erläutert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Eine grundsätzliche Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die zu begleitende Person ein behinderter Mensch ist, der Leistungen der Eingliederungshilfe bezieht. Außerdem muss aufgrund der Behinderung eine medizinische Notwendigkeit für die Begleitung vorliegen; etwa, weil die Begleitperson bei der Verständigung unterstützt.

Zum engen Personenkreis zählen einerseits Familienangehörige und Partner*innen

sowie deren Geschwister. „Für Angehörige oder Personen aus dem engsten persönlichen Umfeld übernimmt dann die Krankenkasse die Kosten. Dafür muss das Krankenhaus der Begleitperson am Tag der Entlassung bescheinigen, dass eine Mitaufnahme medizinisch notwendig war“, so Lorenz. Bei Bedarf könne auch eine vorläufige Bescheinigung zu Beginn oder während der Behandlung im Krankenhaus ausgestellt werden.

Bei Fragen hierzu stehen die Berater*innen des SoVD gerne zur Verfügung.

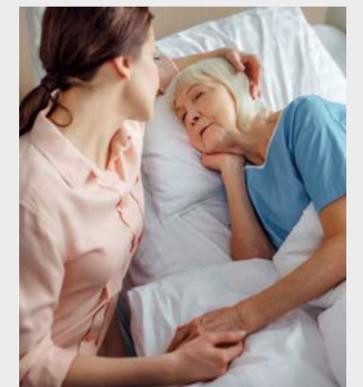


Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

Enge Angehörige können bei Assistenz im Krankenhaus Anspruch auf Krankengeld haben.

SoVD vermittelt dem WDR Fernsehen einen betroffenen Interviewpartner zum Thema Bürgergeld

Die Bezüge reichen nicht mehr zum Leben

Das ARD-Polit-Magazin „Monitor“ hatte im Rahmen von Recherchen für eine Reportage zum Thema „Bürgergeld“ den SoVD NRW um Unterstützung bei der Suche nach einem Betroffenen gebeten. So entstand der Kontakt zum Mitglied Thomas Wasilewski, der als Erwerbsminderungsrentner und Familienvater kaum noch mit seinen Bezügen auskommt.

53 Euro mehr im Monat, weniger und später einsetzende Kontrollen, mehr Schonvermögen – das sind zugegebenermaßen einige Korrekturen, aber: Kann Arbeitsminister Hubertus Heil da wirklich von der „größten Sozialreform der letzten 20 Jahre“ sprechen? Darüber wollte das TV-Team mit jemandem reden, der aus eigener Erfahrung über ein Leben im Hartz-IV-Bezug vor laufender Kamera berichten kann und will. Daraufhin stellte die SoVD-Landespressestelle einen Kontakt zu SoVD-Mitglied Thomas Wasilewski her. Erst wenige Tage vor der Anfrage der Journalisten hatte der Familienvater eine Mahnwache vor der SPD-Geschäftsstelle in seinem Wohnort Mönchengladbach organisiert, um auf seine persönliche Situation als Be-

Wut auf die Politik hat ihn zu einer Mahnwache getrieben

zieher von Arbeitslosengeld II aufmerksam zu machen. Seine Forderung: 600 Euro Regelsatz sofort und keine Aushöhlung des Sozialstaats. Der SoVD-Landesverband unterstützte die Aktion auf seinen Social-Media-Kanälen.

Thomas Wasilewski ist niemand, der sich in den Mittelpunkt drängt. Die Entscheidung, Statements fürs Fernsehen abzugeben, ist ihm daher nicht leicht gefallen. In diesem Fall aber überwog am Ende die Wut auf die Politik und der Wunsch, seine Lage mal konkret zu schildern und seine Forderungen zu kommunizieren. Alles sei inzwischen so teuer geworden, Toast, Haferflocken, Margarine, einfach alles. Seine fünfköpfige Familie (er hat drei Söhne im Teenageralter) lebt nach Abzug

der Fixkosten von 1.100 Euro im Monat. Jeder Einkauf und jede Preissteigerung seien da enorm belastend, erzählt er, zumal er den Anspruch habe, seine Kinder gleich bzw. gerecht zu behandeln. Er sei aber nun mal auf jene Produkte im Discounterregal angewiesen, die preisreduziert angeboten werden – und da sei das Angebot beschränkt. Dann würden schon mal nur zwei vergünstigte Joghurtbecher im Einkaufswagen landen, einer der drei Jungs gehe leer aus. Wasilewski wörtlich: „Es macht einen furchtbar traurig und im ganzen Monat begleitet sie permanent eine Angst. An dem Tag, wo Sie nichts mehr haben, wo das Geld leer ist.“

Von einer großen Entlastung kann aktuell keine Rede sein

Wasilewski ist enttäuscht von der Politik. 35 Jahre hat er gearbeitet, aber dann wurde er



Foto: Screenshot, WDR

Thomas Wasilewski machte seinem Ärger im Interview Luft.

krank, erlitt mehrere Herzinfarkte. Er bezieht eine Erwerbsminderungsrente, doch die fällt so niedrig aus, dass er Anspruch auf ergänzende Leistungen hat. Und die reichen eben nicht aus. Die Rede von einem „Paradigmenwechsel“ und dem neuen „Respekt“ gegenüber Betroffenen mache ihn daher sehr wütend – er selbst findet in dem Film noch deutlichere Worte.

Fazit der TV-Reportage: Die Bundesregierung setzt mit den

53 Euro mehr im Monat nur das um, wozu sie gesetzlich ohnehin verpflichtet ist, einen nachträglichen Inflationsausgleich. Von einer großen „Entlastung“ könne keine Rede sein. Außerdem würden die Regelsätze (Stichwort „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ und Methodik) immer noch nicht korrekt kalkuliert, sondern aus fiskalischen Gründen kleingerechnet. Zu sehen ist der Filmbeitrag unter: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/buergergeld-etikettenschwindel-100.html>.

SoVD als Interviewpartner im Fernsehbeitrag über die Preisexplosion

SoVD fordert Sozialgipfel für NRW

Hohe Energiekosten, explodierende Preise, nicht nur das Brot wird immer teurer. Im Rahmen eines Fernsehberichts der WDR-Sendung „Aktuelle Stunde“ wurde der SoVD NRW um eine Einschätzung gebeten.

Die Politik müsse nun schnell, aber auch passgenau handeln, erklärte Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Kommunales in der Landesgeschäftsstelle. Panikmache oder vor Angst erstarren sei falsch, das Gegenteil sei richtig: Handeln und konkrete Maßnahmen ergreifen und zwar sofort. Dazu müssten sich Bund, Land und Kommunen ins Benehmen setzen, aber auch Verbände wie den SoVD einbeziehen, damit gewissermaßen auch jene mit am Tisch säßen, um die es jetzt gehen muss, mahnte Spörke. Der SoVD NRW fordere daher einen Sozialgipfel in NRW.



Dr. Michael Spörke im Gespräch mit dem WDR-Team.

Die WDR-Autorin konfrontierte die Pressestelle der Landesregierung dann mit dieser Forderung. Antwort: Nein, ein Sozialgipfel sei kurzfristig nicht geplant, stattdessen sei wohl eine Armutskonferenz im Dezember angedacht.

Der SoVD hält an seiner Forderung nach einem Sozialgipfel fest und das auch auf Bundesebene. Der vom SoVD, VdK, Deutschen Mieterbund und der Tafel Deutschland an Bundeskanzler Olaf Scholz adressier-

te Brief wurde inzwischen von Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt auch beantwortet. Statt einer Zusage gab es aber nur eine eher ausweichende Antwort mit einer Aufzählung bisher erfolgter Maßnahmen.

Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung

Beteiligung ist wichtig!

Zwischen dem 1. Oktober und 30. November finden in zahlreichen Betrieben und Dienststellen die Wahlen der Schwerbehindertenvertretung für die Amtsperiode 2022 bis 2026 statt. Claudia Middendorf, Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung, ruft auf, sich daran zu beteiligen.

Die Schwerbehindertenvertretung setzt sich für die Interessen der Arbeitnehmer*innen mit Behinderungen ein und fördert ihre berufliche Eingliederung. Sie besteht aus einer Vertrauensperson und mindestens einer Stellvertretung.

Hierzu erklärt Claudia Middendorf, Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten: „Für Menschen mit Behinderung gilt es im beruflichen Alltag diverse Hürden zu überwinden. Schwerbehindertenvertretungen sollten immer die erste Anlaufstelle für Beschäftigte mit Behinderung sein, wenn es Fragen oder Probleme gibt. Sich mit konkreten Bedürfnissen und Anliegen an eine offizielle Stelle wenden zu können, fördert die berufliche Entwicklung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Behinderungen und stärkt ihre berufliche Selbstbestimmung. Die Expertise der Schwerbehindertenvertretungen sollte durch die Arbeitgeber stets in die Prozesse eingebunden werden und als ebenso wichtiger Partner wie der Betriebsrat angesehen werden. Davon profitiert unterm Strich nicht nur der Einzelne, sondern der gesamte Betrieb. Ich rufe daher alle wahlberechtigten Arbeitnehmer*innen dazu auf, in ihren Betrieben und Dienststellen wählen zu gehen und durch die Wahl der Schwerbehindertenvertretung ihre Mitbestimmung zu stärken. Diese starke Stimme gelebter Inklusion in den Betrieben und Dienststellen muss weiterhin im Sinne der Teilhabe mit Leben gefüllt werden.“

Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Sozialminister Laumann zeichnet neun Projekte und Initiativen mit dem Inklusionspreis NRW aus

Herausragendes Engagement ausgezeichnet

Mehr als 100 Projekte und Initiativen aus ganz Nordrhein-Westfalen hatten sich im Vorfeld auf den mit insgesamt 32.000 Euro dotierten Inklusionspreis beworben. Unter 21 nominierten Projekten wurden nun insgesamt neun Projekte aus Köln, Willich, Stollberg, Hagen, Bergisch Gladbach, Bielefeld, Soest, Rösrath / Nümbrecht und Dortmund ausgezeichnet.

Die Hauptkategorie der diesjährigen Preisverleihung des Inklusionspreises NRW wurde in Kooperation mit der Staatskanzlei unter dem Motto „Inklusion durch Sport“ verliehen. Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen: „Die eingereichten 50 Bewerbungen und nun prämierten Projekte im Bereich Sport zeigen, wie innovativ und kreativ Inklusion durch Sport bei uns in Nordrhein-Westfalen gelebt wird. Der Sport ist und bleibt ein ganz wichtiger Inklusionsmotor. Gemeinsam mit den Sportvereinen schaffen wir es, gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig zu fördern.“

In der Hauptkategorie „Inklusion durch Sport“ wurden insgesamt drei Preise vergeben: Der 1. Preis über 5.000 Euro ging an die Kölner Ballschule, der 2. Preis über 4.000 Euro wurde an den TV Schiefbahn 1899 e.V. aus Willich vergeben und mit dem 3. Preis über 3.000 Euro wurde der Tabalingo Sport & Kultur integrativ e.V. aus Stolberg ausgezeichnet.

Darüber hinaus wurden Fachpreise in vier Kategorien vergeben, die jeweils mit 3.000 Euro dotiert waren. Im Bereich „Arbeit und Qualifizierung“ wurde das Inklusionsunternehmen „GrünBau inklusiv gGmbH“ aus Dortmund ausgezeichnet. Den Preis in der Kategorie „Freizeit

und Kultur“ erhielt das inklusive Circus-Zentrum Balloni e.V. aus Soest. In der Kategorie „Schulische, außerschulische und frühkindliche Bildung“ wurde der Preis an das Kerschensteiner Berufskolleg Bielefeld für die vertiefte und integrierte Ausbildungsvorbereitung vergeben. Weiter erhielt das Projekt „Stille Stunde – reizarmes Einkaufen im Supermarkt“ des Inklusionsbeirats Bergisch Gladbach den Preis in der Kategorie „Barrieren abbauen – Zugänge schaffen“. Darüber hinaus wurde ein mit 5.000 Euro dotierter Sonderpreis in der Kategorie „Heimat ohne Hindernisse“ von der NRW-Stiftung ausgelobt.

Dieser ging an die Biolo-



Foto: Screenshot Youtube

Die Verleihung der Inklusionspreise fand in diesem Jahr in einer Hybridveranstaltung statt.

gischen Stationen Oberberg (Nümbrecht) und Rheinisch-Bergischer-Kreis (Rösrath), die es sich zum Ziel gesetzt haben, allen Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, körperli-

cher oder geistiger Einschränkung die Möglichkeit zu geben, die Natur mit allen Sinnen zu erleben.

Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Bochum-Süd

Herbert Frontzek ist in diesem Jahr 95 Jahre alt geworden. Er ist seit 75 Jahre Mitglied im Ortsverband Bochum-Süd. Im Krieg hat er als junger Mann einen Arm verloren, ist aber agil und voller Lebensfreude. Der SoVD bedankt sich bei Herbert Frontzek für seine außerordentliche Treue zum Verband!

Ortsverband Suderwich

Beim August-Mitgliedertreffen des Ortsverbandes Suderwich standen Vorträge zum Thema Prävention und Opferchutz im Mittelpunkt. Anlass des Referats waren aktuelle Betrugereien und Betrugsmaschinen wie etwa der zynische „Enkeltrick“. Zivile und uniformierte Bedienstete der Polizei erläuterten die typische Vorgehensweise der Täter und informierten auch darüber, was zu tun ist. Wichtiger Tipp: Ver-

wandte oder Nachbar*innen hinzuziehen, wenn man das Gefühl oder gar die Sicherheit hat, dass da jemand Böses im Schilde führt oder auch direkt die 110 wählen beziehungsweise die nächstgelegene Wache aufzusuchen. Der Polizei ist es lieber einmal unnötig informiert zu werden, als erst hinterher, wenn die Straftat bereits erfolgt ist.

Die Vorträge stießen bei den Zuhörer*innen auf großes Interesse. Alle wollen künftig noch ein wenig vorsichtiger sein. Ein großes Lob und „Danke“ für die Bereitschaft der Polizei, die Bevölkerung in dieser Angelegenheit zu sensibilisieren.

Am 17. September machte der Ortsverband einen Tagesausflug zur Straußenfarm in Remagen – auch, um den Mitgliedern nach der „Corona-Abstinenz“ wieder etwas Abwechslung

bieten zu können. Die Führung über das Gelände der Farm brachte den Teilnehmer*innen einen Einblick über das Ausbrüten der Eier, die Aufzucht der Jungtiere und das Halten der ausgewachsenen Strauße. Zum Ende der Führung wurde

zu einem „Straußenbüfett“ eingeladen. Abgeschlossen wurde der Tag mit einer Schiffstour über den Rhein von Remagen bis Bonn auf dem Galerie-Salonschiff „Rheinprinzessin“.

Am 20. September gab es im

Ortsverband Suderwich einen Informationsnachmittag für Senior*innen. Der Reiseveranstalter Kur & Vital stellte sein seniorengerechtes Reiseprogramm aus mehrtägigen Fahrten und Kurreisen vor. In Gedanken packte so manche*n bei

Fortsetzung auf S. 13



Ortsverband Suderwich Vortrag



Ortsverband Suderwich Vortrag



Ortsverband Bochum-Süd



Ortsverband Suderwich Infonachmittag



Ortsverband Suderwich Ausflug



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Herne



Kreisverband Herne



Kreisverband Gelsenkirchen / Bottrop

Fortsetzung von S. 12
Kaffee und Kuchen in Gedanken schon die Reiselust.

Kreisverband Herne

Am 3. September wählte der Kreisverband Herne einen neuen Vorstand. Geleitet wurde die Wahl von Bundesfrauensprecherin Jutta König. Sie kam in Begleitung des 2. Vorsitzenden des Kreisverbandes Bochum-Hattingen, Reinhard Tiesler, und des Geschäftsführers des Sozialrechtsberatungszentrums Bochum, dem Juristen Thomas Eberl. Als Ehrengäste waren Hernes Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda (auf dem rechten Foto, links), sowie der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im NRW-Landtag, Alexander Vogt (auf dem rechten Foto, rechts), der Einladung gefolgt. Beide Politiker betonten in ihren Reden die Wichtigkeit einer Organisation wie dem SoVD, gerade in Krisenzeiten wie der jetzigen. Sie appellierten an den Zusammenhalt in der Gruppe sowie in der gesamten Gesellschaft. Beide erhoffen sich für große Teile der Bevölkerung weitere Entlastungen durch die Bundesregierung.

Das Ergebnis der Vorstandswahl lautet: Gerd Griese wurde als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt, ebenso seine Stellver-

treterin Hannelore Ulbrich und die Kreisschatzmeisterin Carola Griese. Das Amt der Kreisfrauensprecherin übernimmt Ruth Galla-Zobel. Schriftführerin ist und bleibt Gabriele Pyka. Die Beisitzer*innen sind Petra und Rolf Bräuning, Elisabeth Duda, Rosemarie Krause, Klaus Röder und Agnes Rosinski. Zu Revisoren wurden Bernhard Blank, Gerhard Fischer und Falk Rammacher gewählt (auf dem linken Foto, hintere Reihe, von links: Falk Rammacher, Rolf Bräuning, Bernhard Blank, Klaus Röder, Rosemarie Krause, Gerd Fischer, Hanne Ulbrich, und Gerd Griese, vordere Reihe, von links: Petra Bräuning, Ruth Galla-Zobel, Carola Griese und Agnes Rosinski).

Ortsverband Stieghorst-Sieker

Zu den 56 geehrten Jubilar*innen gehörten unter anderem (siehe Foto): Ingrid Adamczyk für 30 Jahre Mitgliedschaft, Bernd Brylewski für 10 Jahre und Tatjana Neufeld für 20 Jahre. Ganz rechts die Ortsvorsitzende Angela Hennigs.

Ortsverband Halver

Nach zwei Jahren Corona-Pause fand am 25. September wieder das von den Bürger*innen und den Vereinen der Stadt Halver getragene Stadtfest „Halveraner Herbst“ mit Ausstellenden

aus Handwerk, Landwirtschaft und weiteren Dienstleistern statt. Der Ortsverband Halver präsentierte dort mit einem eigenen Stand das Programm des SoVD und konnte vor Ort interessante Infogespräche führen. Die Teilnahme diene auch als Ausgangspunkt für weitere zukünftige Aktivitäten, um die Präsenz des Ortsverbandes in der Öffentlichkeit zu erhöhen, (siehe Foto, von links: Vorsitzende Anette Schwalm und Annelie Kaiser, die Frau des Vorsitzenden Märkischer Kreis, Bernd Kaiser, der ebenfalls an der Veranstaltung teilnahm).

Kreisverband Gelsenkirchen / Bottrop

Der Kreisverband nahm am 10. September am Selbsthilfetag der Selbsthilfe-Kontaktstelle Gelsenkirchen mit einem Infostand teil. Zahlreiche Organisationen und Beratungsstellen waren mit Infoständen wie dem des SoVD im Hans-Sachs-Haus vertreten. Eine gute Gelegenheit, sich auszutauschen, Gemeinschaft zu erleben und Erfahrungen weiterzugeben. Dabei verbindet sie ein gemeinsames Thema, das Leiden unter einer Krankheit, Behinderungen oder seelischen Konfliktsituationen. Alle Besucher hatten so die Gelegenheit, eine Vielzahl von Gruppen kennenzulernen. Auch die Unterhaltung kam an diesem Tag nicht zu kurz. Die Mitglieder der Opera School sorgten mit guter Musik für Abwechslung an diesem Vormittag.

Ortsverband Essen-Süd / Ost / West

Durch die Übernahme des Ortsverbandes Steele ist eine Namensänderung notwendig geworden. Aus Rüttenscheid ist nun der Ortsverband Essen-Süd / Ost / West geworden.

Auch für die neuen Mitglieder steht jeden ersten Mittwoch der Mitgliedertreff offen (siehe



Ortsverband Stieghorst-Sieker

Rubrik Termine). Der Vorstand sucht nach einer Möglichkeit, ein Treffen in Übrerruhr oder in der Nähe zu veranstalten. Änderungen und Neuigkeiten werden in der Verbandszeitung bekannt gegeben werden.

Ortsverband Wulferdingsen

46 Mitglieder verbrachten ihren diesjährigen Erholungsurlaub unter der Leitung von Manfred Steinhauer an der Ostsee. Ziel der Reise war das Morada Resort in Kühlungsborn. Das gebuchte Paket beinhaltete viele Highlights, unter anderem eine Fahrt nach Rostock und Warnemünde mit einer Schiffs-

tour über die Warne, ein Ausflug zur Insel Rügen samt Inselrundfahrt und eine Besichtigung des Kunstpfades im Künstlerdorf Ahrenshoop.

Ein besonderer Höhepunkt war die Feier anlässlich der Goldenen Hochzeit eines „SoVD-Ehepaares“. Die Ausflügler*innen werden diese ereignisreichen Tage mit sehr schönen Wetter bestimmt noch lange in Erinnerung behalten. Das Gruppenbild entstand an dem Platz, wo der Landschaftsmaler und Künstlerkolonie-Gründer Paul-Müller Kaempff 1890 das Bild „Blick auf Ahrenshoop“ gemalt hat.



Foto: Bernd Kaiser

Ortsverband Halver



Ortsverband Wulferdingsen

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / AdobeStock

Ortsverband Altena

4. November, 15.30 Uhr: Kegelnachmittag im Restaurant Dalmatia, Rahmedestraße 217. Um Anmeldung wird gebeten.

26. November, 15 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung im Haus Lennestein, Werdohler Str. 15 mit Jubilar*innenehrung. Beitrag für Gäste: 15 Euro. **Anmeldung bis 14. November** bei Hannelore Hawer, Tel.: 02352/24 151 oder Ilse Robakowski Tel.: 02392/75 15.

Ortsverband Marl

2. November, 15 Uhr: monatlicher Mittwochstreff im Pfarrheim St. Michael, Max-Planck-Straße 1A, 45768 Marl. Hier besteht auch die letzte Möglichkeit, sich für die Informationsfahrt mit Grünkohlessen am 7. Dezember nach Xanten anzumelden. Monatlicher Mittwochstreff ab dem 4. Januar 2023 (und dann immer den 1. Mittwoch im Monat) in den Räumlichkeiten von St. Josef, Wiesenstraße 14 in 45770 Marl, (Bushaltestelle Marl, Wiesenstraße). Der Mittwochstreff am 7. Dezember entfällt wegen der Informationsfahrt mit Grünkohlessen nach Xanten.

Vorschau: 7. Dezember: Infofahrt nach Xanten mit anschließendem Grünkohlessen, Treffen um 9 Uhr am Marler Stern, Abfahrt um 9.10 Uhr, Beitrag 41 Euro pro Person. **Anmeldung bis 2. November** bei Martina Bartz, Tel.: 02362/95 04 404, Ursula Klein-Lindner, Tel.: 02365/38 41 486 oder Sigrid Radunski, Tel.: 02365/17 349 oder beim monatlichen Mittwochstreff.

Vorschau: 17. Dezember, 15 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung mit Jubilarsehrungen, Montana Park Hotel, Eduard-Weitsch-Weg 2, 45768 Marl. Anmeldung bis 26. November bei Martina Bartz, Tel.: 02362/95 04 404, Ursula Klein-Lindner, Tel.: 02365/38 41 486 und Sigrid Radunski, Tel.: 02365/17 349 oder beim Mittwochstreff

Ortsverband Rüttenscheid

Jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch im Café Extrablatt, Rüttenscheider Str. 58, 45130 Essen.

Ortsverband Mülheim an der Ruhr

13. November: Volkstrauertag mit Kranzniederlegung.

28. November, 16 Uhr: adventlicher Jahresabschluss (mit Anmeldung und Kostenbeteiligung 15 Euro) mit Kaffee und Kuchen, kleinem Abendimbiss und Nikolaus mit Geschenken. Anmeldung bei Brigitte Dors, Tel.: 0208/49 26 81.



Sozialberatung

Sofern eine persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder telefonisch Termine in den SoVD-Beratungszentren vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW weiterhin auch telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211/38 60 30. Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211/38 60 31 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030/72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

Energiepreise vergleichen

Um einen vollständigen Überblick über das Preisniveau in der NRW-Grundversorgung zu erhalten, hat die Verbraucherzentrale NRW alle aktuellen Grundversorgungstarife für Strom und Gas zum Stichtag 1. Oktober 2022 untersucht und große Preisunterschiede festgestellt. Pro Kilowattstunde Gas zahlen Neukund*innen aktuell zwischen 6,94 Cent und 32,20 Cent inklusive anteiligen Grundpreis. Bei Strom liegt die Preisspanne zwischen 27,14 bis 79,48 Cent pro Kilowattstunde.

Was sich in den vergangenen Monaten geändert hat: Wer einen neuen Vertrag abschließt, zahlt für Sondertarife derzeit meist mehr als für einen Tarif in der Grund-

versorgung. „Der Wechsel von einem teuren Sondertarif in die Grundversorgung kann daher in vielen Fällen sinnvoll sein“, sagt Udo Sieverding, Leiter des Bereichs Energie bei der Verbraucherzentrale NRW. „Zumal in der Grundversorgung nach neuer Rechtslage bei den Preisen nicht mehr nach Bestands- und Neukund*innen unterschieden werden darf.“ Die Preise für die aktuell verfügbaren Sondertarife, die auf den gängigen Vergleichsportalen zu finden sind, beginnen hingegen bei Gas bei circa 39 Cent pro Kilowattstunde. Bei Strom beginnen die Preise ab circa 70 Cent pro Kilowattstunde.

Wer in die Grundversorgung wechseln will, muss seinen bestehenden Vertrag fristgerecht kündigen und mit seinem ört-

lichen Grundversorger einen Vertrag abschließen. Das kann auch durch die Entnahme von Energie geschehen. Dann wird von einem „konkludenten“ Vertragsschluss gesprochen. Grundversorger ist immer das Unternehmen, das im jeweiligen Netzgebiet die meisten Strom- bzw. Gaskunden beliefert. Häufig ist das ein Stadtwerk oder ein großer Energieanbieter. Wer in der eigenen Kommune der Strom- oder Gasgrundversorger ist, lässt sich beispielsweise über ein Vergleichsportale durch die Eingabe der Postleitzahl herausfinden. Der Wechsel in den Grundversorgungstarif außerhalb des eigenen Grundversorgungsgebiets ist nicht möglich.

Quelle: VZ NRW



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern sowie allen Jubilar*innen wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bergisches Land: Sigrid Schindler (90), mut Reimann (100).

KV Bielefeld: Gertrud Jorbahn (90), Karl-Heinz Rocklage (90), Ilse Hanemann (94).

KV Dortmund-Lünen: Ruffin Herok (90), Ilse Berg (91), Ingeborg Bernert (91), Reinhard Mönigler (91), Hannelore Niggemann (93), Hannelore Deichmüller (94), Irene Hautz (94), Siegfried Waniek (94), Anna von der Krone (99).

KV Düsseldorf: Paula Schmitz (96).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Elke Hausner (92).

KV Essen: Elfriede Bombel (94).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Lieselotte Strunkeit (96), Hel-

KV Gütersloh: Ella Reichelt (90).

KV Hamm-Unna-Münster: Ingeborg Reck (90), Horst Dekker (92), Helga Hess (93).

KV Herford: Edith Eisele (90), Hildegard Gestring (94), Ernst Kredig (94).

KV Herne: Manfred Otto (92).

KV Lippe: Hans Buengener (90), Ewald Schweppe (91).

KV Lübbecke: Manfred Chojetzki (90), Anna Lehde (90), Hildegard Rose (90), Wilhelm Schmidt (90), Lydia Schnepel (90), Herta Bahnemann (91), Gertrud Wietelmann (93), Wilhelm Stein (94), Lydia Hausberg (95), Emmi Rehfeld (95), Anna Spreen (95), Wilhelm Maschmeier (96), Frieda Tel-

kemeyer (101), Änne Focken (104).

KV Märkischer Kreis: Rosemarie Gadomski (90).

KV Minden: Irene Becker (90), Willi Brinkmann (90), Magdalene Friedrichs (90), Wilhelm Humke (90), Sophie Droste (91), Anneliese Zkowski (91), Erna Wehmeier (98).

KV Recklinghausen / Borken/Bocholt: Annelore Ax (90), Herbert Seiboth (91), Friedbert Wiedekind (91), Agnes Grütz-macher (92), Angelika Löhrhoff (94), Hedwig Neumann (95), Franz Krol (101).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Robert Freitag (91), Kathi Schumacher (91), Christel Krähmer (94).

KV Witten: Helmut Friedewald (90), Horst Krause (94).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Christine Braunheim (Bochum-Hattingen), Uwe Suchland (Dortmund), Alfred Dassel (Düsseldorf), Hans-Dieter Klein (Gelsenkirchen-Bottrop), Helmut Höcker (Gütersloh), Dieter Mäcker (Herford), Brigitte Strate

(Lippe), Edith Sieveking, Martha Warner, Hilde Wojtke (Lübbecke). **45 Jahre:** Christel Huppertz (Westliches Ruhrgebiet), Helga Noehle, Fritz Voss (Hamm-Unna-Münster), Edelgard Schmidt, Reinhard Stallmann (Lübbecke), Leo Menk, Theodor Wilms (Reck-

linghausen).

50 Jahre: Ingrid Hege (Lübbecke).

60 Jahre: Horst Brandt (Minden).

65 Jahre: Gerda Milerski (Bielefeld), Werner Elsinghorst (Dortmund).

Eigenanteilserhöhung in Pflegeheimen führt zu sozialen Härten

Auf Kosten sitzengelassen?

Günter Asmussen aus Bargum in Nordfriesland kann es immer noch nicht richtig fassen. Im Sommer erreichte ihn ein Brief der Alloheim Pflegeeinrichtung in Bredstedt: Hier lebt seit zwei Jahren seine 93-jährige Schwiegermutter. Jetzt hat er eine saftige Erhöhung der Eigenbeteiligung bekommen.

Günter Asmussen ist entsetzt: „In dem Brief stand, dass wir zum September einen Eigenanteil von 2223 Euro zahlen müssen. Jeden Monat. Vorher sind es noch 1642 Euro gewesen – also ein Anstieg von über 35 Prozent. Jetzt muss nur noch die Pflegekasse zustimmen.“

Begründet wird die saftige Erhöhung vor allem mit dem „Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung“ (GVWG). Das schreibt vor, dass zum 1. September 2022 alle Beschäftigten in der Pflege nach Tarif bezahlt werden müssen. Damit ist Günter Asmussen voll und ganz einverstanden: „Ich sehe doch täglich, was für eine schwere und wertvolle Arbeit die Menschen in der Pflege leisten, ehrenamtlich bringe ich mich hier vor Ort im Hospiz ein. Wer diesen Job macht, muss anständig bezahlt werden. Was mich aber fassungslos zurücklässt: Die Politik kann die Pflegebedürftigen und deren Angehörige doch nicht allein auf diesen Kosten sitzen lassen!“

Im Sozialverband Schleswig-Holstein gehen seit einigen Wochen zahlreiche Briefe und Anrufe ein. Stets mit dem gleichen Tenor: Die ohnehin schon hohen Eigenanteile für einen stationären Pflegeplatz steigen weiter. Teils um mehrere Hundert Euro pro Monat.

Das treibt auch Alfred Bornhalm um. Der SoVD-Landesvorsitzende fragt sich, wie Pflege in dieser Form überhaupt bezahlbar bleiben kann: „Die durchschnittliche Altersrente in Westdeutschland beträgt gerade einmal rund 1.000 Euro, bei Frauen noch deutlich weni-



Günter Asmussen fühlt sich von der Politik im Stich gelassen.

ger. Wer kann sich damit einen Heimplatz von über 2.000 Euro leisten?“

Günter Asmussen, der sich seit 30 Jahren ehrenamtlich – und ohne Aufwandsentschädigung – ehrenamtlich engagiert, sieht die Politik in der Pflicht: „Mir ist wichtig zu sagen: Die Mitarbeiter in der Pflege haben die höheren Löhne absolut verdient. Aber es kann nicht sein, dass der Gesetzgeber einfach etwas beschließt und die Menschen mit den Konsequenzen allein lässt. Die meisten Leute können keine 2.000 Euro im Monat zahlen. Das geht nicht, hier muss eine Lösung her!“

Der Heimbetreiber Alloheim sieht das ähnlich und verweist auf das schon angesprochene neue Gesetz. Ein Sprecher der Alloheim Senioren-Residenzen teilte uns mit, dass „die Erhöhungen der Eigenanteile in unserer Einrichtung in Bredstedt

[...] zum weit überwiegenden Teil aus den Regelungen des GVWG“ resultieren. Mit anderen Worten: Das neue Gesetz lässt den Heimbetreibern gar keinen Spielraum. Die höheren Kosten müssen an die Pflegebedürftigen und deren Angehörige weitergegeben werden.

Landesvorsitzender Alfred Bornhalm hat klare Vorstellungen, was nun passieren muss: „Wir brauchen eine echte Deckelung der Eigenanteile bei maximal 1000 Euro im Monat. Da muss dann aber alles drin sein, sonst können sich die Menschen Pflege einfach nicht mehr leisten. Pflege darf nicht arm machen. Aber jetzt sind wir genau an diesem Punkt angekommen. Die Bundesregierung muss umgehend handeln und diesen Kurs korrigieren.“

Sind auch Sie über eine deutliche Erhöhung der Eigenanteile im Pflegeheim informiert worden? Dann schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: sozialpolitik@sovd-sh.de

Zahlreiche Briefe gehen beim SoVD zu den Erhöhungen ein

– und ohne Aufwandsentschädigung – ehrenamtlich engagiert,

Neues Gesetz lässt den Heimbetreibern keinen Spielraum mehr

Aktuelles Urteil

Wohngebäudeversicherung: Selbstbehalt zahlen alle

Tritt ein Leitungswasserschaden innerhalb einer Eigentümergemeinschaft nur in einer Wohnung auf, so ist der Selbstbehalt, der in der Gebäudeversicherung für das Haus

vereinbart worden ist, von allen Eigentümern zu begleichen. Selbstbehalte sorgen dafür, die Beiträge niedrig halten zu können, wovon in einer Eigentümergemeinschaft auch jede*r profitiert. Bei einem Schaden in gemeinsam genutzten Be-

reichen ist es auch so, dass ein nicht von der Versicherung komplett abgedeckter Betrag durch den Selbstbehalt von allen zu tragen ist. Das gemeinsam eingegangene Risiko müsse auch von allen gemeinsam getragen werden (BGH, V ZR 69/21). mh

Mitgliederservice in Kiel stellt sich neu auf

Das Personal verstärkt

Hinter dem Mitgliederservice in der Landesgeschäftsstelle des SoVD Schleswig-Holstein liegen schwere Monate. Aufgrund von längeren Krankheitsausfällen waren die Kolleginnen und Kollegen an vielen Tagen schlecht erreichbar - das wiederum führte zu verständlichem Ärger bei unseren Mitgliedern. Außerdem zogen sich Bearbeitungszeiten in die Länge. Jetzt hat sich die Lage etwas entspannt. Wir haben mit der neuen Teamleiterin Jenni Richter gesprochen.

__ Hallo Frau Richter, Sie sind seit Juli neu im SoVD. Vorher haben Sie in einem internationalen Konzern in ähnlicher Funktion gearbeitet. Wie waren die ersten Wochen im Sozialverband, was sind Ihre Eindrücke?

*Ganz spannend. Ich bin hier sehr freundlich aufgenommen worden, habe viel gelernt – und lerne nach wie vor jeden Tag Neues dazu. Es ist ein gutes Gefühl, hier bei den Kolleg*innen angekommen zu sein.*

__ Was sind denn die größten Herausforderungen für den Mitgliederservice?

Der SoVD ist in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein sehr stark gewachsen. Damit ist natürlich auch die Arbeit mehr geworden: Neue Mitglieder, Umzüge, andere Kontoverbindungen – da sind wir im Landesverband mit der gleichen Personaldecke irgendwann an eine Grenze gestoßen. Wenn dann noch jemand länger ausfällt, wird es richtig kritisch. Aber da sind wir jetzt besser aufgestellt.

Außerdem müssen wir als Verband in der Bearbeitung von Mitgliederfragen etwas moderner werden. Das erwarten die meisten Leute auch von uns – dass man elektronisch kommunizieren kann. Gleichzeitig gibt es natürlich auch Menschen, die in der Frage der Digitalisierung noch sehr zurückhaltend sind. Wir als Verband müssen da einen Spagat schaffen, um allen gerecht zu werden. Aber ich bin optimistisch, dass wir in der kommenden Zeit einen guten Mittelweg finden werden.

__ Was macht Sie zuversichtlich, dass die größten Probleme nun hinter Ihnen und Ihren Kollegen liegen?

Da reicht allein schon der Blick in die Postfächer. Als ich hier im Sommer angefangen habe, sind die Posteingänge quasi übergelaufen. Das ist jetzt anders – dank der fleißigen Kolleginnen und Kollegen. Wir sind telefonisch besser erreichbar und arbeiten in der Regel tagessaktuell. Das freut natürlich vor allem die Ortsverbände und unsere Mitglieder.

__ Der SoVD ist in Schleswig-Holstein ein großer Verband mit mehr als 160.000 Mitgliedern. Was ist Ihrer Ansicht nach die wichtigste Aufgabe des Sozialverbandes?

Der SoVD lenkt den Blick auf schwierige Themen und weist auf die Sorgen und Nöte der Menschen hin. Das ist wichtig, damit eben auch „die kleinen Leute“ eine Stimme in der öffentlichen Diskussion haben. Außerdem wird oft unterschätzt, welche große Rolle unsere Ortsverbände in den Dörfern und Gemeinden spielen. Alles ehrenamtlich organisiert. Hier kommen Menschen zusammen und kümmern sich umeinander. Da übernimmt der SoVD eine sehr bedeutende Aufgabe.



Jenni Richter ist Teamleiterin im Mitgliederservice in Kiel.

SoVD diskutiert im Altenparlament



Für den SoVD im Altenparlament im Einsatz (von links): Brigitte Rother, Doris Michaelis-Pieper, Landtagspräsidentin Kristina Herbst, Heike Lorenzen und Hans-Heinrich Bernhard.

Unter dem Motto „Generationenübergreifende Herausforderungen“ haben im September Senior*innen und Senioren aus ganz Schleswig-Holstein im Kieler Landeshaus diskutiert. Vier Vertreterinnen und Vertreter des SoVD Schleswig-Holstein waren mit von der Partie und haben eigene Anträge ins Parlament eingebracht – unter anderem zur medizinischen Versorgung und einer stärkeren Anerkennung des Ehrenamtes.

Erfolg des Sozialen Bündnis beim Energiegipfel Schlesig-Holstein

Härtefallfonds durchgesetzt

Am 6. September hatte die Landesregierung zum Energiegipfel geladen, um Maßnahmen gegen die zu erwartende Energiemangel im kommenden Winter zu besprechen. Angesichts der immer weiter steigenden Preise für Strom und Gas besteht die Gefahr, dass erhebliche Teile der Bevölkerung ihre Energiekosten nicht mehr werden stemmen können.

Andere Bundesländer im Norden hatten es bereits vorgemacht – sowohl in Niedersachsen als auch in Mecklenburg-Vorpommern wird es ähnliche Fonds geben, mit denen Energiesperren für Menschen verhindert werden sollen, die mit ihren Zahlungen im Verzug sind.

Ursprünglich hatte die Landesregierung hier einzig auf die Entlastungspakete des Bundes

verweisen wollen, anstatt eigene Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die Zusage von 20 Millionen Euro für einen Fonds für Bürger*innen kann deshalb nicht zuletzt auch als Erfolg des Sozialen Bündnisses gegen Armut, bestehend aus dem DGB Nord, der AWO und dem SoVD Schleswig-Holstein, gewertet werden, das sich bereits seit den Sommermonaten vehemen-

ment hierfür eingesetzt hatte.

Nun kommt es darauf an, dass der Zugang zu den Mitteln möglichst niedrigschwellig und unbürokratisch ausgestaltet wird, damit Menschen in Not-situationen das bereitgestellte Geld leicht abrufen können. In Niedersachsen sollen auch die Kommunen und die Energieversorger einen Beitrag zur Finanzierung leisten. Warum nicht auch in Schleswig-Holstein?

Großzügige Spende für das Erholungszentrum Büsum

Zwei neue Strandkörbe gekauft

Ein herzliches Dankeschön an unseren Ortsverband in Gudow für die satte Spende von 2.000 Euro an das Erholungszentrum in Büsum. Das Geld wurde für die Anschaffung zweier Strandkörbe mit SoVD-Logo verwendet, die den Gästen vor Ort zum Verweilen auf der Terrasse bereitstehen.

Anja Hölck, die Leiterin des Erholungszentrums Büsum bedankte sich für die Spende: „Wir freuen uns sehr über diese großzügige Spende. Denn ohne das Geld aus Gudow hätten wir diese beiden schicken Strandkörbe nicht anschaffen können.“

Von links: Jan Sebastian Ingendorf (Koch) und Leiterin Anja Hölck vom Erholungszentrum Büsum im neuen Strandkorb. Dieser wurde vom Ortsverband Gudow gespendet.



SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm (links) und SoVD-Kreisvorsitzender Hans-Otto Umlandt (rechts) nutzten die Gelegenheit, sich mit Ministerpräsident Daniel Günther über die Forderungen des SoVD zum Thema Pflege zu unterhalten.

Ministerpräsident beim Kreisverband Dithmarschen

Forderungen des SoVD vorgetragen

Auf dem 6. Dithmarschen Tag hat sich der örtliche SoVD-Kreisverband ganz im Zeichen der Kampagne „Pflege zum Leben“ präsentiert. Neben zahlreichen anderen Gästen machte auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther dem SoVD-Kreisverband seine Aufwartung.

SoVD-Kreisvorsitzender Hans-Otto Umlandt und Landesvorsitzende Alfred Bornhalm stellten in ihren Ansprachen auf dem Dithmarschen Tag die Forderungen des Verbandes vor. Kompetente Ansprechpartner zu den Themen der ambulanten sowie stationären Pflege waren ebenso wie die Sozialberaterinnen und -berater der Geschäftsstelle Heide den ganzen Tag vor Ort und berieten „vom Pflegeantrag bis zum Pflegebett“. Dank zahlreicher ehrenamtlicher Helfer wurden die Interessierten mit Informationsmaterial und heißem Dithmarscher Eier-Kaffee versorgt.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Der Kreisverband Steinburg wählte einen neuen Vorstand.

Kreisverband Steinburg

Auf der Verbandstagung sind Ingeborg Brandt, Telse Hoffmann und Dagmar Erdmann mit einem herzlichen Dankeschön aus dem Vorstand verabschiedet worden. Ebenfalls ein großes Dankeschön ging an die „En-

gel“ der Geschäftsstelle Birgit Horlitz, Yvonne Evers und Svenja Peetzke. (Auf dem Foto, von links: Die Beisitzer*innen Christa Möller, Uwe Cordts, Irene Preine, Regina Wulf und Günter Pruin, Schatzmeister Bernd Schwutzke, Schriftführer Karl-Hermann Ke-

telsen, Beisitzerin Gitta Buder, 2. Vorsitzende Anita Ketelsen, Revisor Edgar „Eddi“ Wulf, Beisitzerin Dörthe Brandenburg, Revisorin Beate Rekkittke-Radeboldt, 1. Vorsitzender Peter Sprenger und Revisor Frank Schneider.)

Fortsetzung auf Seite 13



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Steinburg: Verabschiedung der ausscheidenden Vorstandsmitglieder

**Fortsetzung von Seite 12
Ortsverband Lütjenburg**

Der Ortsverband Lütjenburg präsentierte sich auf dem Niederstraßenfest mit zwei Informationsständen und beantwortete die vielen Fragen der interessierten Besucher*innen. Für das leibliche Wohl sorgte das SoVD-Team am Grillstand.

Ortsverband Garbek-Wensin

Nach 20 Jahren hat sich Hans-Joachim Bolda aus dem Amt des Vorsitzenden des Ortsverbandes Garbek-Wensin verabschiedet. Als sein Nachfolger wurde Harald Hinz, bisheriger Revisor, ins Amt gewählt. Das Team besteht außerdem aus der 2. Vorsitzenden Renate Pirk, Schatzmeisterin Marita Manthey, Schriftwart Hans Joachim Gerstenkorn, Frauensprecherin Erika Schult, Beisitzerin Siegrid Tetzlaff sowie den Revisorinnen Brigitte Makus und Angelika Vadersen.

Ortsverband Zarpfen

Der Ortsverband Zarpfen hatte eine Tagesfahrt zum „Holländerstädtchen“ Friedrichstadt inklusive Stadtführung veranstaltet. Nachdem sich die

Ausflugsguppe ein Drachenbootrennen angeschaut und ausgiebig zu Mittag gegessen hatten, stand noch eine kleine Treene-Grachten-Fahrt auf dem Programm.

Ortsverband Schönberg

Mit einer Kaffeetafel und leckerem Essen feierte der Ortsverband Schönberg sein 75-jähriges Bestehen. Besonderen Beifall erhielten die „Grillmeister“ (siehe Foto, von links: Hugo Schade, Günther Bovy und Jürgen Schreiber).

Ortsverband Mildstedt

Der Ortsverband Mildstedt konnte sein 75-jähriges Bestehen feiern. Vorsitzender Günter Prigge freute sich, die Kreis- und stellvertretende Landesvorsitzende Petra Lenius-Hemstedt, Bürgermeisterin Telse Jacobsen sowie viele weitere Gäste begrüßen zu dürfen.

Ein weiterer Höhepunkt dieser Festveranstaltung waren die Ehrungen von Personen, die seit vielen Jahren ehrenamtliche im Verband tätig sind beziehungsweise ihm seit langem als Mitglied angehören. Eine Dudelsackgruppe sorgte für die musikalische Untermalung.

Ortsverband Heiligenstedten

Der SoVD-Ortsverband Heiligenstedten beging sein diesjähriges Grillfest bei bestem Wetter, guter Stimmung und mit leckerem Essen im Sportlerheim.

Ortsverband Malente

Der Ortsverband Malente gratulierte seinem ältesten Gründungsmitglied Kurt Ehlers zum 101. Geburtstag. Ortsvorsitzender Alexander Jankowsky, seine Stellvertreterin Cornelia Horstmann, Beisitzerin Annelore Ruschenburg und Schatzmeister Hans-Werner Raddatz überbrachten dem Jubilar die herzlichen Glückwünsche der Mitglieder.



Ortsverband Lütjenburg auf dem Niederstraßenfest.



Ortsverband Malente: Kurt Ehlers wurde 101!



Ortsverband Zarpfen bei einer Treene-Grachten-Fahrt.



Ortsverband Heiligenstedten hatte zum Grillen geladen.



Der Ortsverband Schönberg mit seinen „drei Herren vom Grill.“

Liebe Leser/ Leserinnen

Falls Sie in dieser Rubrik den Bericht über Ihren Ortsverband vermissen: Keine Sorge, er wird in der nächsten Ausgabe erscheinen. Die Redaktion hat diesen Monat so viele Beiträge für diese Rubrik bekommen, dass sie aus Platzgründen nicht alle berücksichtigen konnte. Dafür werden die „fehlenden“ Artikel in der nächsten Ausgabe mit allen Fotos und Texten veröffentlicht werden.



Der Ortsverband Mildstedt ehrte Ehrenamtler*innen und langjährige Mitglieder.



Personalien

Manja Ingold verstärkt seit Mitte Juli das Team der Abteilung Kommunikation.

Sie benötigen Broschüren oder sonstige Werbemittel? Dann wenden Sie sich gern direkt an Manja Ingold – unter der Tel.: 0431 / 65 95 94 23 oder per E-Mail an: sozialpolitik@sovd-sh.de.



Interview

„Man bekommt im Ehrenamt eine Menge zurück“

In unserer monatlichen Serie über ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im SoVD Schleswig-Holstein sprechen wir dieses Mal mit Sonja Müller-Bous. Sie leitet den Ortsverband Kronshagen mit etwas mehr als 400 Mitgliedern.

—Hallo Frau Müller-Bous, Hand aufs Herz: Was ist Ihr Antrieb, sich für den SoVD zu engagieren?

Zunächst einmal bringt mir das Ehrenamt Spaß. Es ist sehr vielseitig, man hat mit unterschiedlichen Menschen zu tun. Außerdem habe ich einen tollen Vorstand um mich herum, mit dem das Arbeiten eine echte Freude ist.

—Wie sind Sie denn zum SoVD gekommen?

Mitglied bin ich bereits seit 2015. Und als ich dann in die Altersteilzeit gewechselt bin, habe ich mich gefragt: Was kannst Du machen, um auch in Zukunft eine sinnvolle Aufgabe zu haben? Mit dem Beruf fällt ja einiges weg.

In dieser Zeit hat die damalige Vorsitzende im SoVD-Ortsverband Kronshagen mir angeboten, einfach mal reinzuschmecken. Zu der Mitgliederversammlung bin ich dann mit dem Vorsatz gegangen, mich zur Beisitzerin wählen zu lassen. Da damals aber der Vorstand zurückgetreten ist und eine Auflösung der Ortsgruppe im Raum stand, bin ich ins kalte Wasser gesprungen und gleich Vorsitzende geworden.

Anfangs war das natürlich schwierig. Ich musste alles erst einmal kennenlernen. Die Menschen, die Strukturen. Aber wie gesagt – mittlerweile, mit dem aktuellen Vorstand, läuft das sehr gut. Wir teilen uns die Aufgaben sehr gut untereinander auf.

—Was ist für Sie das Wichtigste am Sozialverband?

Natürlich zum einen unsere Hilfe im Sozialrecht. Bei mir rufen häufiger Menschen an, die Unter-



**Sonja Müller-Bous,
1. Vorsitzende**

stützung mit der Rente oder dem Schwerbehindertenausweis benötigen. Die vermittele ich dann an unsere Beratungsstelle in Rendsburg.

Aber hier vor Ort in Kronshagen leisten wir eine Menge für das sogenannte Miteinander. Unsere Frauensprecherin zum Beispiel hat zwei ganz tolle regelmäßige Treffen ins Leben gerufen. Die laufen so gut, dass es schon einen zwischenzeitlichen Aufnahmestopp geben musste. Die Menschen brauchen Begegnung, gerade im Alter. Das leisten wir hier im Ort.

—Ist Ihr Ehrenamt denn zeitintensiv?

Ich würde schon sagen, dass ich monatlich um die acht Stunden dafür aufwende. Montag ist zum Beispiel mein Bürotag. Und wir kommen im Vorstand regelmäßig zusammen, um die nächsten Schritte zu planen.

Doch das Schöne am Ehrenamt ist ja: Wir können uns das zum großen Teil selbst einteilen. Ich kann das jedem nur empfehlen, denn man bekommt eine ganze Menge zurück.

—Und es gibt keine Schattenseiten?

Oh doch, natürlich. Wie überall im Leben. Mich nervt zum Beispiel, wenn Leute sich irgendwo verbindlich anmelden und dann ohne eine Absage einfach nicht auftauchen. Das müssen dann ja immer alle ausbaden. Das ärgert mich.

—Aber die positiven Seiten überwiegen?

Unbedingt, sonst würde ich mich nicht ehrenamtlich engagieren. Das Schönste ist eigentlich die Anerkennung der Mitglieder im Ortsverband. Wenn man zum Beispiel bei einem Geburtstagsbesuch hört: „Das ist ja toll, so etwas hatte ich ja noch nie!“ Da geht einem schon ein bisschen das Herz auf.

Und natürlich das Arbeiten mit meinem Vorstandsteam. Das treibt mich an.

—Wie war bzw. ist denn die Arbeit im Ortsverband in Corona-Zeiten?

Die erste Phase war für uns natürlich schlimm, wie für andere Vereine auch. Wir haben in dieser Zeit versucht, telefonisch mit den Mitgliedern in Kontakt zu bleiben. Oder wir haben Briefe geschickt – das ist damals sehr gut angekommen.

Inzwischen ist ja eigentlich wieder alles möglich. Darüber freuen wir uns natürlich sehr.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats Oktober sind:

- Birgit Bosma (Kreisverband Stormarn),
- Detlef Göbbert (Kreisverband Dithmarschen),
- Manfred Umstädter (Kreisverband Herzogtum Lauenburg),
- Andrea Höfer (Kreisverband Kiel),
- Uwe Thielcke (Kreisverband Lübeck),
- Manfred Timm (Kreisverband Neumünster),
- Carsten Braun (Kreisverband Nordfriesland).

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“, nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der SoVD hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter*innen.

Für das Jahr 2022 lautet unser Wahlspruch:

**„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!“**

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Der Landesvorstand dankt allen Werbenden herzlich für ihren Einsatz und bittet sie darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken!



Auszeichnungen

Das SoVD-Ehrenschild erhielten folgende Mitglieder:

Für 20-jährige Funktionärstätigkeit

Hans-Werner Greve (Ortsverband Barmstedt)

Für 25-jährige Funktionärstätigkeit

Brigitte Beyer (Ortsverband Flensburg), Fritz Enders (Ortsverband Hattstedt), Maren Rasmussen (Ortsverband Flensburg).

Der Vorstand gratuliert herzlich.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarb

Herbert Rüter,

langjähriger stellvertretender Vorsitzender, Revisor und Beisitzer im Ortsverband Halstenbek-Rellingen.

Wir werden dem Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117.**

Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patient*innen kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.

- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stor-

marn und Herzogtum Lauenburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.

- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenbe-**

ratung (UPD): gebührenfreie bundesweite Hotline: 0800/011 77 22.

- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.

- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.

- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen:** 0431/9 88 16 20.